

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Helmut Fleischer

Zur Kritik des Historikerstreits

Jürgen Kocka

Deutsche Identität und historischer Vergleich

Christian Meier

Aktuelle Aufgaben der Geschichtswissenschaft
und der Geschichtsvermittlung

Wilfried von Bredow/Thomas Jäger

Niemandland Mitteleuropa
Zur Wiederkehr eines diffusen Ordnungskonzepts

B 40–41/88
30. September 1988

Helmut Fleischer, Dr. phil., geb. 1927; nach Forschungstätigkeit in den Osteuropa-Instituten Freiburg/Schweiz und Berlin 1971 an der Freien Universität Berlin habilitiert; seit 1972 Professor für Philosophie an der Technischen Hochschule Darmstadt.

Veröffentlichungen u. a.: Wertphilosophie in der Sowjetunion, 1969; Marxismus und Geschichte, 1969; Marx und Engels, 1970; Sozialphilosophische Studien, 1973; Ethik ohne Imperativ, 1987.

Jürgen Kocka, Dr. phil., geb. 1941; Studium der Geschichte und der Politischen Wissenschaft; Habilitation 1973 an der Universität Münster; 1973—1988 Professor für Allgemeine Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Sozialgeschichte an der Universität Bielefeld; seit 1988 Stiftungsprofessur für die Geschichte der industriellen Welt an der FU Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie. Zur politischen Sozialgeschichte der Angestellten: USA 1890—1940 im internationalen Vergleich, 1977; Die Angestellten in der deutschen Geschichte 1850—1980. Vom Privatbeamten zum angestellten Arbeitnehmer, 1981; Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800—1875, 1983.

Christian Meier, Dr. phil., geb. 1929 in Stolp/Pommern; Ordinarius für Alte Geschichte an der Universität München; Vorsitzender des Verbandes der Historiker Deutschlands.

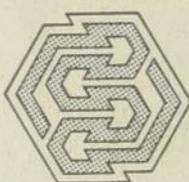
Veröffentlichungen u. a.: Res Publica Amissa, 1980²; Die Entstehung des Politischen bei den Griechen, 1983²; Introduction à l'Anthropologie Politique de l'Antiquité Classique, 1984; 40 Jahre nach Auschwitz, 1987; Die politische Kunst der griechischen Tragödie, 1988.

Wilfried von Bredow, Dr. phil., geb. 1944; Professor am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg.

Veröffentlichungen u. a.: Die Zukunft der Entspannung, Köln 1979; Moderner Militarismus. Analyse und Kritik, Stuttgart 1983; Deutschland — ein Provisorium?, Berlin 1985.

Thomas Jäger, Dipl.-Pol., geb. 1960; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg.

Veröffentlichungen u. a.: Neue Wege in der Deutschlandpolitik? Darstellung und Analyse alternativer deutschland-, europa- und weltpolitischer Strategien (Erlanger Beiträge zur Deutschlandpolitik, Bd. 3), Erlangen 1986.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann, Ralph Angermund, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 39, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1984, 1985, 1986 und 1987 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Zur Kritik des Historikerstreits

Schon die Benennung wurde für viele zum Stein des Anstoßes, und man faßte das Wort wie mit der Pinzette an, garnierte es mit den ominösen „Gänsefüßen“: Der Disput von 1986/87 sei eigentlich gar kein Historikerstreit gewesen. Bei der Namensgebung scheint der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen zu sein: Laßt die Historiker einmal richtig über die „apologetischen Tendenzen“ in ihren Reihen streiten! So trifft am ehesten vielleicht der Titel „Zeit“-Historikerstreit zu.

Wenn man die Streitsache bedenkt — die „Vergangenheit, die nicht vergehen will“ —, ist auch gar nicht so recht einzusehen, warum darüber partout in einem zünftigen Streit der Historiker verhandelt werden sollte. Denn die Historiker, so sagte ihr Verbandsvorsitzender Christian Meier, sind zwar für die Geschichte zuständig, nicht aber ebenso speziell und professionell für deren Gegenwärtigkeit¹⁾. Eben um diese Gegenwärtigkeit, die das Vergangene für die Nachwelt behalten hat, geht es in diesem jüngsten Streit um das deutsche Geschichtsbewußtsein.

Geschichtsbewußtsein ist mehr als nur Geschichtswissen und Geschichtsbild. Vielmehr geht es um bestimmte wesentliche Bedeutungsbezüge, die eine Gegenwart mit näheren oder ferneren Abschnitten ihrer Vorgeschichte verbinden. Die geschichtlichen Haupttatbestände sind dabei meistens in prägnante Formeln gefaßt, in Schlüsselworte, die Schlüsselereignisse benennen sollen. So sind jetzt aufs neue die wesentlichen Bedeutungsgehalte, Folgelasten und Konsequenzen der deutschen NS-Vergangenheit zum Problem geworden. Schon vor dem Disput von 1986/87 war von verschiedenen Seiten geäußert worden, daß eine Neuorientierung in unseren historischen Begriffen von der deutschen NS-Vergangenheit vonnöten sei. Der Zeithistoriker Martin Broszat plädierte dafür, das Verständnis des Nationalsozialismus zu „historisieren“. Das bedeutet zum einen, daß wir von einer national- und monumentalgeschichtlichen Vergegenwärtigung des nationalsozialistischen Diktatur- und Kriegsstaates zu einer sozialgeschichtlichen Einordnung des Nationalsozialismus in einen weiter gefaßten Epochenzusammenhang und zu einem tieferen Verständnis der „sozialen Schubkräfte“ gelangen, die ihn zu einer breiten Volksbewegung hatten werden lassen; und zum anderen bedeutet es, den Schritt von einer demonstrativen Behandlung des Nationalsozialis-

mus als (negativem) „Lehrstück“ zu einem *historischen Begreifen* zu gehen.

Der Historikerstreit hat jedoch mit Jürgen Habermas' „Kampfansage“ in der „Zeit“ erst einmal eine ausgesprochen *unhistorische* Richtung eingeschlagen. Als Diskussionsvorlage diente ein recht zufälliges Arrangement aus aphoristischen Äußerungen von vier Autoren, die in diesem Arrangement noch mehr fragmentiert zu Wort kamen. Statt der „Ausschau nach dem Ganzen“ wurde fortan ein Hantieren mit Bruchstücken charakteristisch für den Gang der Verhandlung. Statt um den geschichtlichen Ort und Inhalt des Nationalsozialismus ging es vorwiegend um „zweierlei Untergang“ und „zweierlei Vernichtungspolitik“. An die Stelle eines Bemühens um Zusammenschau traten Exerzitionen des Taxierens und Vergleichens. Kein Wunder, daß manche Historiker sich nur ungern oder überhaupt nicht in den Streit hineinziehen lassen mochten. Statt einer historischen Einstellung dominierte weithin eine sozusagen „geschichtsjuristische“, justizielle Befassung mit Delikten und Verbrechen zu dem Behufe, Verursachungsanteile als Schuldanteile akkurat zurechnen zu können. Ein „negativer Nationalismus“ hielt die Fragestellung in den Perspektiven nationaler Partikularität gefangen — ein neuerlicher ideologischer Sieg des Nationalstaates über das weltbürgerliche Geschichtsdenken. Ausgeblendet blieb bei all dem kriminalistischen Eifer ein Aspekt, unter dem sich eine aufgeklärte Sicht der geschichtlichen Dinge ganz besonders zu bewähren hätte: der Aspekt einer epochalen *Pathologie des Sozialen*, wie sie sich dem Blick des Psychoanalytikers erschließt.

Dabei wäre es im Zuge einer *sozialgeschichtlichen* Neuerschließung des Nationalsozialismus als Volksbewegung gerade eminent wichtig, nicht aufs neue nur die „Einzigartigkeit“ der ungeheuerlichsten Gewaltverbrechen zu beschwören, sondern den fatalen Zusammenhang aufzudecken, der mehr indirekt und über mehrere Stufen vermittelt von etwas ganz Gewöhnlichem und nur graduell Besonderem zu dem Ungewöhnlichen, Unerhörten und Einzigartigen hingeführt hat. Letztlich war es ja ein massenhaftes und überaus impulsives Streben nach einem besseren, ansehnlicheren Leben, das da in mörderisch-zerstörerische Gewalt umgeschlagen ist. Der vieldiskutierten „Dialektik der Aufklärung“ wäre eine „Dialektik des guten Lebens“ an die Seite zu stellen, als ein Stück „Selbstaufklärung der Moderne“.

¹⁾ 40 Jahre nach Auschwitz. Deutsche Geschichtserinnerung heute. München 1987, S. 11.

Weil der Historikerstreit von 1986/87 so sehr hinter die gestellte Aufgabe zurückfiel, hieß es dann, er sei wohl ein Ereignis gewesen, aber kein geistiges; neue Einsichten habe er nicht gebracht. Was für ein Ereignis war er? Zumindest eines in den Gefilden unserer „politischen Kultur“, genauer, in der Kontakt- und Durchdringungszone, in der sich „ideenpolitisch“ engagierte Wortführer der „politischen Klasse“ mit politiknahen Wortführern des Wissenschaftsbetriebs begegnen, meistens säuberlich nach Fraktionen sortiert. Unter den Klimabedingungen, die jetzt allgemein in dieser Zone herrschen, hat der Streit jedoch ganz erheblich gelitten.

Weil er aber immerhin ein Ereignis war und neue Aufmerksamkeit auf seine unerledigte Aufgabe gelenkt hat, möchte ich im Rahmen einer Methodenkritik an diesem Historikerstreit einige Orientierungsfragen des Geschichtsbewußtseins aufnehmen und die Probe darauf machen, ob man ihre Diskussion nicht vielleicht in einer anderen Klimazone – im Raum einer kritisch-nachdenklichen Öffentlichkeit – und in einem anderen Stil fortführen könnte.

Meine Kritik – sie kommt aus der „Philosophen-Ecke“ – wird nicht zuletzt zu monieren haben, daß der Historikerstreit so *unphilosophisch* und überhaupt *untheoretisch* ausgefochten wurde. Mit Grund hat wiederum Christian Meier (einen Gedanken von Joachim Fest fortführend) daran Anstoß genommen, wie eifertig man bei uns Gedanken „grundsätzlich unter Vollstreckungsverdacht“ setzt. Man möchte mit Adorno-Horkheimer hinzufügen: als seien sie die Praxis unmittelbar. „Wir nehmen sie“, schreibt Meier, „zu wenig intellektuell, dafür rasch moralisch.“²⁾ Unter diesem „Fetischismus“ und dieser Mißdeutung hatten im Historikerstreit zumal die reflexiv verschlungenen Gedanken von Ernst Nolte zu leiden³⁾.

²⁾ Ebd., S. 50; Theodor W. Adorno/Max Horkheimer. Dialektik der Aufklärung, Frankfurt 1986, S. 261. Fragment „Der Gedanke“. Der Satz lautet: „Man wird für den Gedanken zur Rechenschaft gezogen, als sei er die Praxis unmittelbar.“

³⁾ E. Nolte hat es seinen Kritikern einigermaßen schwer gemacht, aber sie machten es sich daraufhin um so leichter. Ein Teil ihrer Verzeichnungen geht darauf zurück, daß sie Noltes

So wird es im folgenden darum zu tun sein, den Raum für eine sehr betont *theoretische* Vorverhandlung von Fragen des Umgangs mit der deutschen NS-Vergangenheit auszuloten. Das soll namentlich in diesen drei Arbeitsschritten geschehen: einem geschichtsphilosophisch-erkenntniskritischen, einem politikphilosophischen und einem moralphilosophischen.

Fällig ist jetzt also ein Plädoyer dafür, die öffentliche Geschichtsbild-Debatte zurück auf die Hauptlinie zu bringen – und möglichst auch an einen Verhandlungsort jenseits der Fronten des „Europäischen Bürgerkrieges“ (dessen Ende zu denken, nicht seine Fortsetzung mit anderen Mitteln zu planen, das Anliegen von E. Nolte ist). Auf die Hauptlinie – das heißt: auf den Weg eines *historischen Begreifens der epochalen Grundkräfte* unseres Jahrhunderts.

Bei der Rede von einer „Vergangenheit, die nicht vergehen will“ denkt man vor allem an das unheimliche Nachleben, das die Hitlerzeit in unserer geschichtlichen Erinnerung führt. Wenn es heißt, daß wir so oder so mit dieser Vergangenheit „umgehen“, möchte man mehr daran denken, daß sie in uns und unter uns „umgeht“. Indessen gibt es auch in der geschichtlichen Wirklichkeit das Weiterwirken einer Vergangenheit, die noch nicht vollends Vergangenheit geworden ist – also in unserer Nachkriegsepoche eine Fortsetzung von Dynamismen der Weltkriegsepoche „mit anderen Mitteln“ und in anderen Medien. Der höhere Sinn einer neuerlichen geschichtlichen Besinnung könnte darin liegen, auf eine gebührend behutsame Weise diese „Dialektik“ von Kontinuität und Bruch, von Bruch und Kontinuität zwischen unserer Herkunftsgeschichte und unserer Gegenwart zu bedenken und zu ergründen.

Aussagen über bestimmte Bewußtseinslagen umstandslos in umfassend gemeinte Tatsachenbehauptungen umgedeutet haben. Eine andere Sinnverfehlung liegt darin, daß man verknüpfende Interpretationen als Rechtfertigungen aufnahm und moralisch qualifizierte: An Auschwitz sei, Nolte zufolge, Stalin schuld gewesen. Der von Nolte verwendete Begriff „kausaler Nexus“ kann niemals eine vollständige Hervorbringung meinen.

I. Verfassungsfragen des Geschichtsbewußtseins

Der „Historikerstreit“ kann reichlich Anlaß zu einer tieferen Besinnung darüber geben, was sich überhaupt im Raum eines „Geschichtsbewußtseins“ abspielt, wie sich darin Elemente eines Wissens über Vergangenes mit dem gegenwärtigen Befinden und Treiben der Menschen verschränken, die da „geschichtsbewußt“ mit der Vergangenheit „umgehen“ (oder in denen die Vergangenheit „umgeht“).

Die Kontrahenten des Streits selbst haben sich allerdings recht wenig auf Reflexionen dieser Art eingelassen. Michael Stürmer erneuerte mit leichter Hand die alte Ansicht, aus vergangener Geschichte ließen sich Lehren ziehen, ja die Geschichte verheiße darüber hinaus sogar einen Zuwachs an „Identität“. Jürgen Habermas und andere argwöhnten, damit sei der Geschichte die Rolle eines „Religionsersatzes“ zgedacht und die geschichtliche Erinnerung überhaupt „funktional“ als eine Zweckveranstaltung installiert: „ein Geschichtsbild herzustellen, das dem nationalen Konsens förderlich ist“⁴⁾. Das hätte einer Klärung bedurft — die blieb jedoch aus, und Habermas setzte zu seinem Gegenzug an, ein Konzept für den „öffentlichen Gebrauch der Historie“ zu umreißen. Was zeigt aber schon die Rede von einem „Gebrauch“ der Historie an? Was besagt die Versicherung, die NS-Periode werde sich nicht mehr als ein „Sperriegel querlegen“, wenn wir sie als einen „Filter betrachten, durch den die kulturelle Substanz, soweit diese mit Willen und Bewußtsein übernommen wird, hindurch muß“⁵⁾?

Was für „Funktionen“ der historischen Erinnerung kommen bei solchem „öffentlichen Gebrauch“ ins Spiel? Alles bei Habermas weist darauf hin, daß es moralisch-kathartische Wirkungen sein müßten. Es geht darum, wie wir einen „nationalen Lebenszusammenhang“ fortbilden können. „Nach Auschwitz können wir nationales Selbstbewußtsein allein aus den besseren Traditionen unserer nicht unbesehen, sondern kritisch angeeigneten Geschichte schöpfen“ — keine „Identifikation mit ungeprüften Vorbildern“!⁶⁾ Ungeprüft bleibt hier jedoch, warum (und wem eigentlich) es heute so sehr darauf ankommen muß, aus Traditionen früherer Geschichte partout ein „nationales Selbstbewußtsein“ herauszufiltern. Und hätte eine „Identifikation“ mit „kritisch geprüften“ Vorbildern einen höheren Sinn? Alles zusammen sieht wiederum sehr nach einem „funktionalen“ Verständnis von Geschichtserinnerung als *Traditionsaneignung* aus — nur nicht

als Religionsersatz installiert, sondern als „moralische Veranstaltung“. Daraufhin wäre ganz grundsätzlich zu fragen: Was kann überhaupt die Zuwendung zu vergangener Geschichte bringen — an Einsicht, Identität, Humanität — und wo kommt es zur Überstrapazierung des historischen Bewußtseins?⁷⁾

Geschichtliche Identität und historische Kommunikation

„Der Umgang mit Geschichte“, schreibt Thomas Nipperdey, „hat Bedeutung für das Leben, er hat mit unserer Identität zu tun.“⁸⁾ Nun wäre es aber wichtig, von welcher Art diese Identitäts-Bedeutung ist, wie die Verbindungslinien vom Leben her und zum Leben hin verlaufen. Nach all diesen neuerlichen Bemühungen, dem „Umgang“ mit Geschichte einen (nur verschieden interpretierten und gewährleisteteten) politisch-kulturellen „Gebrauchswert“ nachzusagen und abzugewinnen, wäre doch einmal entschieden anzuzeigen, was *jeden* „öffentlichen Gebrauch der Historie“ suspekt macht.

Der „identitätsbildnerische“ und belehrende Umgang mit dem Vergangenen hat eine alte Tradition. Die Institutions-Pragmatiker, am *output* orientiert, haben mit der Geschichte schon immer weit mehr und sehr viel mehr Praktisches im Sinn gehabt als eine bloße symbolische Spiegelung des Vergangenen im Gegenwärtigen: etwas an volkspädagogisch nutzbarem *know-how*, an Gefahrenerkennung und Orientierungssicherheit. Sie denken immer zuerst an die vermeintlichen Wirkungen und Folgen, die richtige (oder zweifelhafte) historische Anschauungen haben könnten. Doch auf einen mehr philosophischen Weg kommen wir eher mit der Frage, unter welchen *Voraussetzungen* die historische Kommunikation steht, was vom gegenwärtigen Leben der Menschen in sie einfließt und sich in ihr offenbart. Das Geschichtsbewußtsein ist ein symbolischer Raum, in dem sich an der Materiativ von Vergangenen auf eine oft nur sehr subtile (also nicht grobsinnfällige) Weise zu erkennen gibt, zu

7) H.-U. Wehler macht die Annahme, daß aus einer wissenschaftlichen Aufschließung vergangener Geschichte zusammen mit größerer Klarheit über unsere Herkunft auch mehr Klarheit in der Orientierung über den „Weg vor uns“ kommt (Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 1, S. 20). Kaum anders sieht es Hagen Schulze, wenn er einräumt, die Mitteilungen der Geschichtswissenschaft könnten „politische Konsequenzen haben“, woraus die Frage nach der „politischen Verantwortung des Historikers“ erwächst: „Welche politischen Folgen ergeben sich aus den Konstruktionen und Interpretationen der Historiker, und welche Folgen darf man wollen?“ (Historikerstreit, S. 147). K. Hildebrandt gibt der Sache mit einer Aufsatz-Überschrift gar eine dramatische Wendung: „Wer dem Abgrund enttrinnen will, muß ihn aufs genaueste ausloten“ (Historikerstreit, S. 281).

8) Historikerstreit (Anm. 4), S. 217.

4) „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung. München 1987, S. 63.

5) Ebd., S. 249.

6) Ebd., S. 248 f.

welchem Stand sozialer Umgangskultur im Kleinen wie im Großen es die betreffenden Menschen in ihrer eigenen Lebens- und Bildungsgeschichte gebracht haben. Wenn es immer wieder heißt, die Menschen von heute könnten oder sollten aus der vergangenen Geschichte etwas lernen, so wird sich bei näherem Hinsehen doch erweisen, daß sie im Medium einer *anderen* Geschichte immer nur bekunden können, was sie in ihrer *eigenen*, selbst-erlebten und selbst-mitgemachten Geschichte an personalem und sozial-kommunikativem Vermögen erworben haben.

Man möchte gleich die Probe aufs Exempel machen und fragen, welche Besitzstände oder Notstände der politisch-kulturellen Identität sich im Historikerstreit offenbart haben könnten. Habermas hat mit seiner Kritik eine ganz enorme moralisch-praktische Differenz zwischen sich selbst und seinen Kontrahenten aufgerissen: Diese zielten darauf, die deutsche NS-Vergangenheit zu „entmoralisieren“ und den altbösen Feind im Osten so nah, groß und gegenwärtig vor uns aufzubauen, daß dahinter jene Vergangenheit verschwindet. — Richten wir nur einen kurzen Blick auf Andreas Hillgruber. Bei ihm zeigt die historische Kommunikation, wie ich meine, in der Tat manche Verzerrung zwischen menschlicher Anteilnahme (die ja das A und O jeder Kommunikation ist) nach der einen Seite und gewissen Äußerungen, die wenig von einem tiefer eindringenden Verständnis erkennen lassen — so, wenn er ganz summarisch von „Racheorgien der Roten Armee“ spricht. Für jene Exzesse gibt es einen anderen, mehr komplexen Nenner. Das bedürfte der Diskussion.

Auf welchem Stande historischer Kommunikation aber bewegt sich Hillgrubers scharfer Kritiker Hans-Ulrich Wehler? Wenn ich die Seiten durchsehe, auf denen Wehler die Dinge zurechtrücken will, erscheint die Kommunikation wiederum auf eine andere Weise verzerrt. Es geht um die Kampfsituation an der Ostfront in den letzten Kriegsmonaten 1944/45, und Hillgruber wirbt sichtlich um Verständnis und Anteilnahme für das Schicksal der ostdeutschen Bevölkerung und selbst für die Entscheidung solcher Militärs, die sich jetzt noch der Sowjetarmee entgegenstemmen. Statt von „Anteil nehmen“ spricht Hillgruber allerdings von einem „Sich-identifizieren mit . . .“, was ihm mit Recht als ein unangemessener und unhistorischer Begriff angekreidet worden ist. Wehler macht triftig geltend: Lage, Motive und Handlungsspielräume *aller* Beteiligten (mitsamt überindividuellen Strukturen) seien verstehend zu erschließen, um über eine solche „heillose Lage“ (Hillgruber) urteilen zu können⁹⁾.

⁹⁾ Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“, München 1988, S. 54.

Wehler selbst führt nun den Fall auf einen Urteilspruch hinaus, dem ich seinem Inhalt nach nicht widersprechen könnte, den ich aber gleichwohl — und weil es eben ein Urteilspruch ist — als zu „juristisch“, administrativ und nicht historisch-kommunikativ empfinde: „Es lag im objektiven Interesse nicht nur aller Insassen der Vernichtungs- und Konzentrationslager, . . . vielmehr der Deutschen insgesamt und aller von ihnen jahrelang mit Krieg überzogenen europäischen Völker, daß dieser Krieg sobald wie möglich ein Ende fand . . . : besser ein Ende mit Schrecken als ein weiterer Schrecken ohne Ende. Diese Einsicht mag für manchen Zeitgenossen jener Jahre . . . noch immer schmerzlich sein. Aber wer sich gegen sie sträubt und sich mit dem ‚verzweifelten Abwehrkampf‘ der noch immer nicht zerschlagenen deutschen Kriegsmaschine zu identifizieren empfiehlt, den klagen Abermillionen Tote an . . . Wenn schon Identifizierung, dann mit den ‚leidenden Menschen‘ aller Nationen, die auf ein möglichst frühes Kriegsende, auf den Frieden hofften.“¹⁰⁾ Dieser Schluß scheint sich auf dem Höchststand einer weltbürgerlichen historischen Kommunikation zu bewegen — und doch schwingt hier ein Oberton von „Triumphalismus“ mit, der noch zu sehr aus der traditionellen „Geschichtsschreibung der Sieger“ nachhallt. Eine künftige völkerverbindend geschriebene Geschichte der Weltkriegsepoche wird anders klingen und sich überhaupt jenseits jeder *rechtenden* Historie bewegen. Sie wird nach allen Seiten teilnehmend schlicht aufzeigen, innerhalb welcher geschichtlichen und ethischen Schranken die einen und die anderen sich bewegt haben. (Schließlich gehört zur historischen Kommunikation auch die Art von Historiker-Kommunikation, für die Wehler ein nicht gerade schönes Beispiel gibt.)

Alles spricht dafür, daß sich die moralisch-praktischen Divergenzen zwischen den streitenden Historikern und Sozialwissenschaftlern in einer viel engeren Spannweite bewegen als jemals zuvor in der Geschichte der deutschen Gelehrtenwelt.

Vom allzu bemühten Gebrauch der Historie: Notiz über forciertes Geschichtsbewußtsein

Ein Geschichtsbewußtsein, das auf den „öffentlichen Gebrauch der Historie“ abgestellt ist, ist der Natur der Sache nach ein *forciertes* Geschichtsbewußtsein. Das zeigt sich schon in den Formen, in denen es öffentlich auftritt: als etwas absichtsvoll Veranstaltetes, und es zeigt sich nicht minder in der Manier, wie darin Geschichte als Arrangement von „Lehrstücken“ zugerichtet und inszeniert ist. Die Geschichte der öffentlichen Darbietung von Geschichte ist ganz überwiegend eine Geschichte forcierten Geschichtsbewußtseins gewesen. Es ist sozusagen ein Geschichtsbewußtsein unter dem Pri-

¹⁰⁾ Ebd., S. 55 f.

mat des Nutzwertes und unter dem Druck eines Mangels, der in ihm jedoch nicht behoben, sondern nur ideologisch kompensiert wird.

Geschichtskulte (wie jener der Französischen Revolution, des Bismarckreichs, der Hitlerzeit, des Sowjetstaates und der DDR) überkompensieren einen Mangel an gegenwärtiger gesellschaftspolitischer Integration und Konsensualität in dem betreffenden Gemeinwesen; es gibt dafür eine ganze Reihe typischer Konfigurationen. Was sich in solchen Auf- und Umtrieben mit Geschichte „eigentlich“ abspielt, ist den beflissenen Veranstalter stets verborgen — es ist jedenfalls etwas anderes als sie denken und möchten. Unter anderem kehrt sich dabei das Autoritätsverhältnis um: Die Heutigen wenden sich nicht lernend dem Früheren zu, sondern einige von ihnen verfügen oft recht herrisch darüber und traktieren damit die anderen.

Lebendiges Geschichtsbewußtsein hingegen ist eine ganz und gar unaufdringliche Sache, etwas selbstverständlich Mitlaufendes. Es ist eine erweiterte,

die Zeitgrenze überschreitende Kulturform mitmenschlicher Anteilnahme, so weit sie auf der betreffenden Kulturstufe des Humanen, Personalen und Sozialen eben reicht — und nichts weiter. Lebendiganteilnehmendes Geschichtsbewußtsein ist eine Errungenschaft bürgerlicher Sozial- und Reflexionskultur, Ergebnis ihrer Loslösung vom „Geschichtsgebrauch“ der Adelsmonarchie. Mit dem Aufkommen von Nationalstaat, Wirtschaftsgesellschaft und modernem Imperialismus geriet das Geschichtsbewußtsein jedoch bald unter die Last neuer Dienstbarkeiten. Im Historikerstreit wirken diese Verstrickungen der Weltkriegsepoche nach. Er ist ganz offenkundig eine neuerliche Anwendung forcierten Geschichtsbewußtseins. So macht er aufs neue die Frage akut, wie und wo in unserer politischen Kultur sich ein ziviles Geschichtsbewußtsein nun auch aus den modernen Kollektivzwängen lösen könnte: Wie ist ein lebendiges Geschichtsbewußtsein als eine universale Kultur erinnernder Anteilnahme möglich?¹¹⁾

II. Geschichte in der Politik — Politik mit der Geschichte

Daß der „Historikerstreit“ im Kern ein Streit um gegenwärtige Politik im Medium des politisch-historischen Bewußtseins ist, war schon in seiner Vorgeschichte angelegt: Als ein neues Interesse für Geschichte aufkam, besetzten einige prominente Politiker (wie F. J. Strauß und A. Dregger) es sogleich mit markanten Direktiv-Parolen und gaben so zu verstehen, daß sie mit der Geschichte ein Stück Politik voranbringen wollten. Die Geschichte der Deutschen wurde unversehens im ganzen zu einem Politikum, als die neue Regierung mit großen Museumsplänen aufwartete. Ganz elementar folgte der Zeitgeist einem neuen „Trend“, und schon war der Verdacht einer „Ideologieplanung“ zur Stelle, mit der man den Trend „hegemonial“ nutzen wolle. In das Zwielflicht solcher Planspiele rückte Jürgen Habermas eine Kollektion von Historiker-Äußerungen, und der Historikerstreit nahm seinen Lauf in den Geleisen der „politischen Kultur“ des Parteienkampfes. Hans-Ulrich Wehler schildert ihn wie eine militärisch-strategische Operation: Erst eine ideologische Offensive der „Wendehistoriker“, dann rücken (mit Verspätung) die Verteidiger an und beweisen auf der ganzen Linie ihre Überlegenheit; der Angriff ist abgeschlagen, das Bessere hat gesiegt, doch die Angreifer bleiben in uneinnehmbare Machtpositionen verschanzt.

Es geht nach Wehler um einen ausgesprochen hohen Einsatz, um nichts Geringeres als um die Verteidigung der Prinzipien demokratischer Liberalität, rationaler Aufgeklärtheit und selbstkritischer Weltoffenheit auf dem Felde des Geschichtsbewußtseins, wo die alten Unarten der deutschen Nationalhistorie noch sehr virulent sind. Das wäre nach der „Fischer-Kontroverse“ und anderen Episoden nicht verwunderlich — und gerade darum wäre jetzt ernstlich zu fragen: Ist das des Pudels Kern? Eine politische Grob-Interpretation, zu der Jürgen Habermas sich hinreißen ließ, ist eindeutig unzutreffend: Ernst Nolte wolle die Nazi-Verbrechen als Antwort auf (heute noch fortdauernde) bolschewistische Vernichtungsdrohungen verständlich machen und den Blick auf den Feind lenken, der immer noch vor unseren Toren stehe — eine Suggestion, die Noltés Sicht der Dinge genau zuwiderläuft.

Das erste wäre, daß man den Streitgegenstand sehr viel niedriger hängt, ihn im richtigen, kleineren Format sieht und ohne die Aufgeregtheit des *Hannibal ante portas*. Sodann wäre der Anteil der Regierung an der angelaufenen Geschichts-Betriebsamkeit genauer zu orten und zu taxieren: Dabei dürfte herauskommen, daß diese Betriebsamkeit weniger mit einer sonderlichen Schwungkraft der Wende zu tun hat als vielmehr mit ihren besonderen Schwierigkeiten, Verlegenheiten und Möglichkeitsgrenzen. Zum dritten wäre dann zu vermuten, daß die Heftigkeit der Reaktionen von Habermas bis Wehler nicht zuletzt davon herrührt, daß sich das links-reformerische Lager seit langem selber in ei-

¹¹⁾ Den Raum eines „zweckfrei“-kommunikativen Geschichtsverhältnisses umreißt der Theologe Jürgen Ebach: „Erinnerung gegen die Verwertung der Geschichte“, in: Die neue deutsche Ideologie. Einsprüche gegen die Entsorgung der Vergangenheit, hrsg. von W. Eschenhagen, Neuwied — Darmstadt 1988.

nem innerlich kritischen Zustand befindet und an einer Perspektivschwäche („Neue Unübersichtlichkeit“) leidet. Nur eine arg konstitutionsschwach gewordene Linke konnte von den Diskussionsvorlagen des Historikerstreits fast in Panik versetzt werden. Wenn der Historikerstreit also nicht die Größenordnung eines Kampfes um das politische Bewußtsein des Bundesbürger (Wehler) erreichen konnte, so ist er in seinem kleineren Format doch wenigstens ein aufschlußreiches Moment im „Streit der Fakultäten“ — wo er eigentlich hingehört. So wie er thematisch inszeniert war, geriet er zu einer notorischen „Stellvertreterdiskussion“ oder zu einem „Stellvertreterkrieg“ (H. Mommsen).

Historikerstreit als Stellvertreterdiskussion

Aus etwas größerer Distanz läßt sich im Politikgehalt des Historikerstreits etwas von der Symptomatik einer Doppelkrise in unseren *beiden* gesellschaftspolitischen Hauptlagern erkennen. Die Schwierigkeit liegt wesentlich darin, wie sich eine aufstiegsgegewohnte Gesellschaft unter den Konditionen einer „Begrenzungskrise“ (K. Biedenkopf), die inzwischen zutage getreten ist, neu orientieren müßte, dabei aber recht schwer tut. Die Geschichte ist wohl darum zu einem Gegenwarts-Politikum geworden, weil man sich nun eingestehen muß: Sie hat uns wieder, wir sind dem Zug des Geschichtlichen nicht entronnen, sind nicht in dem „Verweile doch!“ eines progressiven Zustandes angelangt, wo es nur noch „Entwicklung“ gäbe. Der Historikerstreit ist symptomatisch für eine Kollision unserer politischen Klasse mit der neu andrängenden Wirklichkeit einer weitertreibenden Geschichte, die sich den eingeübten Methoden von Erfolgs- und Krisenmanagement nicht so recht fügen will.

Das ist das Triftige an Michael Stürmers Botschaft, daß uns eine neue Einstimmung in die Dynamismen von Geschichte abverlangt sei. Indessen, wie er den Geist der Geschichte, die uns erfaßt hat, mit Hilfe der Geister vergangener Geschichte zu bannen sucht, hat etwas von Geisterbeschwörung an sich. Symptomatisch dürfte endlich sein, daß der Geschichtsstreit, sofern er eben wesentlich ein Wissenschaftler-Streit ist, seinen gesellschaftlichen Ort in jenem institutionellen Großkomplex hat, der am empfindlichsten unter der neuen Lage der Dinge leidet, darunter, daß der besagte progressive Entwicklungszustand einer „modernen Industriegesellschaft“ wieder den Wechselfällen der Geschichte ausgesetzt ist. In den sechziger Jahren war es ja zu einer einzigartigen Durchdringung von Gesellschafts- und (Aus-)Bildungspolitik gekommen, als die Terrassenlandschaft des Bildungssystems zum Aufmarschraum einer auf sozialen Aufstieg zielenden Großmobilisation wurde. Inzwischen ist nahezu alles an Staustufen geraten.

„Die Unklarheit über die Deutschen in der NS-Zeit“, bemerkt Christian Meier, ist zugleich die Unklarheit über uns selber.“¹²⁾ Und zwar dürfte der Unklarheit über die *Gegenwart* hier die Priorität zukommen. Die neue Irritation des Geschichtlichen, die sich in der Kontaktzone zwischen politischer Klasse und Wissenschaftsbetrieb fühlbar macht, käme dann daher, daß die Wortführer und Vordenker der apparativ-plebiszitären Politik (für die ja immer „alles klar“ sein und für ein „weiter so!“ sprechen muß) sich die Schwäche einer tieferen geschichtlichen Nachdenklichkeit an den Grenzen bisherigen Wachstums schwerlich leisten können. Kritische Publizisten haben es als die Anwälte der denkenden Öffentlichkeit immer wieder beklagt, wie die Wahlkampagnen der Parteien „an den großen Epochenfragen vorbei“ geführt worden sind (Robert Leicht).

Der „Wende“ war es beschieden, weiter an der Krankheit laborieren zu müssen, deren Heilung sie sein wollte. Ihr „ordnungspolitischer“ Effekt bewegt sich ganz innerhalb der Grenzen des bloßen Verteilungskampfes, der seit langem das A und O unserer Gesellschaftspolitik ist. Nun sollte zur Abwechslung einmal die Probe darauf gemacht werden, was es — nach Jahren einer überproportionalen Begünstigung von Arbeitnehmern und öffentlichem Dienst — bringen könnte, wenn sich größere Handlungsspielräume (Erwerbsmöglichkeiten) für die unternehmerisch Tätigen auftun: Sozialstaat — nun aber auch für Scharen von prospektiven Unternehmensgründern! In „geistig-moralischer“ Absicht war unter solchen Klientel-Verhältnissen nicht viel zu bestellen.

Das sozialstaatliche Gegenlager, wieder in die Oppositionsrolle zurückgedrängt, steht, was die geschichtliche Perspektivik angeht, nicht minder prekär da. Es war an die Grenzen einer Reformpolitik gelangt, die nur von den Überschüssen einer florierenden Marktwirtschaft zehrt. Peter von Oertzen hat das recht klar zu Protokoll gegeben: „Mit dem Beginn der Strukturkrise des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems ab 1974 sind die ökonomischen und in der Folge auch die gesellschaftlichen und politischen Grundlagen der Reformpolitik zusammengebrochen . . . Zum Gesamtkonzept der Wachstums-, Umverteilungs- und Wohlfahrtspolitik im traditionellen SPD-Stil führt jedoch kein Weg zurück.“¹³⁾

Es gehört zu den Merkwürdigkeiten unserer vielberedeten „politischen Kultur“, daß in diesem „Reizklima“ nicht der große Neubesinnungs-Diskurs an Raum gewinnt, von dem die bessere Publizistik immer wieder träumt und für den sie selber manches gute Beispiel gibt: dafür, wie sich Nachdenkliche aus allen politischen Lagern um eine nüchtern-

¹²⁾ (Anm. 1), S. 84.

¹³⁾ „Die Zeit“ vom 20. 3. 1987, S. 8.

unbefangene geschichtliche Ortsbestimmung bemühen. Statt dessen entbrennt vielmehr dieser gezeigte und gespreizte Historikerstreit, der ganz offenkundig eine Eruption forcierten Geschichtsbewußtseins ist. Eine *Stellvertreterdiskussion* ist der Streit insofern, als durch ihn eine andere Debatte substituiert wird, zu der die politische Klasse mit- samt ihrem wissenschaftlichen Umfeld bis jetzt in geistig-praktischer Hinsicht anscheinend noch nicht hinreichend disponiert ist.

So gehört das Faktum des Geschichtsstreits zu den bedingten Reflexen von Kalamitäten, mit denen sich die politischen Hauptlager von Regierungskoalition und Opposition im Spannungsfeld Markt- ökonomie-Sozialstaat unter dem Druck der „Begrenzungskrise“ abzumühen haben. Mit seinen forcierten Stilisierungen und Stückwerk-Montagen ist der Historikerstreit selber ein Dokument der Begrenzungskrise, der Begrenztheit geschichtlicher Situationswahrnehmung.

Streit der Fakultäten und Begrenzungskrise im Wissenschaftsbetrieb

Die anhaltende Mittelknappheit trifft einen Institutionenkomplex, der seit den sechziger Jahren auf Stellenexpansion programmiert war; kaum ein anderes Segment der sozialen Aufstiegs mobilisation ist auf einen so großen Zuwachs an selbstdefinierten Positionen (unter ermäßigten Zugangsbedingungen) abgestellt gewesen. Es war abzusehen, daß über kurz oder lang eine heftige Konkurrenz um das Wenige entbrennen und dabei politische Parteiungen bedeutsam werden würden. H.-U. Wehler macht einiges aus diesem Kleinkrieg um wissenschaftspolitische Schlüsselpositionen und aus dem Stellungskampf um die Stellen publik — Stichwort: „neokonservative Machtpolitik“. Doch was die Positionsgewinne und -verluste der einzelnen Wissenschaftsfraktionen für den Stand der geistigen und politischen Kultur bedeuten, das läßt sich kaum allgemein, sondern nur uneinheitlich von Fall zu Fall ermes sen. Auf die Formel eines Ringens zwischen Fortschritt und Reaktion ist die Affäre schwerlich zu bringen.

In diesem „Streit der Fakultäten“ läßt sich namentlich ein Kampf der Geschichte mit den „systematischen Sozialwissenschaften“ ausmachen, der in die Historiker-Fakultät selbst hineinreicht; Kurt Sontheimer, Hans und Wolfgang Mommsen haben dazu aufschlußreiche Betrachtungen angestellt¹⁴⁾. Die geschichtlich nachdenkliche Öffentlichkeit wird es

¹⁴⁾ Die Beiträge von H. Mommsen und K. Sontheimer in: Historikerstreit (Anm. 4). W. Mommsen bespricht die Orientierungsprobleme der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 in Heft 5/1987 der Zeitschrift „Liberal“.

vor allem interessieren, was die historisch-sozialwissenschaftlichen Schulen heute zur Neuorientierung des öffentlichen Geschichtsbewußtseins beizutragen haben, zur geschichtlichen Ortsbestimmung unserer Gegenwart (mit einem langen Blick auf unsere Vorgeschichte im Nationalsozialismus). In der grellen Beleuchtung des Historikerstreits haben die Hauptbeteiligten zuerst einmal ganz vorwiegend die Schwächen und Unzulänglichkeiten ihres geschichtlichen Orientierungsvermögens offenbart (oder, so gut es ging, verdeckt). Fast möchte man sagen, daß jede Partei in der anderen auch ihren eigenen Mangel bekämpft.

So wäre als ein Fazit festzuhalten, daß die Krise des geschichtlichen Bewußtseins auch im Raum der Wissenschaft eine Parallelkrise ist, von der nicht minder auch die linksliberale Fraktion innerlich (und nicht nur nach Art einer Bedrängnis und Anfechtung von außen) miterfaßt ist. Wer gar noch höhere Erwartungen in die („linke“) „kritische Sozialwissenschaft“ gesetzt hat, wird deren historisches Unvermögen entsprechend strenger beurteilen. Man kann nur sagen: Zum Glück für die neu-deutsche Linke steht *nicht Hannibal ante portas* — sie stünde ihm so hilflos gegenüber wie einst die alte Linke dem aufsteigenden Nationalsozialismus, den die neue Linke auch heute nicht angemessen in seiner Bedeutsamkeit als populistische Massenbewegung zu begreifen vermag.

Vielleicht stoßen wir hier auf einen tieferen Grund für die Schwierigkeit, historisch mit der Geschichte des Nationalsozialismus umzugehen. Der Grund könnte in einer Befangenheit gegenüber der Massenbasis des Nationalsozialismus liegen, die ja doch notgedrungen auch die Massenbasis der nachfaschistischen Demokratie werden mußte. Wie die „Totalitarismus“-Doktrin nach 1945 (nach der treffenden Bemerkung von Christian Meier) den Nationalsozialismus kurzerhand „auf die andere Seite“ transportieren und neben dem Kommunismus postieren konnte, so konnten überzeugte Volks- und andere Demokraten ihn als „Eliten“-Phänomen in eine höhere soziale Schichtlage „hinauftransportieren“, zwischen Villa Hügel und Wilhelmstraße. Das Irritierende bleibt der Nationalsozialismus als Volksbewegung. Wer hier rechts- oder linkspopulistische Berührungsängste hat, wird weiterhin einen negativen Kult um das absolut Böse in der Vergangenheit treiben, statt das Problematische in der „Verwirrung der Gegenwart“ für ein historisches Bewußtsein zu erschließen¹⁵⁾.

¹⁵⁾ Dieses Moment von „Stellvertretung“ hat E. Nolte schon in seinem umstrittenen Aufsatz vom Juni 1986 vermutet. Siehe Historikerstreit (Anm. 4), S. 40.

III. Moralität der Geschichte — Moralität des Erinnerens

Der Historikerstreit bekam seine äußerste Schärfe sogleich damit, daß Jürgen Habermas die historischen Streitfragen ins Moralische wendete. So gewann der Disput etwas vom Pathos einer „moralischen Kampagne“ der Einsichtigen wider die Verstockten und Rückfälligen. Die Massivität des Vorwurfs — die Kontrahenten betrieben eine „glückliche Entmoralisierung“ der deutschen NS-Vergangenheit — blockierte die durchaus nötige Diskussion über moralphilosophisch unangemessene Positionsbestimmungen (wie Hillgrubers Entgegensetzung von „Gesinnungsethik“ und „Verantwortungsethik“ oder die Rede von einem „Sich-Identifizieren“ der Heutigen mit Handelnden und Opfern von damals); sie verhinderte auch ein tieferes Eindringen in die wirklichen *ethischen Antinomien* bestimmter geschichtlicher Situationen. (Ebensowenig wie A. Hillgruber kann sein unerbittlicher Kritiker H.-U. Wehler für die Einsätze von 1944/45 eine „moralisch saubere“ Verhaltenslinie nachkonstruieren.) Abgeschnitten war vorerst überhaupt jede theoretische Auseinandersetzung darüber, welche ethischen, moralischen oder auch moralistischen Positionen zum Nationalsozialismus heute in Ansatz kommen können.

Die moralischen und moralistischen Aufgebote des Historikerstreits machen es überaus dringlich, einige Grundfragen ethischer Theorie, Pragmatik und Diagnostik in ihrem diffizilen Bezug auf die Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts mit aller theoretischen Strenge neu zu erörtern. Mit Martin Broszat teile ich den Argwohn, daß vieles, allzu vieles an der moralischen Erziehungs-, Trauer- und Sühnearbeit im Blick auf die Groß-Untaten der deutschen NS-Vergangenheit ein kraftloses Ritual darstellt. Es ist schwer zu ermessen, was an wirklicher ethisch-praktischer Kraft jeweils dahintersteht. Gewiß bekundet sich die praktische Moralität auch darin, wie heute jemand mit der geschichtlichen Erinnerung an die Hitlerzeit umgeht. Doch nur sehr selten läßt es sich schon im Groben irgendwelcher historischer Thesen und Gegenthesen dingfest machen, wes Geistes Kind einer ist, der entweder die Einzigartigkeit von Auschwitz bekräftigt oder sie in Frage stellt. Im Historikerstreit gab es nicht wenig an kurzschlüssiger Moralisierung der Streitfragen. Allzu unbedenklich haben die Moralisten eine scheinhafte ‚Gleit-Automatik‘ von Erklären — Verstehen — Verständlich-finden — Verzeihen — Rechtfertigen in Betrieb gesetzt.

Nachdenken über die geschichtlichen Wege des politischen Ethos

Welche Hauptarbeiten einer ethischen Auseinandersetzung mit der deutschen NS-Vergangenheit kann man heute vor Augen haben? Manche sagen,

daß die ethisch-praktische Auseinandersetzung selbst, das moralische Urteil über das Verbrechen-Widermoralische des Nationalsozialismus, schon Hauptarbeit genug sei: die ständige moralische Gewissensprüfung der Nach-Hitler-Deutschen als praktische Voraussetzung dafür, daß sie nicht rückfällig werden. Hängt aber nicht der praktische Sinn dieser Übung zuvor davon ab, wie überhaupt der Ort des Nationalsozialismus in der neuzeitlichen und modernen „Genealogie der Moral“ diagnostisch-analytisch zu bestimmen ist — weder zu weit und vage noch zu eng? Beide Mängel kommen zusammen, wenn man allzu direkt nach einem „deutschen Lebenszusammenhang, in dem Auschwitz möglich war“, fragt und alles auf den Antisemitismus konzentriert. Die Anfrage ließe sich vielleicht so fassen: Was hat sich im politischen Ethos der europäischen Hauptnationen und insbesondere in dem der Deutschen ereignet, als sie sich zu Beginn unseres Jahrhunderts in eine Weltkriegs-epoche stürzten? Und wie haben sich nach dem Krieg von 1914/18 die Energien einer militant-imperialen „Selbstbehauptung“ in der deutschen Reichsnation dermaßen aufgeladen, daß der Nationalsozialismus den Weltkrieg auf einer ungleich stärkeren Massenbasis als 1914 wiederaufnehmen und ihn zu einem schrankenlosen Raub- und Vernichtungskrieg steigern konnte? Und wie hat sich das alles zu einem vielfältig gestuften *Ermöglichungszusammenhang* aufgebaut, in dem ein „Staat im Staate“, der SS-Staat, seinen besonderen „Vernichtungskrieg im Vernichtungskrieg“ führen konnte?

Der Historikerstreit hat die ganze Epochen-Problematik in dem „Einzigartigen“ des Ereignisses Auschwitz konzentriert, als könnte sich an dieser stärksten moralischen Herausforderung auch die stärkste Abwehrkraft herausbilden. Darin liegt jedoch manche Fragwürdigkeit, ja sogar eine fragwürdige Art von moralischer Entlastung, so paradox das klingt. Denn gerade hier sind selbst die meisten Hitler-Deutschen nicht wirklich mit dabei gewesen, auch nicht mit ihrer Gesinnung. So vollzieht sich die innerliche Entlastung von Auschwitz leichter als die Entlastung von den „ganz gewöhnlichen“, nicht-singulären und massenhaften Roheiten der kriegführenden Nation. Unterhalb dieses Gewalt-Gipfels erstreckte sich das breite Massiv einer ganz alltäglichen Herrenvolk-Rücksichtslosigkeit der Hitler-Deutschen (waren es drei Viertel, zwei Drittel oder nur gut die Hälfte der Nation?). Sie ist als etwas, was geschichtlich in einer modernen Nation möglich ist, für sich schon Problem genug. Der vielfach gestufte, indirekt-vermittelte Ermöglichungszusammenhang vom Nicht-Einzigartigen zum Einzigartig-Ungeheuerlichen hin gibt womöglich schwierigere Fragen zu bedenken als das

äußerste Ungeheuerliche selbst, das der Auswuchs einer Sonder-Pathologie ist.

Moralische Auseinandersetzung mit der Hitlerzeit

Martin Broszat konstatiert es zunächst einfach als einen Tatsachenbefund, daß es in der Nachwelt von heute im Blick auf die Hitlerzeit „kein sehr großes Bedürfnis mehr nach Anklage und Verurteilung“ gebe – weil kaum noch einer von den Verantwortlichen unter den Lebenden sei und die damaligen Frontlinien heute nicht mehr bestünden. „Um so stärker geworden ist, zumal bei den Jüngeren, das Begreifenwollen dieser Vergangenheit, mit der auch sie immer wieder konfrontiert werden als mit einer besonderen, für sie aber nur noch intellektuell und geschichtlich erfahrbaren Hypothek.“ Broszat fügt sogleich hinzu, daß natürlich die moralische Verurteilung des Nationalsozialismus unveränderte Geltung behalte¹⁶). Hier ließe sich indessen noch weiter nachfragen, ob die Form einer „moralischen Verurteilung“ denn der geschichtlichen Größenordnung des Ereignisses wirklich angemessen ist: Ob die Begrifflichkeit ziviler Moralität und Strafrechtslehre überhaupt solche epochalen ethischen Brüche wie den Rückfall einer modernen Staatsnation in ein archaisches Krieger-Ethos zu fassen vermag¹⁷).

Zwei ethische Verbindungslinien sind es, die vom Kulminationspunkt des Vernichtungskrieges 1939–1941–1945 in unsere Gegenwart führen: eine ganz direkte Verbindungslinie in der Erinnerung und im moralischen Bewußtsein – und eine sehr indirekte in der Wirklichkeit des gelebten politischen Ethos der Hitler- und Nach-Hitler-Deutschen. Wie sind die beiden historischen Stränge miteinander vernetzt? Hat die Antwort des Gewissens auf die moralische „Herausforderung“ von Auschwitz einen entscheidenden Anteil an der praktischen Höherbildung der politischen Moralität in unserem Volk gehabt (wie J. Habermas annimmt), und kann sie weiterhin eine solche Bedeutung haben? Und wie läßt sich überhaupt der tatsächliche Befund, die inzwischen erreichte „ethische Kondition“ der Deutschen nach Hitler, diagnostisch bestimmen?

Eine Nation ist natürlich niemals ein einheitliches moralisches Subjekt. Das waren auch die Deutschen unter Hitler nicht. Vielmehr hat eine bedrohliche Übermacht von Hitler-Deutschen und Reichs-Fanatikern die allzu schwachen Bildungskräfte einer „Zivilgesellschaft“ in unserem Lande „ausge-

schaltet“ und dann in den Ausnahmezustand der kämpfenden Nation mit hineingezwungen. An der neuerlichen Freisetzung, Weiterentwicklung und Fortpflanzung der Nicht-Hitler-Deutschen hing nach 1945 alles Entscheidende (und einiges hing auch an der schwierigen Problematik von Faschismus und Antifaschismus, Kommunismus und Antikommunismus).

Es ist jetzt wieder vielfach beklagt worden, daß keine tiefe Wandlung durch innere Umkehr die einstigen Hitler-Deutschen ergriffen hat. So etwas dürfte überhaupt nicht im Bereich des Möglichen gelegen haben. Statt dessen trat etwas Profaneres ein. Veränderungen im politischen Ethos eines Gemeinwesens erwachsen in der Hauptmasse nicht aus einem Anders-Werdenden der „einen“, sondern aus ihrer Ablösung durch *andere* – Veränderung ist hier Wechsel in der Konstellation und in den Kräfteverhältnissen, in denen die „sozio-personale Auslese“ erfolgt. In der Konstellation liegt es beschlossen, welche Dispositive des politischen Sozialcharakters in einem Volk freigesetzt oder herausgereizt werden und welche anderen latent bleiben, umgelenkt oder zurückgedrängt sind. Eine der wichtigen Nacharbeiten zum Historikerstreit könnte es sein, die vielen Haupt-, Neben- und Schleichwege aufzuspüren, auf denen sich das politische Ethos der Nach-Hitler-Deutschen zu seiner jetzigen profanen Betriebsform umgebildet hat.

Seit gut vierzig Jahren erbringt die Gesellschaft der Bundesrepublik mancherlei Normalleistungen der Zivilität, die ein hohes Maß an innerem sozialen Frieden und Verträglichkeit gegenüber den Nachbarn gewährleisten. Der einstige überschäumende Imperial-Nationalismus ist zu einem zähen Wirtschafts- und Sozial-Nationalismus zurückgebildet. Das ist nicht wenig. Doch das Maß des Zureichenden wird nicht schon darin liegen, daß so etwas wie Auschwitz sich nicht wiederholen kann. Nach Auschwitz sind wir erst einmal zu stillen Teilhabern von Hiroshima geworden. Auf welche Bewährungen und Bewährungsmaße es künftig ankommen wird, wissen wir noch nicht. Sehr wahrscheinlich sind es solche einer aktiven Zivilität, die noch um einiges höher ist als diejenige, die wir bis jetzt erreicht haben.

Moralität des Erinnerns – Moralität durch Erinnern?

Die Frage bleibt, was sich auf jener anderen Verbindungslinie zwischen heute und damals abspielen kann – auf jener, die unser moralisches Bewußtsein immer wieder auf „Auschwitz“ zurückverweist. Hat wirklich die „moralische Herausforderung“ von Auschwitz bei den Deutschen die entscheidende Läuterung bewirkt, und bilden sich daran auch bei Nachgeborenen die moralischen Kräfte, die unser Volk auf einer höheren Stufe sei-

¹⁶) Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, (1988) 2, S. 342.

¹⁷) Vgl. dazu meinen Aufsatz „Moralisierung der Geschichte – Historisierung des Moralischen“ in: Universitas, (1986) 12, und die mehr ins Systematische gehende Entwicklung in meiner Studie „Ethik ohne Imperativ“, Frankfurt 1987. Anders als die Tradition, der auch M. Broszat folgt (Anm. 16, S. 351), halte ich es nicht für obligat, das Ethische unter die Begrifflichkeit von Gut und Böse zu bringen.

ner öffentlich-politischen Gesittung festhalten und weitertragen?

Das Hauptvotum von Jürgen Habermas weist in eben diese Richtung. Er statuiert eine „historische Haftung für die Lebensform . . . , in der Auschwitz möglich war“, und er fragt weiter: „Läßt sich nicht allgemein sagen: Je weniger Gemeinsamkeit ein kollektiver Lebenszusammenhang im Inneren gewährt hat, je mehr er sich nach außen durch Usurpation und Zerstörung fremden Lebens erhalten hat, um so größer ist die Versöhnungslast, die der Trauerarbeit und der selbstkritischen Prüfung der nachfolgenden Generationen auferlegt ist?“¹⁸⁾

Aus der Sicht einer historisch-realistischen Ethik wären hier nicht nur skeptische Einwände hinsichtlich der Wirkkraft solcher Obligationen vorzubringen. Zu prüfen wäre von Grund auf, wie sich im Raum des historischen Erinnerens die (positive oder negative) moralische Qualität des jeweils Erinnerung mit der (gegenwärtigen und der zukünftigen) Moralität der Menschen vermittelt, die sich das Erinnerung vergegenwärtigen. Es ist füglich zu bezweifeln, daß aus dem Erinnerung an Auschwitz bei den Nachgeborenen ein Zuwachs an moralischem Vermögen erwachsen könnte. Erst recht zweifelhaft ist, daß man dergleichen durch absichtsvollerzieherische Veranstaltungen bewirken könnte, gar noch bei Widerstrebenden. Zu bezweifeln ist, daß eine höhere Gesittung sich am ehesten an ihren größtmöglichen Herausforderungen ausbildet (und nicht viel eher aus der Summe der alltäglichen, kleineren Anforderungen).

Über solche abschlägigen Bescheide hinaus wäre aber vor allem positiv geltend zu machen, daß sich sittliche Vermögen bei heranwachsenden Menschen weit verlässlicher als durch jede moralische Indoktrination auf unmittelbar praktische Art ausbilden und festigen und auf jeden Fall an ihren gegenwärtigen Anlässen und Gelegenheiten zur Bewährung. Dabei geht es letztlich um die ganz allgemeinen sozialen Grundfähigkeiten des qualifizierten Selbstseins („Ichstärke“), der mitmenschlichen Kooperativität und Solidaritätsbereitschaft.

Wo solche Fähigkeiten sich ausgebildet haben, da finden sie einen durchaus wesentlichen Ausdruck in der Arbeit geschichtlichen Erinnerens. Diese gewinnt indessen nicht den Sinn, an moralischen „Herausforderungen“ unter dem Druck einer „Versöhnungslast“ eine geschuldete „Trauerarbeit“ abzuleisten, um daraus moralische Kraft zu schöpfen. Von moralischer Authentizität ist im Raum des Erinnerens und der historischen Trauer nur, was aus ganz freien Stücken in der größten humanen Selbstverständlichkeit auf das Erinnerung antwortet. Alles andere ist zwanghaftes, wenn nicht gar unredliches Ritual. Im historischen Erinnerung bekundet sich nur

eine Moralität, zu der das betreffende Individuum in seiner praktischen Lebens- und Beziehungsgeschichte bis dahin gediehen ist. Geschichte als Lehrveranstaltung kann nur die Gelegenheit dazu schaffen.

Monumentalgeschichtliche Zentralperspektive und sozialgeschichtliche Gesamtperspektive

Jene Diskussionsvorlagen, in denen es um „zweierlei Untergang“ und „zweierlei Vernichtungspolitik“ ging, wurden im Historikerstreit zu den härtesten Streitsachen. Ein anderer Text, M. Broszat „Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus“ aus dem Mai 1985, wäre wohl besser als Diskussionsvorlage geeignet gewesen. Broszat wollte ihn aber erklärtermaßen nicht in den Sog des Historikerstreits geraten lassen. An diesen Aufsatz hat sich dann das erste wichtige Stück einer Diskussion nach dem Streit angeschlossen. In einem der Sammelbände zum Historikerstreit hatte der israelische Historiker Saul Friedländer eine Kritik an Broszats Historisierungskonzept vorgebracht¹⁹⁾. Broszat nahm die Diskussion mit dem Kritiker in der Form eines öffentlichen Briefwechsels in den „Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte“ auf (Heft 2, April 1988).

Friedländer hält das Historisierungs-Unternehmen von Broszat für einen problematischen, bedenklichen Balanceakt, sofern sich dabei die Gewichte der historischen Aufmerksamkeit merklich verlagern. Indem der Nationalsozialismus mit denselben normalen historischen Methoden wie jede andere Geschichte bearbeitet wird (etwa wie die französische des 16. Jahrhunderts), kann er unversehens als eine „normale Geschichte“ wie jede andere erscheinen. Zumal wenn diese Geschichte als Sozial- und Alltagsgeschichte betrachtet wird, verschieben sich die Gewichte, wie Friedländer meint, von dem einzigartigen und Hochpolitischen, Unnormalen und Verbrecherischen weg zu all dem halbwegs normal Erscheinenden oder scheinhaft Normalen, das sonst noch zum Alltag der Hitlerzeit gehört. Die Bedenklichkeit einer Historisierung sieht Friedländer darin, daß man sie für eine Relativierung und Banalisierung der Nazivergangenheit mißbrauchen kann, „letztlich dafür, jene Verbrechen aus dem Gedächtnis der Menschen auszulöschen“²⁰⁾.

Das genaue Gegenteil dürfte jedoch sehr viel mehr plausibel sein. In diesem Felde historischen Erinnerens gibt es eine ganz eigenartige „Dialektik“ der Gegenläufigkeit. Die Dialektik einer monumentalgeschichtlichen Erinnerungspflege könnte gerade darin bestehen, daß die als negativer Mythos erin-

¹⁹⁾ S. Friedländer, Überlegungen zur Historisierung des Nationalsozialismus, in: D. Diner (Hrsg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt 1987.

²⁰⁾ Ebd., S. 50.

¹⁸⁾ Historikerstreit (Anm. 4), S. 251.

nerte Geschichte der Hitlerzeit den Nachgeborenen zu etwas ganz Unwirklichem und unendlich Fernem wird. Sie können sie so nicht als eine Geschichte empfinden, die zu ihnen hinführt. Die Sozialgeschichte hingegen, worin der Nationalsozialismus als *Volksbewegung* seinen Ort hat, ist unserer Gegenwart viel eher als ein Stück Vorgeschichte zuzuordnen. Möglicherweise bleibt auch Auschwitz fester in einer verbindlichen, nicht nur rituellen Erinnerung verankert, wenn es nicht monumental isoliert in seiner „Unvergleichbarkeit“ dasteht und wenn man begreifen lernt, wie Aktivkerne einer modernen Nation im Konfliktfeld eines modernen Krieges dazu kommen können, mit zunehmender Unbedenklichkeit auf willkürlich designierte Opfer die „Furie des Verschwindens“ (Hegel) loszulassen.

Mit einer solchen „Verlagerung des Focus“ rückt die NS-Vergangenheit nicht in ein milderes Licht. Ihre Problematik vertieft und erweitert sich vielmehr. Der Nationalsozialismus als Diktatur- und Kriegsstaat ist tot. Doch der Nationalsozialismus als *Volksbewegung* gehört dem sozialgeschichtlichen Kraftfeld einer ungestümen und verbissenen Aufwärts-Mobilisation an, das sich schon vor ihm aufgebaut hatte und nach ihm bis in unsere bundesrepublikanische Gegenwart wirksam geblieben ist.

Das Verhängliche für die historische Auffassung liegt (für Friedländer wie auch für Habermas) in jener „Doppelbödigkeit“ von System-Kriminalität im ganzen und dem Anschein von Normalität in weiten Bereichen des NS-Alltags. Das ist im Plädoyer von Broszat ein wichtiger Aspekt: „Die Schwierigkeit der Historisierung der nationalsozialistischen Zeit besteht vor allem, immer noch, darin, dies zusammenschauen und gleichzeitig auseinanderzuhalten: das Nebeneinander und die Interdependenz von Erfolgsfähigkeit und krimineller Energie, von Leistungsmobilisation und Destruktion, von Partizipation und Diktatur.“²¹⁾ Broszat will in seiner sozial- und alltagsgeschichtlich orientierten Betrachtung deutlich machen, welche enormen Volkskräfte in die Machtentfaltung des Nationalsozialismus eingegangen sind. Doch von einer unschuldigen Normalität zivilen Lebens „unterhalb“ der politischen System-Hierarchie kann bei ihm nicht die Rede sein. Vielmehr sagt er ganz unmißverständlich, von welcher Art die „sozialen Schubkräfte“ des Nationalsozialismus als *Volksbewegung* gewesen sind: „Vor allem muß eine periodenübergreifende Betrachtung des ganzen neuzeitlichen deutschen Geschichtsraums entwickelt werden, in dem sich auch der Nationalsozialismus abgespielt hat. In solcher erweiterten Perspektive wird in mancher Hinsicht der Ort des Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte neu zu bestimmen sein.“

²¹⁾ U. Broszat, *Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte*, hrsg. von H. Grame und K.-D. Henke, München 1986, S. 166.

Es werden schon lange vorher angelegte problematische Modernisierungstendenzen und Sozialpathologien sichtbar, die, im Nationalsozialismus legitimiert und zusammengerafft, in äußerster Gewalt umschlugen. Mit solchem Blick wird es aber auch möglich sein, manche der bislang tabuisierten historischen Nachwirkungen der NS-Zeit in der gesellschaftlichen und rechtlichen Verfassung der Bundesrepublik kritisch, aber ohne pauschale Denunziation in den Blick zu nehmen.“²²⁾ Die „Normalität“ der imperialen Nation ist demnach selber eine durch und durch problematische, pathologisch durchwirkte²³⁾.

Eines wird auf der Linie von Broszat allerdings unausweichlich, daß nämlich „Auschwitz“ (der Gesamtkomplex einer planmäßigen Massenvernichtung von Menschen) gewiß in der moralischen Bilanz der NS-Epoche das „Zentralereignis“ bleibt. Gleichwohl kann Auschwitz nicht den „Angelpunkt des gesamten faktischen Geschehens der NS-Zeit“ (und ihres historischen Verständnisses) bilden²⁴⁾. Wo sich nun der ganze Historikerstreit um die Singularität des Ereignisses Auschwitz gedreht hat, konnte es kaum ausbleiben, daß etwas von der Glut dieses Streits auf das Historisierungsprojekt überspringen würde. Inzwischen haben Kritiker aus dem Lager der „Kritischen Theorie“ befunden, daß bei Broszat ein noch gefährlicherer Verdrängungsmechanismus am Werke sei als bei E. Nolte. Wolfgang Kraushaar meint sogar, die sozialgeschichtliche Historisierung laufe bei Broszat auf eine Normalisierung, ja auf eine „moralische Entlastung der Nazi-Politik“ und auf eine positive Würdigung der „Verdienste und Errungenschaften des Nazi-Systems“ hinaus. Broszat könne es auf seiner Historisierungsline nicht „wagen“, von der Vernichtung der Juden zu sprechen. „Im gesamten Text kommt das Wort Auschwitz nicht vor.“²⁵⁾ Und worin soll das Ver-

²²⁾ Ebd., S. 172.

²³⁾ Detlev J. K. Peukert, *Alltag und Barbarei. Zur Normalität des Dritten Reiches*, in dem von D. Diner herausgegebenen Band (Anm. 19). Der Verfasser beschließt seinen erhellenden Aufsatz mit diesen suggestiven Fragen: „Wie dünn ist eigentlich das Eis der modernen Zivilisation? Wie sicher können wir sein, nicht erneut in die Barbarei einzubrechen? Können wir überhaupt sicher sein, daß solche Barbarei nicht ein untergründiger Bestandteil des Zivilisationsprozesses ist? Vor 50 Jahren wie heute? In Deutschland oder anderswo?“ (S. 61).

²⁴⁾ Anm. 1, S. 353. Vgl. mein eigenes Votum in: *Historikerstreit* (Anm. 4), S. 126f.

²⁵⁾ „Der blinde Fleck in der modernistischen Historisierungsvariante“, in: *Die neue deutsche Ideologie* (Anm. 11), S. 34. In seinem inquisitorischen Eifer unterlaufen diesem Kritiker sogar direkte Textverfälschungen. Er schreibt Broszat zu, er wolle „kritisch, aber ohne pauschale Denunziation . . . die Verdienste und Errungenschaften des Nazi-Systems . . . würdigen“. Von Verdiensten und Errungenschaften des Nazi-Systems ist jedoch überhaupt nicht die Rede, und die Devise „ohne pauschale Denunziation“ bezieht sich, wie man aus dem oben wiedergegebenen Zitat ersieht, ausdrücklich nicht auf das Nazi-System, sondern auf das Weiterwirken bestimmter sozialer Basisprozesse über die NS-Zeit hinaus in der Gesellschaft der Bundesrepublik.

dienst des Nationalsozialismus liegen? In seiner „sozialen Dynamisierungsfunktion“ und in seinem „Modernisierung“-Effekt. Nun steht bei Broszat jedoch klipp und klar, im Nationalsozialismus seien „problematische Modernisierungstendenzen und Sozialpathologien . . . in äußerste Gewalttätigkeit umgeschlagen“. Das sollte jedem kompetenten Leser genug sagen. Nur die ganz Naiven des Modernen und der sozialen Mobilität können über die Problemtiefen des Broszat-Plädoyers hinwegsehen.

Das Problematische und Pathologische moderner Sozialmobilisation in der Bürger- und Kleinbürgerwelt lag und liegt vor allem darin, daß sie auf einer breiten populistischen Basis *imperial überschießend* werden kann. Sie gewinnt ihre Schwungkraft aus der enormen industriellen Reichtumsproduktion, überflügelt jedoch mit ihren Ambitionen deren reales Maß noch um ein Beträchtliches, wird maßlos, mißgünstig und neidvoll, greift auf fremde Reichtumsquellen über. Das könnte ein gesell-

schaftsgeschichtlicher Nenner für das historische Begreifen des modernen Imperialismus und seiner deutschen Extremform sein. Was José Ortega y Gasset den „Aufstand der Massen“ genannt hat, war vor allem der mächtige Auftrieb in der Kleinbürgerwelt und in sie hinein, so sehr, daß man nach dem 19. Jahrhundert, dem des Bürgertums, das 20. Jahrhundert das des Kleinbürgertums nennen möchte.

Das Fatale und Bedrückende an alledem ist, daß hier eben nicht ein radikal und absolut Böses in die moderne Normalität eingebrochen ist. Es beginnt vielmehr mit einer „Banalität des Bösen“ (Hannah Arendt), das nur die Kehrseite eines allzu banalen „Guten“ ist, eines allzu stürmischen, unbekümmerten und rücksichtslosen Dranges nach dem guten, ansehnlichen Leben. Aus der imperialen Bündelung und Forcierung dieses massenhaften, weite Teile des Volkes erfassenden Dranges konnte und kann auch weiterhin ein Äußerstes an Gewalttätigkeit erwachsen.

Deutsche Identität und historischer Vergleich

Nach dem „Historikerstreit“

Im Mittelpunkt des „Historikerstreits“, der im Sommer 1986 begann und um die Jahreswende 1987/88 auslief¹⁾, stand die Frage nach dem Ort des Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte und nach dem Selbstverständnis der Bundesrepublik. Von diesem ideenpolitisch zentralen Problem her gewann der Streit seine Schärfe und Publizität, zu diesem Zentralproblem hatten alle Themen der Debatte Bezug, so verschiedenartig sie im übrigen auch waren. Es ging (a) um die Frage der Vergleichbarkeit des Nationalsozialismus und des nationalsozialistischen Völkermords; (b) um die davon klar zu unterscheidende Frage, inwieweit der nationalsozialistische Völkermord als verständliche Reaktion auf die bolschewistischen Massenvernichtungen im Bürgerkrieg und unter dem Stalinismus zu deuten sei. Einen Nebenschauplatz stellte (c) die Kontroverse darüber dar, inwieweit deutsche Geschichte aus der geographischen Position Deutschlands in der Mitte Europas zu erklären sei. Weiterhin ging es (d) um das dornige Problem der „Historisierung“ des Nationalsozialismus, wobei verschiedene Teilnehmer unter diesem äußerst mißverständlichen Begriff Verschiedenes verstanden: Aus welcher Perspektive soll man jene grauenvollen Ereignisse begreifen – aus der Perspektive der Zeitgenossen

(aber dann: welcher Zeitgenossen?) oder bewußt aus der distanzierenden Rückschau des Historikers? Wie verhalten sich ferner Verstehen, Analyse und Urteil? Schließlich (e) ging es in fast jedem der Teilthemen zugleich um ein weiteres, sehr generelles Problem: um das der kollektiven Identität und um den Beitrag, den historische Erinnerung – bzw. die Geschichtswissenschaft – dazu leisten kann oder soll.

Hier soll nicht versucht werden, eine Bilanz des Historikerstreits zu ziehen²⁾. Vielmehr sollen zwei neuralgische Punkte des Streits aufgenommen und weitergedacht werden: zunächst die Frage, was die Rolle des Geschichtswissenschaftlers in einem solchen nicht primär wissenschaftlichen Streit sein kann und sollte; dann die dem „Historikerstreit“ immanente Problematik des internationalen Vergleichs. In diesem Zusammenhang soll dafür plädiert werden, eine lange fruchtbare Vergleichsperspektive, die unter dem mißverständlichen Begriff „Sonderweg“ etwas ins Abseits geraten ist und durch den „Historikerstreit“ überdeckt wurde, wieder aufzunehmen, wenn auch in modifizierter Form.

¹⁾ Den Anfang markierten der FAZ-Artikel Ernst Noltes vom 6. Juni und die Replik von Jürgen Habermas in der „Zeit“ vom 11. Juli 1986. Wieder abgedruckt in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987, S. 39–47, 62–76. (Dieser Band ist weiterhin – trotz des irreführenden Untertitels – die beste Dokumentation der Debatte.). Die Aufmerksamkeit flaute seit Anfang 1988 rasch ab, als klar wurde, daß Noltes umfangreiches Buch „Der Europäische Bürgerkrieg 1917–1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus“, Berlin 1987, die vorherigen weitgehenden Behauptungen des Autors empirisch nicht einlösen konnte und als Hans-Ulrich Wehler in einer sehr kämpferischen Schrift (Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“, München 1988) die Argumente der Kritiker von Nolte, Stürmer, Hillgruber etc. zusammenfaßte, zuspitzte, ergänzte und den

Streit insgesamt ziemlich lückenlos dokumentierte. Eine publizistische Antwort der Angegriffenen unterblieb im wesentlichen, und auf den verschiedenen Seiten setzte sich wohl das Gefühl durch, daß die Argumente nunmehr endgültig auf dem Tisch lägen und durch Wiederholung wenig zu gewinnen sei.

²⁾ Als solche sehr gut: D. J. K. Peukert, Wer gewann den Historikerstreit? Keine Bilanz, in: P. Glotz u. a. (Hrsg.), Vernunft riskieren. Klaus von Dohnanyi zum 60. Geburtstag, Hamburg 1988, S. 38–50. Zu meiner Position: Hitler sollte nicht durch Stalin und Pol Pot verdrängt werden, in: „Historikerstreit“ (Anm. 1), S. 132–142; The Weight of the Past in Germany's Future, in: German Politics and Society, hrsg. v. The Centre for European Studies, Harvard University, Nr. 13, Feb. 1988, S. 22–29; Geschichte als Aufklärung?, in: J. Rüsen u. a. (Hrsg.), Die Zukunft der Aufklärung, Frankfurt 1988, S. 91–98.

I. Geschichtswissenschaft und Ideenpolitik

Grenzen der Fachwissenschaft

Die meisten Argumente im „Historikerstreit“ waren nicht rein fachwissenschaftlicher Natur. Sie wurden nicht primär an ein fachwissenschaftliches Publikum gerichtet, sondern sie wandten sich über die allgemeinen Medien an interessierte Teile der breiteren Öffentlichkeit. Und sie stellten keine wissenschaftlichen Aussagen in dem Sinn dar, daß sie aus empirischer Forschung folgten oder durch empirische Forschung zukünftig derart bestätigt werden könnten, daß sie auch für Historiker mit divergierenden politischen Anschauungen gleich zwingend und gültig sein würden. Vielmehr kamen in den zentralen und umstrittensten Argumentationen immer auch sehr grundsätzliche Überzeugungen zum Ausdruck, die sich mit fachwissenschaftlichen Mitteln allein nicht stringent begründen oder widerlegen lassen.

Wenn jemand — offenbar aus starken, vermutlich lebensgeschichtlich verwurzelten nationalen Überzeugungen heraus — meint, die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten und deren Verlust seien „die wohl gravierendste Kriegsfolge“³⁾ (nicht aber der Tod von vielen Millionen Soldaten und Zivilisten und die Verwüstungen sondergleichen, die von diesem Krieg ausgingen — bis hin zur Atombombe und zur Schaffung von Bedingungen, ohne die die Vernichtungslager und der industrialisierte Massenmord an Juden und anderen Minderheiten nicht möglich gewesen wäre), dann wird man diese Wertung leidenschaftlich bestreiten, über sie argumentieren und versuchen können, ihr universalistischere Wertungsmaßstäbe entgegenzuhalten; geschichtswissenschaftlich widerlegen läßt sie sich nicht. Umgekehrt läßt sich zwar gut argumentieren, aber nicht mit den Mitteln der Geschichtswissenschaft zweifelsfrei belegen, daß dem „Verfassungspatriotismus“ und dem Votum für die — in sich übrigens sehr heterogene — „politische Kultur des Westens“ eindeutig Priorität zuzukommen habe — selbst wenn dies auf Kosten nationaler Identitäten und Zielsetzungen geht⁴⁾. Und wenn zwei Historiker gegensätzliche Positionen in bezug auf die Frage vertreten, ob es in der Bundesrepublik an kollektiver Identität mangle oder nicht, muß nicht notwendig einer von beiden ein schlechter Historiker sein⁵⁾.

³⁾ A. Hillgruber, Jürgen Habermas, Karl Heinz Janßen und die Aufklärung Anno 1986, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 12 (1986), S. 725–738, hier S. 730.

⁴⁾ J. Habermas, *Geschichtsbewußtsein und posttraditionale Identität. Die Westorientierung der Bundesrepublik*, in: ders., *Eine Art Schadensabwicklung*, Frankfurt 1987, S. 159–179.

⁵⁾ Vgl. M. Stürmer, *Dissonanzen des Fortschritts. Essays über Geschichte und Politik in Deutschland*, München 1986, bes. S. 201–209, im Unterschied zu H.-U. Wehler (Anm. 1), S. 171–174.

Das soll nicht heißen, daß über solche grundsätzlichen Fragen des gegenwärtigen Selbstverständnisses und der anzustrebenden Zielrichtung zukünftiger Entwicklung etwa nicht rational argumentiert, sondern nur entschieden oder gekämpft werden könnte. Im Gegenteil, um andere zu überzeugen und die eigene Position zu prüfen, wird man Implikationen konträrer Optionen aufdecken, versuchen, ihre vermutlichen Folgen abzuschätzen, ihre Konsistenz prüfen, Vorteile und Nachteile abwägen und andere Argumentationsschritte vornehmen, obwohl man weiß, daß diese wohl manchmal und ein Stück weit, aber selten ganz zum Konsens führen. Denn in Fragen dieser Art sind unterschiedliche Lebenserfahrungen, divergierende Interessen und konträre wertbezogene Zukunftsvorstellungen von Belang, deren spannungsreiche Vielfalt nach aller Erfahrung bestenfalls vermittelt, aber nicht völlig eingeebnet werden kann — jedenfalls nicht durch wissenschaftliche Untersuchungen und ihre Ergebnisse. Anderenfalls wäre Politik überflüssig und durch Wissenschaft ersetzbar⁶⁾.

Fachwissenschaftliche Kompetenz war denn auch keine notwendige Bedingung legitimer Teilnahme am „Historikerstreit“. Man mußte nicht NS-Experte sein, um sich in diesen Streit seriös einzumischen, wie umgekehrt nachgewiesene zeitgeschichtliche Kompetenz nicht davor schützte, in ihm zu versagen. Zweifellos hat mancher Journalist, Sozialwissenschaftler oder Althistoriker Nachdenklicheres, Treffenderes und Beständigeres zu dieser Debatte beigesteuert als mancher Zeithistoriker. Zweifellos haben auch viele Historiker, die sich primär als spezialisiert arbeitende Fachwissenschaftler verstehen, den Streit nicht als ihre Sache gesehen, auf jede öffentliche Äußerung dazu verzichtet und vielleicht sogar im stillen den Kopf geschüttelt über die öffentlichkeitsbegierigen Kollegen, die sich um Dinge kümmerten, die sie als Fachwissenschaftler nicht notwendig angingen.

Zwischen der Argumentationsebene des Historikerstreits und der Argumentationsebene der historischen Fachwissenschaft bestanden zum Teil recht erhebliche Unterschiede. Die Fragen, die in der Fachwissenschaft gestellt werden, sind zwar häufig durch Grundsatzabwägungen, politisch-weltanschauliche Optionen und daraus folgende Erkenntnisinteressen angestoßen und geprägt. Aber sie sind von beschränkterer Art und müssen in methodisch geregelter Form mit Bezug auf empirische Evidenz diskutiert werden. Die sich ergebenden Antworten sind in der Regel von geringerer Reichweite und

⁶⁾ Zur näheren Begründung der Position: J. Kocka, Karl Marx und Max Weber, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, 122 (1966), S. 328–357.

können nicht beanspruchen, in bezug auf jene Grundsatzfragen eindeutige Entscheidungen herbeizuführen.

Während fachwissenschaftliche Argumente allein nicht ausreichen konnten, bestimmte Grundsatzfragen jenes „Historikerstreits“ eindeutig zu entscheiden, war es umgekehrt *im Prinzip* möglich, daß sich Historiker, die in jenem Streit konträre Positionen vertraten, gleichwohl auf dem Boden der Fachwissenschaft trafen und verständigten. Eine wissenschaftliche Disziplin lebt davon, daß an ihr Fachgenossen mit verschiedenen politisch-weltanschaulichen Orientierungen, verschiedenen Lebenserfahrungen und verschiedenen Interessen teilnehmen, solange sie sich in ihrer Verpflichtung auf das einig sind, was das Fach als solches konstituiert: Interesse an einem spezifischen Gegenstandsbereich, spezifische Methoden, spezifisches Wissen, eine spezifische Rationalität des Diskurses. Dennoch hatten die Fachhistoriker als solche zu diesem Streit etwas beizutragen, was nur sie beitragen konnten. Unter anderem weil sie dies in gewissem Widerspruch zu den Grundregeln ihrer Profession nicht immer im ausreichenden Maße taten, kam es in dem Streit zu Polarisierungen und Eskalationen, die in dieser Vehemenz vermeidbar gewesen wären.

Fachwissenschaftliche Rationalität, Aufklärung, Kritik

Einige der in diesem Streit kontrovers diskutierten Thesen müssen schlicht als empirisch falsch bezeichnet werden. Dazu gehörte vor allem Ernst Noltes Unterstellung eines kausalen Zusammenhangs zwischen den früheren bolschewistischen Massenvernichtungen und dem späteren nationalsozialistischen Holocaust, der damit als nicht ganz unverständliche, gewissermaßen präventive Abwehrreaktion auf eine weiter bestehende Bedrohung aus dem Osten interpretiert und dem somit – bei aller Verurteilung, an der auch Nolte keinen Zweifel ließ⁷⁾ – historischer Sinn zugesprochen wurde. Für diesen behaupteten Zusammenhang gibt es jedoch keine empirische Evidenz⁸⁾, obwohl danach gesucht worden ist und obwohl diese Zusammenhänge nicht gerade als schlecht erforscht gelten können. Nach den Regeln der Profession muß deshalb eine solche Unterstellung als unverbindliche Spekulation ohne geschichtswissenschaft-

liche Autorität und als so unwahrscheinlich gelten, daß die Bezeichnung „falsch“ angebracht ist.

Mit diesem Beispiel soll gesagt werden: Fachhistorische Argumente reichen zwar nicht aus, die Grundsatzfragen eines solchen Streites verbindlich – also mit geschichtswissenschaftlicher Autorität – zu entscheiden, sie sind jedoch in der Lage, historische Legenden, Mythen und Verzerrungen als solche zu enthüllen und damit in einer solchen Debatte *Grenzen* zu setzen, außerhalb derer sie unverbindlich, abenteuerlich und irrational wird, innerhalb derer jedoch noch genügend Raum für legitimen Streit bleibt. Wenn der fachwissenschaftlichen Argumentation dies gelingt, ist es nicht wenig⁹⁾.

Die Geschichtswissenschaft verfügt – ähnlich anderen empirischen Wissenschaften – über eine spezifische Form von Rationalität, durch die sie sich von anderen, nicht-wissenschaftlichen Weisen des Umgangs mit Geschichte unterscheidet. Wir wären keine Geschichtswissenschaftler, wenn wir uns dieser Rationalität nicht verpflichtet fühlten. Dazu gehört es:

– klare, möglichst eindeutige und Mißverständnisse verhindernde Ausdrucksformen zu wählen, also benutzte Zentralbegriffe, die nicht eindeutig festgelegt sind, zu definieren (auch wenn es umständlich ist);

– systematisch und kritisch aufbereitete empirische Evidenz ernst zu nehmen;

– bereit zu sein, Phänomene aus verschiedenen Perspektiven zu sehen, zu beschreiben und zu interpretieren (statt sich einseitig mit einer zeitgenössischen Perspektive zu identifizieren);

– zwischen Fragen und Antworten zu unterscheiden und diesen Unterschied nicht durch wiederholte rhetorische Fragen zu verschleiern;

⁹⁾ Der Mühe empirischer Kritik von Noltes „Rattenkäfig“-Argument hat sich Wehler unterzogen und Noltes schludrigen Umgang mit den Quellen zu Recht zurückgewiesen: H.-U. Wehler (Anm. 1), S. 147–154. Daß so mancher Historiker, der in den letzten Jahrzehnten für historische Objektivität eine Lanze brach, jetzt vor dieser Art notwendiger professioneller Kritik, aus welchen Motiven auch immer, zurückgeschreckt ist, obwohl er die Gelegenheit zur Äußerung in diesem Streit wahrnahm, war enttäuschend. Als Beispiel kann Thomas Nipperdey dienen, der immer wieder das Objektivitätsideal gegen links engagierte Historiker, die er als Tendenzhistoriker sah, verteidigte. Vgl. z. B. Th. Nipperdey, Über Relevanz, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 23 (1972), S. 577–596; ders., *Geschichte als Aufklärung*, in: *Die Zeit* v. 22. 2. 1980, S. 16; ders., *Kann Geschichte objektiv sein?*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 30 (1979), S. 329–342. In seiner Äußerung zum Historikerstreit (Unter der Herrschaft des Verdachts, in: *Die Zeit* v. 17. 10. 1986, wieder abgedruckt in: „Historikerstreit“, S. 215–219) machte er dagegen einen weiten Bogen um jene Noltesche These.

⁷⁾ Es hat kein ernst zu nehmender Teilnehmer der Debatte die nationalsozialistischen Massenverbrechen gelehnet, verarmlost oder gerechtfertigt. Dies erscheint selbstverständlich, aber siehe zur französischen Debatte über die angebliche „Auschwitz-Lüge“ zuletzt J. Altwegg, *Die deutsche Vergangenheit in Frankreich*, in: *FAZ* v. 6. 8. 1988, S. 23.

⁸⁾ Etwas ganz anderes ist die alte und zutreffende Einsicht, daß viele aus Furcht vor Kommunismus und Sozialismus nationalsozialistisch optierten und daß die Nationalsozialisten Aktionsformen, Symbole wie auch Programmpunkte der Linken übernahmen.

– zwischen dem, was möglicherweise geschah (und als theoretisch möglich gedacht werden kann) und dem, was wirklich geschah (und empirisch belegt oder doch empirisch wahrscheinlich gemacht worden ist), scharf zu unterscheiden und den Leser über diesen Unterschied nicht im unklaren zu lassen;

– die Grenzen der Reichweite wissenschaftlicher Aussagen zu kennen und in der Darstellung deutlich zu machen.

Zu jener Rationalität gehört weiterhin die Bereitschaft, eigene Urteile angesichts neuer Evidenz oder zwingender Argumente zu revidieren, auch wenn man es ungern tut und es politisch nicht paßt. Man muß lernen, seine Kritik auf Argumente zu beschränken und die Vertreter dieser Argumente möglichst wenig persönlich ‚anzugehen‘ (obwohl dies angesichts der engen Verknüpfung zwischen Argument und Argumentierendem nicht immer ganz möglich ist). Im fachwissenschaftlichen Diskurs geht es überdies nicht ohne Genauigkeit und Differenzierungsbereitschaft ab. Normalerweise, das weiß man als Historiker, läßt sich die Welt nicht in „good guys“ und „bad guys“ säuberlich unterteilen; Zwischentöne, Nuancen und Mischungsverhältnisse herrschen vor, und man muß ihnen in Darstellung und Urteil Rechnung tragen, auch wenn man dadurch an Dramatik verliert. Ich erspare mir, Beispiele aufzuführen, um nicht doch den Streit fortzuführen. Aber es erscheint mir unbezweifelbar, daß Grundregeln dieser Art im „Historikerstreit“ häufig verletzt worden sind, und zwar auch von teilnehmenden Historikern. Warum?

Zum einen: Die Fragen, um die der Streit ging, sind aufwühlend genug. Der Umgang mit den nationalsozialistischen Verbrechen als dem schrecklichsten Teil des eigenen „historischen Erbes“ ist und bleibt schwierig und schmerzlich, wenn man nicht eine der vielen verschiedenen Formen von Verdrängung wählen will¹⁰). Allzu leicht macht es sich, wer die Frage nach der Nation als anachronistisch beiseite schiebt, ohne die ungelöste Brisanz anzuerkennen, die in ihr im deutschen Fall steckt. Und in der Debatte um angebliche Identitäts- und Sinndefizite der Gegenwart prallen konträre Gegenwartsdiagnosen und Zukunftsentwürfe aufeinander, deren Streit ideenpolitischer Natur ist, ohne daß er den parteipolitischen Fronten entspreche.

Zum anderen ist die professionelle Identität der Historiker, ihre Kohäsion, Autonomie und kollektive Resistenz gegenüber sprengenden Einflüssen aus dem Raum der politischen Auseinandersetzungen nur mittelmäßig entwickelt: vielleicht stärker als in manch anderer Sozial- und Geisteswissen-

schaft, aber doch schwächer als in mancher Natur- oder Technikwissenschaft. Eine spezifische Fachsprache der Historiker hat sich nur in Ansätzen entwickelt, der für alle Historiker gleich gültige Kanon an methodischem und inhaltlichem Wissen ist vergleichsweise klein. Gegenstand und gesellschaftliche Funktionen der Historie begründen ihre relative Nähe zu Gesellschaft und Politik. Ideenpolitischen Auseinandersetzungen kann die Historikerprofession deshalb nur begrenzte Resistenz entgegensetzen. Viele ihrer Mitglieder sind im Konfliktfall nicht bereit, ihrer Rolle als Mitglieder einer Profession gegenüber ihrer Existenz als politisch aktive Bürger eindeutig den Vorrang zu geben. Man sucht nach Kompromissen. Obwohl gefiltert durch die fachspezifischen Rationalitätsanforderungen und innerprofessionellen Diskursregeln, fragmentieren somit die ideenpolitischen Fronten auch ein Stück weit die sich zuständig erklärenden Teile der Profession. Die distanzierte Rationalität des wissenschaftlichen Diskurses geht aus dieser Situation nicht ganz unbeschädigt hervor.

In enger Verbindung dazu ist ferner auf den Sog zu verweisen, der von den Medien ausgeht und dem gegenüber sich manche Fachwissenschaftler als nicht resistent genug erweisen. Denn mit dem wieder zunehmenden öffentlichen Interesse an dem, was Historiker tun, sind manche Verführungen verbunden. Mancher Historiker ist geneigt, wenn er kann, à tout prix medienwirksam zu formulieren und zu versuchen, einen möglichst ansehnlichen Anteil der öffentlichen Aufmerksamkeit für sich zu gewinnen. Daraus können sich Spannungen zu den Prinzipien wissenschaftsadäquater Argumentation ergeben. Überspitzte Polemik zum Beispiel hat gute Chancen, sich öffentliche Aufmerksamkeit zu erzwingen; sie kann aber auch die nötigen Differenzierungen verwischen und zum Abbruch innerprofessioneller Kommunikation beitragen. Noch viel eklatanter tritt der Widerspruch zwischen der Anpassung an den verführerischen Sog der Medien und den Anforderungen der Wissenschaftlichkeit in Erscheinung, wenn eine blumige, metaphorische Sprache gewählt wird, die glitzernd und blendend über die Probleme hinwegtäzelt, statt sie präzise zu definieren, was ja leicht der schönen Eleganz entbehrt und geringeren Unterhaltungswert hat¹¹).

¹⁰) Empfehlenswert zu dieser Problematik: Ch. Meier, 40 Jahre nach Auschwitz. Deutsche Geschichtserinnerung heute. München 1987.

¹¹) Michael Stürmer hat sich im zurückliegenden Streit mehrfach beklagt, mißverstanden und falsch zitiert worden zu sein. Aber was macht man mit Sätzen wie diesem: „Keinen Anfang kennt die Geschichte und kein Ende. Die Menschen, die Zeit und die Geschichte sind unablässiger Bewegung ausgesetzt. Die Wege, heute begangen, sind morgen verweht, die Wegmarken verschieben sich, die Zielpunkte werden vergessen. Die Frage, was sie bestimme und was sie verbinde, stellte sich den Menschen der säkularisierten Welt als Problem ihrer Identität . . .“ (Dissonanzen des Fortschritts [Anm. 5], S. 201). Siehe auch Anm. 12.

So erstrebenswert es ist, mit Argumenten die Öffentlichkeit zu erreichen, und so nötig es ist, dazu einen nicht-hermetischen, nicht-spezialistischen Sprachduktus zu finden, so sehr empfiehlt es sich für die an öffentlichen Debatten teilnehmenden Geschichtswissenschaftler gleichwohl, dabei die Grundregeln ihres Diskurses nicht zu verletzen: nicht um sie der öffentlichen Debatte insgesamt aufzuzwingen (das wäre weder möglich noch wünschenswert), sondern um sie als Korrektiv wirken zu lassen, als Beitrag zur Disziplinierung und Präzisierung politisch aufgeladener Kontroversen. Dies dürfte einen der wichtigsten Beiträge darstellen, den Fachwissenschaftler zur öffentlichen Aufklärung leisten können. Soll dies erreicht werden, darf die Differenz zwischen fachwissenschaftlichem Diskurs und sonstigen Diskursen nicht eingeebnet werden. Die Rolle des Fachhistorikers und die Rolle des Journalisten sind nicht identisch. Die Umständlichkeit der Wissenschaft hat oft ihren Sinn. Auf der Eigenständigkeit des fachwissenschaftlichen Diskurses und der zugehörigen Darstellungsformen zu bestehen, sie gegenüber den Gesetzmäßigkeiten des Feuilletons, der Leitartikler und des Fernsehschirms zu verteidigen, entspricht nicht nur fachwissenschaftlichen Interessen, sondern oftmals auch politischer Vernunft.

Im „Historikerstreit“ ging es u. a. um das Verhältnis von kollektiver Identität und Geschichte. In dieser Debatte hieß Identität, wenn ich richtig verstehe, soviel wie ein konsensförderndes, stabilisierendes und orientierendes Gemeinsamkeitsgefühl und -bewußtsein, das die Legitimität und die Handlungsfähigkeit von Gesellschaften fördert. Von der Besinnung auf die gemeinsame Geschichte wird erwartet, daß sie Identität in diesem Sinn stärkt. Dieses Denkmuster spielt auch außerhalb des „Historikerstreits“ eine Rolle. Die kompensatorische Vergegenwärtigung der Vergangenheit durch die Geisteswissenschaften wird als Mittel zur Linderung von Identitätsschäden und Sinnverlusten empfohlen, die uns die fortschreitende Modernisierung angeblich zufügt¹²⁾.

¹²⁾ Vgl. H. Lübke, Über den Grund unseres Interesses an historischen Gegenständen. Kulturelle und politische Funktionen der historischen Geisteswissenschaften, in: H. Flashar u. a. (Hrsg.), Geisteswissenschaften als Aufgabe. Kulturpolitische Perspektiven und Aspekte, Berlin 1978, S. 179–193, hier S. 190, 192: „... wer auf seine nicht-zustimmungsfähige Vergangenheit sich absetzen ließe, würde zukunftsunfähig.“ Siehe auch ders., Die Gegenwart der Vergangenheit. Kulturelle und politische Funktionen des historischen Bewußtseins, Oldenburg 1985, bes. S. 22. Grundsätzlich und ausführlich ders., Geschichtsbegriff und Geschichtsinteresse. Analytik und Pragmatik der Historie, Basel 1977, bes. S. 145 ff. Zu O. Marquard vgl. die Kritik von A. Kuhlmann in: Merkur, 41 (1987), S. 907–913 („Der Geisteswissenschaftler als Geschichtenerzähler“). Und noch einmal M. Stürmer (Dissonanzen des Fortschritts [Anm. 5], S. 209): „Geschichte verspricht Wegweiser zur Identität. Ankerplätze in den Katarakten des Fortschritts. Geschichte ist,

Dazu wäre viel zu sagen. Man könnte bezweifeln, ob wir in der Bundesrepublik wirklich so sehr an kollektiver Identitätsschwäche und Sinnverlust leiden. Man könnte argumentieren, daß sich kollektive Identität aus vielen Quellen speist, unter denen die historische Erinnerung nicht die kräftigste sein dürfte. Man könnte darauf verweisen, daß die Suche nach kollektiver Identität nicht notwendig zu Nation und Nationalgeschichte führt, es vielmehr auch andere Dimensionen kollektiver Identität gibt (regionale, europäische, konfessionelle, humanistische etc.), unter denen die nationale nur eine und nicht notwendig die dominante darstellt.

Unter dem Gesichtspunkt, welche Konsequenz man als Fachhistoriker aus dem „Historikerstreit“ ziehen sollte, scheint jedoch folgende Überlegung wichtiger: Es mag ja zutreffen, daß die historische Erinnerung an gemeinsame, weiter wirkende Erfahrungen kollektive Identität im oben umschriebenen Sinn stärken kann. Die jährlichen Feierlichkeiten zum 4. Juli in den USA, zum 14. Juli in Frankreich und zum 1. August in der Schweiz illustrieren diesen Zusammenhang ebenso wie die jährliche Erinnerung an die Oktoberrevolution in der Sowjetunion. Welch gute Dienste Geschichte für die nationale Selbstdarstellung leisten kann, werden nächstes Jahr in nie dagewesener Größenordnung die Feiern zum „bicentenaire“ der Französischen Revolution vorführen. Die Vorbereitungen laufen seit Jahren¹³⁾. Historische Erinnerungen wurden in den europäischen Nationalbewegungen des 19. Jahrhunderts als wichtige Ressourcen entdeckt, und die Suche nach der eigenen Geschichte gehört auch heute dazu, wenn junge Nationen außerhalb Europas ihre Emanzipation betreiben und ihre Identität bekräftigen.

Aber es ist nicht zu bezweifeln, daß solche Identitätsstärkung durch historische Erinnerung mit Hilfe von Denkmälern und Gedenktagen, von historischen Festen, Symbolen und Legenden mindestens ebenso gut geleistet werden kann wie von der Geschichtswissenschaft, deren kritischer Charakter leicht mit dem Ansinnen, zustimmungsfähige Traditionen als Basis der Zusammengehörigkeit zu pflegen, in Konflikt geraten kann: Sei es, daß die nicht geschönte wissenschaftliche Forschung abstoßende, nicht-zustimmungsfähige Erinnerungen ergibt, sei es, daß die massive Sehnsucht nach Zustimmungsfähigkeit die Historiker dazu verführt, ihr

wenn sie ihren Namen verdient, nicht träumende Nostalgie, nicht Mythos vom Millenium, nicht Imperativ des deutschen Wesens, erst Sünder und nun Heilige.“ Ebd., S. 15: „Unüberschbar ist heute, daß die technische Zivilisation, so unentbehrlich wie unentrinnbar, ihrer moralischen Bewältigung spottet, daß die industrielle Zivilisation unter die Hypothese ihrer Selbsterstörung trat . . . Der Blick, der ratlos in die Zukunft irrt, wird wie von selbst auf Identität, auf Ortsbestimmung, auf Geschichte gelenkt.“

¹³⁾ Vgl. K. Herding, Begräbnis oder Apotheose?, in: Merkur, 42 (1988), S. 696–706.

Geschäft entsprechend zu betreiben und die Kanten ihrer Ergebnisse harmonisierend abzuschleifen. Ist es notwendig, Beispiele zu nennen?

Auf jeden Fall sind die gesellschaftlichen Funktionen von Geschichte im Sinn der Geschichtswissenschaft vielfältig und durch den Begriff „Identitätsbildung“ nur sehr ungenau beschrieben. Zu den Leistungen der Geschichte für die Gegenwart gehört ja auch die Erklärung historisch bedingter Gegenwartsphänomene, um sich ihnen gegenüber angemessen verhalten zu können. Durch genaue Analyse vergangener Zusammenhänge, Erfolge und Mißerfolge kann man überdies Kategorien gewinnen, die auch unter veränderten Konstellationen die praktische Orientierung erleichtern, Sensibilität erhöhen und gesellschaftlich-politisches Handeln indirekt anleiten. Die Kategorie der nicht-intendierten Folgen von Handlungen z. B. läßt sich vor allem an weit zurückliegenden Zusammenhängen erarbeiten. Auch Ideologiekritik lernt sich besser an vergangenen Konstellationen als an (in ihren Folgen noch unübersehbaren) Konstellationen der Gegenwart. Und die Geschichte kann helfen, durch sekundäre Fremdheitserfahrungen, durch die Beschäftigung mit fremden Kulturen und Lebensmöglichkeiten, durch die Vorführung des anderen, durch Verfremdung Möglichkeitsbewußtsein zu erzeugen, in dessen Licht die gegebene Wirklichkeit unter Legitimationsdruck gerät und ihre scheinbare Selbstverständlichkeit verliert¹⁴⁾.

Als Wissenschaftler können Historiker nicht primär zur historischen Erinnerung als stabilisierender Traditionsbildung beitragen. Denn der Zweifel, die immer erneute Überprüfung, die Suche nach gegenteiliger Evidenz und konträren Argumenten, die Revision, die Kritik gehören zu ihrem Metier. Das steht in Spannung zu dem, was von der Geschichte als Basis verstärkter kollektiver Identität in den öffentlichen Debatten derzeit erwartet wird, und entsprechend vorsichtig sollten Historiker sein, wenn sie mit solchen Erwartungen konfrontiert werden.

Man kann jedoch aus der Spannung zwischen Geschichtswissenschaft und Identitätsbildung im landläufigen Sinn auch eine andere Konsequenz ziehen.

¹⁴⁾ Vgl. zuletzt W. Schulze, Einführung in die Neuere Geschichte, Stuttgart 1987, S. 220 ff.

Man kann versuchen, „Identität“ in einer wissenschaftsadäquateren Weise zu verstehen: nicht als Zustand voll von zustimmungsfähigen Traditionen, sondern als einen in sich pluralistischen, Zustimmung und Kritik vereinigenden, nie abgeschlossenen, immer neuen, sehr spannungsreichen Prozeß der Verständigung zwischen verschiedenen Interessen und Anschauungen. So verstanden, lassen sich die genannten kritischen, erklärenden, aufklärerischen Funktionen der Geschichte als Beiträge zur Identitätsbildung deuten, denn um Verständigung durch Wahrheitsfindung, Kritik und Überzeugung geht es in der Geschichtswissenschaft allemal¹⁵⁾.

Der „Historikerstreit“ stellte nur die besondere Zuspitzung einer Situation dar, in der sich die Geschichtswissenschaft häufig befindet. Er war das Paradebeispiel einer ideenpolitischen Auseinandersetzung mit ausgeprägt historischem Bezug, die die Geschichtswissenschaft mit Notwendigkeit tangiert, ohne doch primär eine geschichtswissenschaftliche Auseinandersetzung zu sein. Ein solcher öffentlicher Streit belegt unmißverständlich den engen Verschränkungszusammenhang zwischen Vergangenheitsdeutungen, Gegenwartsverständnissen und Zukunftserwartungen, der Geschichte als intellektuelles Interesse und wissenschaftliche Großdisziplin wesentlich konstituiert, aber in der spezialisierten Alltagsarbeit der Historiker oft aus dem Blick gerät.

Es ist aus gesellschaftlich-politischen Gründen eindeutig zu begrüßen, daß sich Historiker an einer solchen Debatte führend beteiligen. Im übrigen ist zu betonen, daß der sogenannte „Historikerstreit“ kein Mißerfolg war. Vielen gelang die Verknüpfung zwischen politischer und wissenschaftlicher Argumentation. Insgesamt hat der „Historikerstreit“ dem öffentlichen Bewußtsein vermutlich vor allem gutgetan: erinnernd, klärend, motivierend. Insgesamt hat die Geschichtswissenschaft ihre große gesellschaftlich-politische Bedeutung kenntlich gemacht und ihre kritisch-aufklärerischen Aufgaben, die sie als Wissenschaft nun einmal hat, einigermaßen effektiv wahrgenommen.

¹⁵⁾ Vgl. J. Habermas, Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden?, in: ders., Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Frankfurt 1982³, S. 144–199; K. Bergmann, „Identität“, in: ders. u. a. (Hrsg.), Handbuch der Geschichtsdidaktik, Düsseldorf 1985³, S. 29–36.

II. Historische Vergleiche: wozu und mit wem?

Die herausforderndste und unhaltbarste These im „Historikerstreit“ bestand in der Unterstellung eines Kausalzusammenhangs zwischen dem zeitlich vorangehenden „asiatischen Klassenmord“ der Bolschewisten und dem nationalsozialistischen „Massenmord“ als einer verständlichen, gewissermaßen präventiven und insofern sinnvollen Reaktion darauf¹⁶). Kaum ein Historiker hat diese These Noltes verteidigt¹⁷).

Sehr viel diskutabler war der von Nolte, Fest u. a. geforderte (aber nicht durchgeführte) Vergleich zwischen NS-Diktatur und Holocaust einerseits, anderen Diktaturen und Genoziden des 20. Jahrhunderts andererseits, mit der – jedenfalls von Nolte formulierten – Absicht, die Singularität der nationalsozialistischen Massenmorde zu hinterfragen. Der Vergleich ist ein unaufgebbares methodisches Instrument der Historiker, gewissermaßen das (unvollkommene) funktionale Äquivalent zum Laborversuch der Naturwissenschaftler. Wenn man erklären will, muß man vergleichen¹⁸). Selbst wenn der Vergleich tatsächlich zu einer Relativierung des Gewichts des Vergleichenen führen sollte – und diese Meinung scheint weit verbreitet¹⁹) –, könnte dies den methodischen Nutzen des Vergleichs und damit seine wissenschaftliche Berechtigung keineswegs in Frage stellen. (Übrigens scheint mir die Kategorie der „Singularität“ weder methodisch, noch politisch, noch pädagogisch eine besonders nützliche Kategorie zu sein: Wenn man den nationalsozialistischen Massenterror für absolut singulär erklärt und der vergleichenden Analyse entzieht, legt man nahe, daß sich dergleichen nie wiederholen kann. Verstellt man sich nicht dadurch gerade das, was man vielleicht aus jener vergangenen Katastrophe lernen kann?) Allerdings sollten diesem Plädoyer für die prinzipielle Statthaftigkeit und Notwendigkeit des Vergleichs einige einschränkende und ergänzende Bemerkungen hinzugefügt werden:

Die vergleichende Interpretation des Nationalsozialismus ist nicht neu, man muß sie nicht erst mit dramatischer Geste fordern. Mit den Konzepten des „Totalitarismus“ und des „Faschismus“ hat man seit langem erfolgreich den Nationalsozialismus in eine vergleichende Perspektive gerückt – entgegen der eher die Singularität des Phänomens betonenden Sicht des Nationalsozialismus als „Hitlerismus“²⁰). Allerdings ist einzuräumen, daß beide Konzepte dem Phänomen des Holocaust selbst vielleicht nicht ganz gerecht geworden sind²¹).

Nationalsozialismus und Stalinismus

In geschichtswissenschaftlichen Vergleichen wird nicht nur nach dem gefragt, worin sich die verglichenen Phänomene ähnelten, sondern auch nach dem, worin sie sich unterschieden. Vergleicht man die nationalsozialistischen und die stalinistischen Massenvernichtungen, wie im „Historikerstreit“ vorgeschlagen, dann ist man zweifellos zunächst mit der schwer faßbaren Massenhaftigkeit des gewaltsamen Todes, des Terrors und des Leidens, der Verletzungen von Menschenwürde und Menschenrecht auf beiden Seiten konfrontiert, wobei hinzuzufügen ist, daß der Forschungsstand auf der sowjetischen Seite – u. a. wegen der langjährigen Leugnung und Tabuisierung des Themas durch die dortige Politik und Geschichtsschreibung – ungleich schlechter ist als auf der deutschen Seite. Die Zahl der Toten auf der sowjetischen Seite ist weiterhin unklar und umstritten. Man wird zwischen den Opfern des Bürgerkriegs im Gefolge der Revolution, der sogenannten Kulaken-Verfolgungen 1929–1933 und der späteren „Säuberungen“ 1936–1938 ebenso unterscheiden müssen wie zwischen den Opfern der (regierungsseitig allerdings mitzuverantwortenden) Hungerkatastrophen und direkter staatlicher Verfolgungen. Auf jeden Fall wurden in der Sowjetunion viele Millionen umgebracht (die Toten des Krieges nicht mitgerechnet), und Millio-

¹⁶) Vgl. oben S. 19.

¹⁷) Unqualifiziertes Lob für Nolte allerdings durch K. Hildebrand, in: Historische Zeitschrift, 242 (1986), S. 466.

¹⁸) Vgl. H.-J. Puhle, Theorien in der Praxis des vergleichenden Historikers, in: J. Kocka/Th. Nipperdey (Hrsg.), Theorie und Erzählung in der Geschichte, München 1979, S. 119–136.

¹⁹) Vgl. die merkwürdige Angst A. Sobouls vor dem auf Vergleich angelegten generalisierenden Konzept der „Atlantischen Revolution“ (R. R. Palmer), das die Französische Revolution zwar einbeziehe, aber „in einer unbestimmten internationalen Gärung untergehen“ lasse. Dadurch werde die Französische Revolution „in befremdlicher Weise herabgesetzt“ und ihrer nationalen Bedeutung, besonderen Tiefe, dramatischen Intensität und Tragweite beraubt. Zit. nach B. W. Bouvier, Französische Revolution und deutsche Arbeiterbewegung. Die Rezeption des revolutionären Frankreich in der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung von den 1830er Jahren bis 1905, Bonn 1982, S. 20.

²⁰) Vgl. Totalitarismus und Faschismus. Eine wissenschaftliche und politische Begriffskontroverse, München 1980. Während mit Hilfe des Totalitarismus-Begriffs unbestreitbare Ähnlichkeiten zwischen Hitlers Deutschland und Stalins Sowjetunion in den Blick geraten, beleuchtet der faschismus-historische Ansatz stärker die Ähnlichkeiten zwischen faschistischen Bewegungen und Systemen, etwa in Deutschland und Italien. Beide Ansätze sind politisch mißbrauchbar, aber im Prinzip nützlich. Wie man sich einerseits gegen die übliche Verunglimpfung des Faschismus-Begriffs wehren muß, so wäre es andererseits unvertretbar, einen totalitarismushistorischen Vergleich zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus zu tabuisieren.

²¹) Vgl. den Briefwechsel zwischen M. Broszat und S. Friedländer, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 36 (1988), S. 339–372, bes. S. 352 f., 356 f.; R. Hilberg/A. Söllner, Das Schweigen zum Sprechen bringen. Über Kontinuität und Diskontinuität in der Holocaustforschung, in: Merkur, 42 (1988), S. 535–551.

nen überlebten nur nach schlimmster Ausbeutung in den Arbeits- und Straflagern²²). Es ist zu hoffen, daß der neue Kurs in der Sowjetunion endlich der historischen Wahrheit ans Licht verhilft, zumal ja deren Unterdrückung in den letzten Jahrzehnten nicht gerade zur Quelle intellektueller, moralischer und politischer Kraft für die Sowjetunion wurde²³).

Dann werden auch Vergleiche zwischen den Schrecklichkeiten Stalins und Hitlers stichhaltiger möglich sein. Aber mit welchem Erkenntnisziel? Um systematisch zu vergleichen, muß man wissen, welche Fragen man mit Hilfe des Vergleichs beantworten will. Der Sinn eines solchen Vergleichs kann ja wohl nicht darin bestehen, die eine Seite durch Vergleich mit der anderen zu entschuldigen oder zu entlasten. Warum sollte die bessere Einsicht in die Motive, Ausmaße, Mechanismen und Folgen des bolschewistischen Terrors die Schuld und Mitschuld der Deutschen an den nationalsozialistischen Verbrechen oder auch nur die Last der Erinnerung daran erleichtern? Dies wäre selbst dann nicht zu erwarten, wenn die historische Forschung bessere Mittel besäße, Schuld in den Größenordnungen, um die es hier geht²⁴), zu ermessen und in ihrem Ausmaß zu vergleichen. Die Mittel der Historiker sind dafür wenig geeignet.

²²) Einführend vgl. G. Schramm (Hrsg.), Von den autokratischen Reformen zum Sowjetstaat (1856–1945) (= Handbuch der Geschichte Rußlands, Bd. 3), Stuttgart 1983, S. 579 ff., 639–649, 836–851; P. Scheibert, Lenin an der Macht. Das russische Volk in der Revolution 1918–1922, Weinheim 1984, S. 91 ff.; R. Conquest, The Great Terror: Stalin's Purge of the Thirties, New York 1968; ders., The Harvest of Sorrow: Soviet Collectivization and the Terror-Famine, London 1986. — Nach Conquest war die Hungerkatastrophe in der Ukraine (1932/33) das Ergebnis absichtlicher Unterdrückungs- und Ausrottungspolitik Stalins, eines Genozids an den Ukrainern, der allein sechs bis sieben Millionen Tote kostete (noch viel mehr, wenn man die Opfer hinzuzählt, die seit dem Beginn der „Kulaken“-Verfolgungen 1929 umkamen, und jene, die aus den Zwangs- und Arbeitslagern nicht zurückkamen). Conquests Interpretation und Zahlenangaben sind sehr umstritten. Vgl. mit Hinweisen auf andere Titel: St. Merl, „Ausrottung“ der Bourgeoisie und der Kulaken in Sowjetrußland? Anmerkungen zu einem fragwürdigen Vergleich mit Hitlers Judenvernichtung, in: Geschichte und Gesellschaft, 13 (1987), S. 368–381; ders., Wieviele Opfer forderte die „Liquidierung der Kulaken als Klasse“?, in: ebd., 14 (1988) (im Erscheinen).

²³) Was man — e contrario — für die Beurteilung der ganz anderen deutschen Situation nutzen sollte: Hier fand ja nach der Niederlage Deutschlands und der Entmachtung der unmittelbar Verantwortlichen eine ziemlich rückhaltlose Aufdeckung der Nazi-Verbrechen statt, deren ständige Präsenz im Bewußtsein der Gegenwart heute manchmal als Erschwerung des „aufrechten Gangs“ und als Schwächung der kollektiven Handlungsfähigkeit interpretiert wird — fälschlicherweise, wie auch das spiegelverkehrte sowjetische Beispiel im Vergleich zu zeigen scheint.

²⁴) Vgl. Brief Hannah Arendts an Karl Jaspers vom 17. 8. 1946, in: L. Köhler/H. Saner (Hrsg.), Hannah Arendt — Karl Jaspers, Briefwechsel 1926–1969, München 1985, S. 90, zur Ungeheuerlichkeit und Unfaßbarkeit der Schuld hinter den nationalsozialistischen Verbrechen.

Der genaue Vergleich zwischen dem nationalsozialistischen und dem stalinistischen Terror könnte jedoch dazu führen, daß man die Eigenarten beider und damit ihre Unterschiede besser erkennt: der Unterschied zwischen der bürokratischen, leidenschaftslosen, nahezu perfekten und letztlich unverständlichen Systematik des Massenmords in den Vernichtungslagern des industrialisierten, in einem relativ hohen Grade organisierten Reiches Hitlers einerseits und der brutalen Mischung von Bürgerkriegsexzessen, Massen-„Liquidierungen“, Verschleppungen, Sklavenarbeit, Verhungernlassen und inneren Machtkämpfen („Säuberungen“) im rückständigen Reiche Stalins andererseits. War in Stalins Sowjetunion die massenweise Vernichtung von Menschen nicht doch häufiger die bedenkenlos in Kauf genommene, vielleicht auch insgeheim begrüßte oder sogar zynisch einkalkulierte Nebenfolge primär anders — nämlich ökonomisch (Zwangsarbeit, forcierte Industrialisierung, Erschließung Sibiriens und anderer Regionen, Mangelwirtschaft) oder machtpolitisch (Erhaltung tatsächlich oder angeblich bedrohter Machtpositionen, Eliminierung tatsächlicher, potentieller oder vermuteter Opposition) — motivierter Politik, während der systematische Genozid der Juden, Zigeuner und anderer Verfolgter in Hitlers Deutschland als solcher direkt gewollt, geplant und durchgeführt wurde? Die rassenkämpferische „Logik“ des nationalsozialistischen Vernichtungsapparats erscheint im Vergleich zur klassenkämpferisch-entwicklungsdiktatorischen Grausamkeit des stalinistischen Verfolgungssystems nur noch auswegloser, unerbittlicher, irrationaler und — unbegreiflicher²⁵).

Schließlich könnte man — wenn man die hier nur angedeuteten deutsch-sowjetischen Unterschiede gleichwohl einmal ausklammert — den Vergleich zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus mit der Absicht anstreben, um herauszufinden, welche Bedingungen und Ursachen denn staatlich durchgeführte Massenvernichtungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ermöglichten oder nahelegten. Als Antwort auf diese Frage dürfte vor allem auf jene Faktoren zu verweisen sein, die die wissenschaftliche Literatur zum Totalitarismus seit langem erarbeitet hat: die vorangehende Außerkräftsetzung so ziemlich aller freiheitlich-demokratischer, rechts- und verfassungsstaatlicher Grundsätze, die Errichtung eines Einparteiensystems mit monokratischer Spitze, die Institutionalisierung einer Staatsideologie mit starken Elementen säkularisierter Heilserwartungen, Massenmobilisierungs-

²⁵) Vgl. R. Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, Berlin 1982; M. Gilbert, The Holocaust, New York 1985; E. Jäckel, Die elende Praxis der Untersteller, in: „Historikerstreit“ (Anm. 1), S. 115–122, hier S. 118f.; Ch. Meier (Anm. 10), S. 24–28, S. 92 Anm. 9, S. 94f., Anm. 22.

prozesse mit der Tendenz zur Verselbständigung etc.²⁶). Man wird darauf verweisen können, daß beide Länder immense innere Anstrengungen unternommen hatten, um im Ersten Weltkrieg zu bestehen, beide aber vernichtende Niederlagen erlitten. Eine gewisse Distanz zur westlichen Kultur und zu deren Institutionen war beiden Ländern eigen, wenn auch in sehr unterschiedlichem Ausmaß.

Allerdings dürfte der sehr unterschiedliche gesellschaftsgeschichtliche Stellenwert der beiden totalitären Systeme weiteren Fragen und Vermutungen dieser Art enge Grenzen setzen. Deutschland befand sich 1933 auf einer viel fortgeschritteneren Stufe der Modernisierung als die Sowjetunion zum Zeitpunkt ihrer Entstehung oder irgendwann in den zwanziger bzw. dreißiger Jahren. Der stalinistische Terror hatte entwicklungs-diktatorische Funktion, vom Holocaust läßt sich eher das Gegenteil sagen. Der nationalsozialistische Genozid geschah in einem Land, dessen Geschichte die großen europäischen Erfahrungen von der mittelalterlichen Trennung zwischen weltlicher und geistlicher Gewalt über Humanismus und Reformation bis zur Aufklärung und zum Aufstieg der Wissenschaften im 19. Jahrhundert voll mitgetragen und das — gemessen am Niveau der Zwischenkriegszeit — einen hohen sozialökonomischen Entwicklungsstand erreicht hatte. Rußland dagegen hatte diese europäische Entwicklung nur am Rande mit vollzogen — oft nur als Import —, und die Sowjetunion war im Vergleich zu Mittel- und Westeuropa fast ein Entwicklungsland. Die Chance ist also gering, durch Vergleiche zwischen nationalsozialistischem und stalinistischem Terror eine grundsätzliche und übergreifende Erklärung der totalitären Schreckensherrschaften des 20. Jahrhunderts zu finden. Und ganz hoffnungslos würde es, wenn man wirklich die Verfolgungen Pol Pots in Kambodscha und Idi Amins in Uganda noch mit einbezüge — auch dieser Gedanke spielte ja bekanntlich eine Rolle.

Auf jeden Fall weist die Frage nach der Ermöglichung totalitärer Diktaturen (mit ihren menschenverachtenden Massenvernichtungsaktionen) über diese hinaus. In den Vergleich einbeziehen muß man nämlich solche Länder, die entweder mit Deutschland oder mit der Sowjetunion gewisse Ähnlichkeiten aufwiesen, sich aber im hier besonders interessierenden Punkt unterschieden, also trotz ähnlicher Bedingungen und Herausforderungen nicht faschistisch — bzw. stalinistisch — pervertierten. Geht man diesem Erkenntnisziel nach, dann bringt der Vergleich Deutschlands mit der Sowjetunion wenig. Mehr Erkenntnisgewinn ver-

spricht dann in bezug auf Deutschland der Vergleich mit westlichen Ländern. Unter dem mißverständlichen Schlagwort des „deutschen Sonderwegs“ haben entsprechende Vergleiche eine lange und fruchtbare Tradition. Diese „Westorientierung“ der vergleichenden Interpretation deutscher Geschichte wurde im „Historikerstreit“ durch eine merkwürdige „Ostorientierung“ in den Hintergrund gedrängt. Diese hat bisher nichts Neues erbracht. Es lohnt sich also, zur „Sonderweg“-Debatte zurückzukehren, die nach den Diskussionen und Forschungen der letzten Jahre in einem neuen Licht erscheint²⁷).

Deutschland und der Westen: die These vom „Sonderweg“

Im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert waren viele von der Existenz eines besonderen „Deutschen Weges“ überzeugt, durch den sich die Entwicklung des Reiches — in Übereinstimmung mit seiner geographischen Lage und historischen Tradition — positiv von der in Frankreich und England abhob. Den nicht-parlamentarischen Charakter der deutschen „konstitutionellen Monarchie“ begriff man als Vorzug. Man war stolz auf die starke Regierung über den Parteien, das angesehene und leistungskräftige Beamtentum und die lange Tradition der Reformen von oben, durch die man den deutschen Weg von den westlichen Prinzipien der Revolution, des Laissez-Faire und der Parteien-Regierung unterschieden sah. Deutsche Kultur schien der westlichen Zivilisation überlegen — eine Ideologie, die ihren Kulminationspunkt in den „Ideen von 1914“ erlebte²⁸). Nach dem Ersten Weltkrieg begannen einige Gelehrte wie Otto Hintze und Ernst Troeltsch diese positive Variante der Sonderweg-These zu relativieren. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sie ihre Überzeugungskraft verloren. Als implizit vergleichendes Interpretament der deutschen Geschichte hat sie seitdem im großen und ganzen keine Rolle mehr gespielt.

An ihre Stelle trat nach 1945 eine liberal-demokratische, kritische Variante der Sonderweg-These, zu deren Stammvätern neben anderen auch Friedrich

²⁷) Das folgende nach: J. Kocka, German History before Hitler: The Debate about the German „Sonderweg“, in: Journal of Contemporary History, 23 (1988), S. 3—16 (dort auch weitere Literatur-Nachweise); ders., Der „deutsche Sonderweg“ in der Diskussion, in: German Studies Revue, 5 (1982), S. 365—79. Weiterhin H. Grebing, Der „deutsche Sonderweg“ in Europa 1806—1945. Eine Kritik, Stuttgart 1986; B. Faulenbach, Eine Variante europäischer Normalität? Zur neuesten Diskussion über den „deutschen Weg“ im 19. und 20. Jahrhundert, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, 16 (1987), S. 285—309; St. E. Aschheim, Nazism, Normalcy and the German „Sonderweg“, in: Studies in Contemporary Jewry. An Annual, 4 (1988), S. 276—292.

²⁸) Vgl. B. Faulenbach, Die Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980.

²⁶) Vgl. H. Arendt, Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft, Frankfurt 1955; K. D. Bracher, Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, München 1976, S. 33—61; B. Seidel/S. Jenkner (Hrsg.), Wege der Totalitarismus-Forschung, Darmstadt 1974.

Engels und Max Weber gehören. Emigranten und andere Kritiker des Nationalsozialismus hatten starken Anteil an ihrer Entstehung. Im Kern versuchte diese kritische Version der Sonderweg-These die Frage zu beantworten, warum Deutschland im Unterschied zu vergleichbaren hochentwickelten Ländern im Westen und Norden in der Krise der Zwischenkriegszeit faschistisch bzw. totalitär geworden war. Die Frage nach den Ursachen des Nationalsozialismus wurde zum Zentrum der historischen Interpretation. In der Sonderweg-These konkretisierte sich der Versuch, die „deutsche Katastrophe“ (Friedrich Meinecke) in vergleichender Perspektive zu erklären, sie als bedrückenden, aber nicht zu leugnenden Teil des eigenen historischen Erbes zu verstehen und sich zugleich kritisch von ihr zu distanzieren.

Natürlich übersah man nicht die große Bedeutung, die kurzfristige Faktoren für den Zusammenbruch der Weimarer Republik und den Aufstieg des Nationalsozialismus hatten. Wer hätte die Konsequenzen des Ersten Weltkriegs und der als demütigend erfahrenen Niederlage übersehen können? Unbestritten war auch, daß die Schwierigkeiten der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und schließlich die Große Depression die Probleme der ersten deutschen Republik verschärften und zum Aufstieg von Hitler beitrugen.

Aber gleichzeitig griff man ins 18. und 19. Jahrhundert zurück. Durch Vergleiche mit England, Frankreich, den USA oder schlicht „dem Westen“ versuchte man, Besonderheiten der deutschen Geschichte, Strukturen und Erfahrungen, Prozesse und Weichenstellungen zu identifizieren, die zwar nicht direkt zum Nationalsozialismus führten, aber langfristig die Entwicklung liberaler Demokratie in Deutschland behinderten und letztlich den Aufstieg des deutschen Faschismus erleichterten. Zu diesem Argument hat eine große Zahl von Autoren sehr Verschiedenes beigetragen, in der Regel übrigens ohne das Wort „Sonderweg“ zu benutzen.

Helmut Plessner beispielsweise sprach von der „verspäteten Nation“, dem verzögerten Prozeß der Nationalstaatsbildung „von oben“; andere Historiker haben argumentiert, daß der Nationalismus im Kaiserreich eine besonders aggressive, frühzeitig nach rechts tendierende destruktive Rolle spielte. Ernst Fraenkel, der junge Karl Dietrich Bracher, Gerhard A. Ritter, M. Rainer Lepsius und andere identifizierten langfristig wirksame Schwächen des reichsdeutschen Regierungssystems: die blockierte Parlamentarisierung, ein scharf fragmentiertes, ge-

radezu versäultes Parteiensystem und weitere Faktoren, die sich später als Belastungen des Weimarer Parlamentarismus auswirkten und zu seinen Funktionsschwierigkeiten beitrugen. Leonard Krieger, Fritz Stern, George Mosse und Kurt Sontheimer betonten die illiberalen, anti-pluralistischen Elemente der deutschen politischen Kultur, auf denen später nationalsozialistisches Gedankengut aufbauen konnte.

Hans Rosenberg und andere zeigten, daß vor-industrielle Eliten, vor allem die ostelbischen Agrarier („Junker“), das hohe Beamtenum und das Offizierskorps viel Macht und Einfluß bis weit ins 20. Jahrhundert behielten. Langfristig standen sie der Demokratisierung und Parlamentarisierung im Wege; wie Heinrich August Winkler und andere ausführten, zeigte sich dies nicht zuletzt an der unheilvollen Rolle, die die agrarischen Interessen im Zusammenbruch der Weimarer Republik spielten. Die Reichsgründung mit „Blut und Eisen“ unter preußischer Hegemonie vergrößerte den politischen Einfluß und das soziale Gewicht des Offizierskorps mit seinen quasi-ständischen Ansprüchen auf Exklusivität und Autonomie. Zusammen mit den alten Eliten überlebten viele traditionelle – vorindustrielle – Normen, Mentalitäten und Lebensstile, zum Beispiel autoritäre Denkmuster und anti-proletarische Ansprüche im Kleinbürgertum wie auch militaristische Elemente in der politischen Kultur des Bürgertums – man denke an den „Reserveoffizier“. Der Liberale Max Weber kritisierte die „Feudalisierung“ des Großbürgertums, das adelige Überlegenheit in der Politik und aristokratische Normen und Gewohnheiten zu akzeptieren schien, statt nach bürgerlicher Macht zu streben und bürgerliche Kultur zu pflegen. Ohne die Erfahrung einer erfolgreichen Revolution von unten, geprägt durch die lange Tradition der bürokratisch geleiteten Reformen von oben und herausgefordert durch eine anschwellende Arbeiterbewegung, schien das deutsche Bürgertum vergleichsweise schwach und – im Vergleich zum Westen – geradezu unbürgerlich.

Nach der einflußreichen Interpretation von Hans-Ulrich Wehler erschien das Kaiserreich als eine Mischung zwischen höchst erfolgreicher kapitalistischer Industrialisierung und sozioökonomischer Modernisierung einerseits, vor-industriellen Institutionen, Machtverhältnissen und Lebensstilen andererseits, als ein wenig stabiles System also, dessen innere Spannungen zu viel Unterdrückung und Manipulation im Innern wie auch zu einer vergleichsweise aggressiven Außenpolitik führten. In diesem

Zusammenhang wurde Deutschlands besondere Verantwortung am Ausbruch des Ersten Weltkriegs von Fritz Fischer und seinen Schülern betont²⁹).

Natürlich sahen auch die Vertreter dieser Interpretationsrichtung, daß der Erste Weltkrieg, die Niederlage und die Revolution von 1918/19 einen tiefen Einbruch bedeuteten und die bisherige Macht-Konstellation veränderten. Der alte Obrigkeitsstaat, das Beamtentum und das Militär verloren ein ganzes Stück ihrer herkömmlichen Legitimität, die alten Eliten wurden teilweise ersetzt, eine parlamentarische Demokratie entstand, und die Arbeiterbewegung war einer der Gewinner. Die Sozialdemokratie spaltete sich, aber gewann an Macht; die Entwicklung des Sozialstaats machte rasche Fortschritte. Trotzdem, so sah es die Sonderweg-These, überlebten viele der alten Belastungen und trugen zu den besonderen Schwächen der Weimarer Demokratie bei, so daß sie unter der Herausforderung der Großen Depression kollabierte, während die stabileren Demokratien des Westens und Nordens überlebten.

Dieses Argument hat bekanntlich viel für sich. Nachdem die Parlamentarisierung so lange blockiert worden war, funktionierte das in Krieg und Niederlage geborene parlamentarische System nur unter Schwierigkeiten und war nicht kraftvoll genug, die tiefen sozialen Spannungen auszugleichen, die im Anschluß an den Krieg und als Folge der wirtschaftlichen Turbulenzen entstanden. Die Kernelemente des wilhelminischen Parteiensystems überlebten die Revolution; die Parteien hatten nicht rechtzeitig gelernt, parlamentarisch zu agie-

²⁹) Vgl. H. Plessner, Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes, Stuttgart 1959; E. Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart 1964; K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, Villingen 1955; G. A. Ritter, Deutscher und britischer Parlamentarismus. Ein verfassungsgeschichtlicher Vergleich, Tübingen 1962; M. R. Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: W. Abel u. a. (Hrsg.), Wirtschaft, Geschichte, Wirtschaftsgeschichte. Festschrift für Friedrich Lütge zum 65. Geburtstag, Stuttgart 1966, S. 371–93; L. Krieger, The German Idea of Freedom, Boston 1957; F. Stern, The Politics of Cultural Despair. A Study in the Rise of the Germanic Ideology, Berkeley 1961; G. L. Mosse, The Crisis of German Ideology. Intellectual Origins of the Third Reich, New York 1964; K. Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1962; H. Rosenberg, Bureaucracy, Aristocracy and Autocracy. The Prussian Experience 1616–1815, Cambridge, Mass. 1958; ders., Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse (1958), in: ders., Machteliten und Wirtschaftskonjunkturen, Göttingen 1978, S. 83–101; H. A. Winkler, Die „neue Linke“ und der Faschismus. Zur Kritik neomarxistischer Theorien über den Nationalsozialismus, in: ders., Revolution, Staat, Faschismus, Göttingen 1978, S. 65–117; H.-U. Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918, Göttingen 1973, 1983⁵; F. Fischer, Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871–1945, Düsseldorf 1979.

ren und die in diesem System notwendigen Kompromisse anzugehen. Traditionale Orientierungen und exklusive Erwartungen hatten in großen Teilen der Oberschicht überlebt — bei den Junkern, in der hohen Beamenschaft, im Offizierskorps, in der Justiz und in Teilen der Bourgeoisie —, und diese herkömmlichen, vordemokratischen, teilweise vormodernen Orientierungen und Ansprüche stießen zunehmend mit den Weimarer Realitäten zusammen. So erklärt sich, warum große Teile der Oberschicht der neuen demokratischen Republik skeptisch oder feindlich gegenüberstanden und zu ihrem frühen Zusammenbruch beitrugen. In Teilen des Kleinbürgertums überlebten ebenfalls herkömmliche, hohe und fest mit dem Staate rechnende Erwartungen, die sich zum Protest gegen das neue politische System wandelten, als sich dieses unfähig zeigte, sie vor den Herausforderungen der Modernisierung zu schützen. Trotz Berlin und der Weimarer Moderne überlebten und verstärkten sich illiberale Elemente der politischen Kultur; in verschlungener Weise kam dies dem Aufstieg des Nazismus zugute.

Aus dieser Sicht waren es also nicht nur die ökonomische Krise, explosive Klassenspannungen und destabilisierende Modernisierungsfolgen, die die Krise der Weimarer Republik hervorbrachten. Zwar fielen solche „moderne“ Faktoren ins Gewicht, aber sie gab es ja auch in anderen Ländern. In Deutschland jedoch wurden sie durch weiterwirkende, wenn auch in Frage gestellte vormoderne Strukturen und Traditionen verstärkt — das Erbe des Sonderwegs³⁰).

Kritik und Antikritik

Diese hier nur knapp und sehr vereinfacht zusammengefaßte, in sich vielfältige Interpretationsrichtung, die im übrigen eher von ihren Kritikern als von ihren Vertretern mit der Etikette „Sonderweg-These“ versehen worden ist, hat nie allgemeine Zustimmung gefunden. Die Kritik an ihr nahm in den letzten Jahren zu. Die wichtigsten Einwände seien kurz rekapituliert.

1. Es sei einseitig, deutsche Geschichte sub specie 1933 (oder 1933–1945) zu interpretieren. Mit zunehmender zeitlicher Distanz zum Nationalsozialismus liege es auch immer weniger nahe, die deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts vor allem

³⁰) Vgl. J. Kocka, Ursachen des Nationalsozialismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/80, S. 3–15; H. A. Winkler, Unternehmerverbände zwischen Ständeideologie und Nationalsozialismus, in: ders., Liberalismus und Antiliberalismus. Studien zur politischen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1979, S. 175–194; H. Möller, Parlamentarismus-Diskussion in der Weimarer Republik. Die Frage des „besonderen“ Weges zum parlamentarischen Regierungssystem, in: M. Funke u. a. (Hrsg.), Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa, Düsseldorf 1987, S. 140–157.

in bezug auf den Kollaps der Weimarer Republik und den Sieg des Nationalsozialismus zu interpretieren. Deutsche Geschichte vor 1933 sei nicht nur Vorgeschichte von 1933. Sie sei vielmehr auch – zum Beispiel – Teil der Vorgeschichte von 1988 und überdies eine Periode mit eigenem Recht³¹⁾.

2. Die Vorstellung eines deutschen „Sonderwegs“, so lautet ein anderer Einwand, unterstellte die Existenz eines „normalen Weges“, von dem die deutsche Entwicklung abgewichen sei. Falls „normal“ so viel wie „durchschnittlich“, „wahrscheinlich“ oder „am häufigsten“ heiße, dürfe es schwierig sein, zu zeigen, daß die französische, die englische und die amerikanische Entwicklung die „Normalität“ darstellten – ganz abgesehen davon, daß zwischen diesen Ländern große Unterschiede bestanden und sie sich deshalb zur Zusammenfassung als „westlich“ wenig eignen. Falls „normal“ im Sinne von „Norm“ gemeint sei, dann sei die Schwierigkeit eher noch größer. Denn wenn man „den Westen“ als normatives Modell setze, von dem die deutsche Entwicklung zu ihrem Schaden abgewichen sei, dann impliziere das subjektive Wertentscheidungen und die Gefahr einer Idealisierung „des Westens“³²⁾. Mit wachsenden Zweifeln am Modell der westlichen Modernisierung hat dieser Einwand an Resonanz gewonnen.

3. Neuere empirische Studien scheinen zu zeigen, daß vielleicht die Kausalbedeutung vormoderner Mentalitäten, Strukturen und Eliten für die Krise der Weimarer Republik überschätzt worden ist. Dagegen werden die Folgen des verlorenen Krieges und der Inflation, die Weltwirtschaftskrise und der angeblich überstürzte Aufbau des Sozialstaats als Erklärungsfaktoren stärker betont. Andere Autoren nehmen eine ältere Argumentationslinie auf und betonen, daß es gerade die rasche Modernisierung war, die zu sozialen und kulturellen Anomien und Spannungen führte, welche ihrerseits die Krise verschärften und das System destabilisierten: der Mißerfolg Weimars als Konsequenz der „Widersprüche der klassischen Moderne“³³⁾.

4. Neuere Interpretationen des Kaiserreichs haben seine Modernität stark betont: seine Errungen-

schaften auf den Gebieten der Bildung, der Wissenschaften und der Architektur, seine angeblich sehr entwickelte Bürgerlichkeit – im Privatrecht, im Pressewesen, auf dem Theater und in anderen Bereichen der Kultur. Internationale Vergleiche scheinen überdies zu zeigen, daß das, was lange als spezifische Schwäche des deutschen Bürgertums interpretiert worden ist (zum Beispiel die Orientierung des Großbürgertums an aristokratischen Modellen), eher gesamteuropäische Phänomene darstellten³⁴⁾.

Im Licht dieser und anderer³⁵⁾ Kritik muß man die angegriffene These neu bedenken, präzisieren und teilweise modifizieren.

Sicherlich gibt es sehr viele Probleme und Themen in der deutschen Geschichte. Verschiedene Personen richten unterschiedliche Fragen an sie, und diese Fragen ändern sich mit der Zeit. Aber wie auch der „Historikerstreit“ wieder gezeigt hat, ist die Frage nach dem Ort des Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte und darüber hinaus im universellen Kontext auch heute noch zentral. Das liegt an dem exzeptionellen moralischen, politischen und anthropologischen Gewicht dieser an sich kurzen Periode und ihren tiefgreifenden Auswirkungen auf die deutsche, europäische und Weltgeschichte seitdem. Solange das so ist, besteht kaum die Gefahr, daß Interpretationen, für die „1933“ ein Fluchtpunkt darstellt, veralten und an den Gegenwartsinteressen vorbeiziehen.

Nur wenn es um die Frage nach den Ursachen, der Geschichte und der Bedeutung des Nationalsozialismus geht, macht die Vorstellung eines deutschen Sonderwegs Sinn. Eine solche Vorstellung ist vermutlich nutzlos und irreführend, wenn man historische Vergleiche über andere Themen und mit anderen Fragestellungen betreibt, zum Beispiel wenn man die Industrialisierung des 19. Jahrhunderts in

³¹⁾ So Th. Nipperdey, 1933 und die Kontinuität der deutschen Geschichte, in: *Historische Zeitschrift*, (1978) 227, S. 86–111.

³²⁾ Vgl. D. Blackburn/G. Eley, *Mythen deutscher Geschichtsschreibung*, Berlin 1980.

³³⁾ So D. J. H. Peukert, *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne*, Frankfurt 1987 (Zitat S. 271); ähnlich: M. Stürmer, *Deutsche Fragen oder die Suche nach der Staatsräson. Historisch-politische Kolumnen*, München 1988, S. 70: „Hitlers Aufstieg kam aus den Krisen und Katastrophen einer säkularisierten, von Aufbruch zu Aufbruch stürzenden Zivilisation, deren Signum Orientierungsverlust und vergebliche Suche nach Sicherheit war.“ Vgl. ferner J. Kocka, *German History before Hitler* (Anm. 27), S. 27, dort die Anm. 9–13 mit den Titeln von J. W. Falter, E. Lederer, M. R. Lepsius, K. Borchardt, G. D. Feldman und G. L. Mosse.

³⁴⁾ Vgl. vor allem D. Blackburn/G. Eley (Anm. 32); R. Evans (Hrsg.), *Society and Politics in Wilhelmine Germany*, London 1978; M. Stürmer, *Das ruhelose Reich. Deutschland 1866–1918*, Berlin 1983. Diese neue Interpretationsrichtung reflektiert bereits H.-U. Wehler, *Wie bürgerlich war das Deutsche Kaiserreich?*, in: J. Kocka (Hrsg.), *Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert*, Göttingen 1987, S. 243–280. Zur Feudalisierungsthese: H. Kaelble, *Wie feudal waren die deutschen Unternehmer im Kaiserreich?*, in: R. Tilly (Hrsg.), *Beiträge zur quantitativen vergleichenden Unternehmensgeschichte*, Stuttgart 1985, S. 148–171.

³⁵⁾ Ich verzichte darauf, hier eine neue Version der Sonderweg-These zu diskutieren, die Deutschlands geographische Position in der Mitte Europas betont (Hagen Schulze, Michael Stürmer und Klaus Hildebrand). Dazu J. Kocka, *Germany before Hitler* (Anm. 27), S. 9 f. u. Anm. 16. Dazu auch „Historikerstreit“ (Anm. 1), S. 138–141. Vgl. die Weiterentwicklung der These bei H. Schulze, *Die „Deutsche Katastrophe“ erklären. Von Nutzen und Nachteil historischer Erklärungsmodelle*, in: D. Diner (Hrsg.), *Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit*, Frankfurt 1987, S. 89–101.

verschiedenen Ländern vergleicht³⁶). Natürlich, in gewissem Sinn hat jedes Land – und jeder Ort – seinen Sonderweg. Das ist banal, darauf läßt sich keine große These bauen. Auch ist einzuräumen, daß die Eigenarten der deutschen Entwicklung sich anders darstellen, wenn man sie mit Ostmittel- oder Osteuropa vergleicht statt mit westlichen Ländern.

Angesichts dieser unbestreitbaren Sachverhalte sollte man die Hypothese eines deutschen Sonderwegs (wenn auch nicht notwendigerweise das mißverständliche Wort) für die komparative Diskussion eines grundsätzlichen und weiterhin nicht völlig geklärten Problems reservieren: warum nämlich in Deutschland der liberal-demokratische Rechtsstaat in ein faschistisches bzw. totalitäres System pervertierte, während in jenen Ländern, mit denen die Deutschen sich gerne vergleichen und auch vergleichen sollten, dies nicht geschah – obwohl jene Länder im betreffenden Zeitraum unter ähnlichen Bedingungen existierten und mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert waren.

Zugegebenermaßen sind in der Entscheidung für diese Vergleichsperspektive normative Elemente enthalten. Aber hinsichtlich der Alternative „Faschismus versus demokratischer Rechtsstaat“ oder „Totalitarismus versus demokratischer Rechtsstaat“ war nun einmal die Leistung jener westlichen (und nördlichen) Länder besser, ihre Entwicklung glücklicher als die unsere. Deshalb kann der – unter diesem Gesichtspunkt durchaus einheitliche – westliche Entwicklungspfad als ein historisches (nicht abstraktes) Modell dienen. Zwar kann man nicht eindeutig beweisen, daß es notwendig sei, Deutschland mit Frankreich, England, den skandinavischen Ländern oder Nordamerika zu vergleichen. Aber es lassen sich Überlegungen anstellen, die dafür sprechen – wenn man denn über vergleichende Forschungen herausfinden will, wieso es zur „deutschen Katastrophe“ kam und was sie bedeutet. Denn mit jenen westlichen Ländern war Deutschland nicht nur durch einen ähnlichen Stand der ökonomischen Entwicklung und sozialen Modernisierung verbunden, sondern auch durch gemeinsame Traditionen der Aufklärung, der Menschen- und Bürgerrechte, des Rechts- und Verfassungsstaats. Trotzdem wurde Deutschland faschistisch und totalitär, die westlichen Länder dagegen nicht. Warum? Das ist der Kern der Frage nach dem „Sonderweg“.

Mit wem will man sich vergleichen? Im privaten wie im öffentlichen Leben, aber auch in der histori-

schon Forschung ist dies eine entscheidende Frage. Die Wahl, die man trifft, beeinflußt die Ergebnisse des Vergleichs, und sie enthält notwendigerweise normative Implikationen.

Wie steht es nun mit den empirischen Einwänden gegen die Sonderweg-These? Zunächst: Kein ernsthafter Historiker würde argumentieren, daß die Besonderheiten der deutschen Geschichte direkt und mit Notwendigkeit auf 1933 zuführten. Zweifellos mußten viele zusätzliche Kausalfaktoren dazu kommen – von den Folgen des verlorenen Krieges bis zur Person Adolf Hitlers –, und möglicherweise hätte der Sieg des Nationalsozialismus noch Ende 1932 abgewendet werden können. Trotzdem: Die Strukturen und Prozesse, wie sie in der Sonderweg-Literatur identifiziert worden sind, verschärften die Schwierigkeiten der Weimarer Republik und erleichterten den Aufstieg des Nationalsozialismus. Die jüngere Forschung hat dem Gesamtbild neue Elemente hinzugefügt und Akzente verschoben, die Grundlinien der Interpretation wurden nicht revidiert. Die Zurückweisung der Weimarer Republik durch große Teile der Oberschicht, der anti-demokratische Nationalismus, die Schwierigkeiten des parlamentarischen Systems, die Macht der Agrarier und des Offizierskorps, illiberale Elemente in der politischen Kultur, die Schwäche des demokratisch-republikanischen Lagers: Solche Faktoren erklären den Zusammenbruch der Weimarer Republik mit und sind selbst Produkte vorangehender Prozesse und Strukturen, wie sie von der Sonderweg-These identifiziert worden sind. Der Hinweis auf die „Widersprüche der klassischen Moderne“ paßt gut in die heutige modernisierungsskeptische Grundstimmung. Aber andere Länder waren auch modern – und entgingen dem Schicksal Deutschlands³⁷).

Zum andern: An der Interpretation des Kaiserreichs hat sich in den letzten Jahren viel geändert, und damit auch ein zentrales Element der herkömmlichen Sonderweg-These. Mit der „Feudalisierung des Großbürgertums“ war es viel weniger weit her als man lange dachte; die Annäherung von Großbürgertum und Adel war im übrigen ein gesamteuropäisches Phänomen. Die deutsche Bourgeoisie erweist sich zwar im internationalen Vergleich mit dem Westen als relativ schwach, doch in Deutschland gab es – gewissermaßen zum Ausgleich – ein früh entwickeltes und starkes Bildungsbürgertum. Die Schwäche des Liberalismus auf gesamtstaatlicher Ebene mag durch seine fortwauernde Kraft auf der kommunalen Ebene ein

³⁶) Vgl. die insofern völlig berechtigte Kritik an der Sonderweg-These bei: H. Kaelble, Der Mythos von der rapiden Industrialisierung in Deutschland, in: Geschichte und Gesellschaft, 9 (1983), S. 106–118; W. Fischer, Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Anmerkungen zum „Deutschen Sonderweg“, in: Tel Aviver Jahrbuch für Deutsche Geschichte, 16 (1987), S. 96–116.

³⁷) Dazu M. Prinz, Wohlfahrtsstaat, Modernisierung und Nationalsozialismus. Thesen zu ihrem Verhältnis, in: H.-U. Otto/H. Sünker (Hrsg.), Soziale Arbeit und Faschismus, Frankfurt 1988. Als gute Überblick vgl. E. Kolb, Die Weimarer Republik, München 1984; G. D. Feldmann, The Weimar Republic: A Problem of Modernization, in: Archiv für Sozialgeschichte, 26 (1986), S. 1–26.

wenig kompensiert worden sein. Anderes wäre zwar noch zu nennen, aber insgesamt ergibt gerade die neuere vergleichende Bürgertumsforschung, daß die Sonderweg-These im Kern ihre Gültigkeit behält: Im Verhältnis von Adel und Bürgertum bestanden Eigenarten, die die Schwäche des deutschen Bürgertums dokumentieren. Der relativ markanten Abgrenzung des Bürgertums in Deutschland entsprach seine relativ schwache Ausstrahlungs- und Integrationskraft. Die zahlreichen unbürgerlichen Züge der bürgerlichen Gesellschaft des Kaiserreichs sind so zu erklären. Die bürokratische Einfärbung der deutschen Bürgerlichkeit bezeichnete zugleich eine ihrer empfindlichsten Grenzen³⁸⁾.

Die vergleichende Forschung der letzten Jahre hat diese besonders wichtige Eigenart der deutschen Entwicklung — neben anderen — immer wieder bestätigt: das Gewicht und die Kontinuität der bürokratischen Tradition. Durch ein früh entwickeltes, effizientes, angesehenes, ausstrahlungskräftiges Berufsbeamten- und durch eine lange Tradition der erfolgreichen Reformen von oben unterschied sich die deutsche Entwicklung nach Westen wie nach Osten. Ein starker Obrigkeitsstaat bestand, der viel leistete und nicht ohne Grund auf verbreitete Bewunderung stieß, aber mit einer spezifischen Schwäche bürgerlich-liberaler Tugenden — gewissermaßen als Preis — verbunden war. Die bürokratische Tradition prägte die verschiedensten Wirklichkeitsbereiche: die soziale Klassen- und Schichtenbildung, das Schulsystem, Struktur und Mentalität des Bürgertums, die Arbeiterbewegung und das Parteiensystem, die Organisation der großen Wirtschaftsunternehmen, selbst die sozialen Theorien eines Max Weber. Sie erleichterte den

frühen Aufstieg des Sozialstaats, aber sie half auch mit, die Parlamentarisierung von Reich und Einzelstaaten bis 1918 zu blockieren. In den verschiedensten Schichten erwartete man viel vom Staat, und wenn diese staatsorientierten Erwartungen enttäuscht wurden, konnten sie leicht in systemkritische Proteste umschlagen. Die bürokratisch-obrigkeitsstaatliche Einfärbung verbreiteter Einstellungen, Haltungen und Mentalitäten erklärt sicherlich mit, warum es in den dreißiger und vierziger Jahren nicht zu mehr Widerstand gegen staatlich initiierte Monströsitäten kam³⁹⁾.

Vieles bleibt offen und umstritten. Die Forschung ist im Fluß, die Erkenntnisinteressen ändern sich. Aber wenn es — wie im „Historikerstreit“ — um den Ort des Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte, um deutsche Identität und um das Vergleichen geht, dann stellt die unter dem Stichwort „Sonderweg“ bekannt gewordene Interpretationsrichtung weiterhin die beste Möglichkeit dar. Auch für die Deutung der Entwicklung seit 1945 wie für die historische Einordnung der Gegenwart hält sie einige Hinweise bereit. Die Eigenarten der deutschen Geschichte, die den Aufstieg und Durchbruch des Nationalsozialismus erleichterten, scheinen durch seinen Sieg und seine bald folgende Niederlage entscheidend geschwächt worden zu sein. Der Umbruch der Jahre um 1945 und die rasante Modernisierung danach scheinen den Sonderweg an sein Ende gebracht zu haben⁴⁰⁾. Die katastrophale Art, in der dies geschah, hinterließ ihre unverwischbaren Spuren. Der „Historikerstreit“ drehte sich darum. Doch aus der Katastrophe ergab sich eine unverhoffte Chance des Neuanfangs, die nicht ganz vertan worden ist. Dieser Traditionsbruch steht im Zentrum unserer Tradition.

³⁸⁾ Dies ist ein Ergebnis der einjährigen Forschungsgruppe im Zentrum für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld 1986/87. dokumentiert in: J. Kocka (Hrsg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. 3 Bde., München 1988.

³⁹⁾ Dazu ebenfalls das in Anm. 38 genannte Sammelwerk. Generell J. Kocka, Capitalism and Bureaucracy in German Industrialization before 1914, in: The Economic History Review, 2nd ser., 33 (1981), S. 453–68. Siehe auch H. Gerstenberger, Alltagsforschung und Faschismustheorie, in:

dies./D. Schmidt (Hrsg.), Normalität oder Normalisierung? Geschichtswerkstätten und Faschismusanalyse, München 1987, S. 35–49.

⁴⁰⁾ Vgl. J. Kocka, 1945: Neubeginn oder Restauration?, in: C. Stern/H. A. Winkler (Hrsg.), Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1945, Frankfurt 1979, S. 141–68. Jetzt vor allem: M. Broszat u. a. (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988, bes. S. XXV–XXXI.

Aktuelle Aufgaben der Geschichtswissenschaft und der Geschichtsvermittlung

Gewiß ist es von Zeit zu Zeit gut, daß sich Historiker auf die Aufgaben ihres Faches besinnen. Und daß und wie das geschieht, daran ist die Öffentlichkeit legitimerweise interessiert.

Das Problem ist aber nicht einfach, denn die Lösung kann Folgen haben: primär in der Schule, wo bestimmte Aufgabenstellungen leicht verbindlich gemacht werden können, aber auch in der Forschung. Schließlich haben wir ein kompliziertes System von Prämien (und negativen Privilegierungen), um bestimmte Forschungsrichtungen mit einigem Nachdruck zu fördern. Direkt und vor allem indirekt trägt das notwendigerweise dazu bei, daß andere vernachlässigt werden. Erfahrungen dieser Art mahnen zur Vorsicht. Man sollte daher jeder Besinnung auf die Aufgaben einer Wissenschaft Überlegungen zur Problematik eines solchen Unternehmens vorausschicken.

Aktualitäten wechseln heute, wie man weiß, ungeheuer schnell. Wie unendlich weit liegt zurück, was uns noch vor 20, vor 15 Jahren umgetrieben hat! Wollte man den Unterricht jeweils darauf einstellen, so müßten Fragestellungen, Inhalte und Zielsetzungen alle fünf bis zehn Jahre vollkommen geändert werden. Die Konsequenz wäre, daß die Schüler völlig der Diskontinuität preisgegeben würden (zumal sie dabei ja auch nicht viel Sinn für die Kontinuitäten, die Eigenwilligkeiten überkommener Wirklichkeiten vermittelt bekämen, die in einer tieferen Schicht letztlich doch durchhalten). Die Schüler würden dadurch höchst einseitig ausgebildet. Die Geschwindigkeit, mit der ihr historisches Wissen, ihre intellektuellen Möglichkeiten zu einem halbwegs selbständigen Begreifen von Vergangenheit und Gegenwart, zur Gewinnung eines halbwegs distanzierteren eigenen Urteils veralteten, wäre betäubend hoch. Und dies würde ihre Fähigkeiten zur Gestaltung der Zukunft stark beeinträchtigen. Sie wären in besonderem Maße der Manipulierbarkeit ausgesetzt.

Gewiß, die Erfahrung zeigt, daß gerade auch der modernste Unterricht Schüler in Opposition zu sich zu bringen vermag. Es ist überaus fraglich, ob Erziehung bewirkt, was eine hohe Schulverwaltung intendiert. Vieles — und je länger die Zeit dauert, um so mehr — lernt man ja nicht wegen, sondern trotz der Schule. Aber wenn die schulische Ausbildung auch wenig in ihrem Sinne zu bewirken vermag, so kann sie doch den Schülern vieles vorenthalten, und das ist schlimm genug.

Man gerät hier also leicht in ein Dilemma: Einerseits muß der Geschichtsunterricht in einer sich so

rasch und tief verändernden Zeit der Besonderheit der jeweiligen Gegenwart Rechnung tragen. Immer neue Probleme werden bewußt, werden dringend, lassen die Aufmerksamkeit in neue Richtungen fluktuieren; auch im Bereich der Geschichte, nicht zuletzt in der des Mittelalters und der Antike. Andererseits sollten bestimmte Dinge, die mit großer Wahrscheinlichkeit immer wieder wichtig sind, auch immer wieder gelehrt werden — ganz unabhängig von Fragen der Aktualität, ja gegen das, was diese zu gebieten scheint.

Was für ein Bild von der Geschichte kann zum Beispiel entstehen, wenn der Sinn für Staat, Macht und Politik so wenig ausgebildet wird, wie das heute der Fall zu sein scheint? Können wir uns ein solches Defizit erlauben? Werden die Jungen von heute diesen Sinn nicht vielleicht spätestens morgen wieder brauchen? Aber es fragt sich auch, ob man über Staat, Macht, Politik noch lehren kann wie vor 20 und 30 Jahren, von den früheren Zeiten ganz zu schweigen. Zweifellos müssen immer neue Gegenstände in den Geschichtsunterricht aufgenommen werden. Dann aber muß man andere abbauen.

Wie immer man das am Ende tut: Daß mit jeder Besinnung auf die Aufgaben des Geschichtsunterrichts an der Schule eine große Verantwortung verbunden ist, scheint klar zu sein. Ebenso klar ist auch, daß man den höchst schwierigen Aufgaben, die sich hier stellen, nicht beikommen kann ohne eine sehr umsichtige, reflektierte und immer neue Besinnung. Und es entspricht dem Pluralismus unserer Gesellschaft, daß sich eine solche Besinnung öffentlich vollzieht.

Für die Wissenschaft sind die Überlegungen im einzelnen andere, aber sie laufen auf denselben Schluß hinaus. Es gibt auch hier die Forderungen — und Versuchungen — der Aktualität. Und es gibt zugleich die Notwendigkeit, sich abseits dessen, was der Tag einem abzufordern scheint, ganz in weit entfernt liegende Probleme zu versenken. Manches drängt aus den Fragen und Erfahrungen der eigenen Gegenwart heran, öffnet die Augen für bestimmte, bis dahin nicht erkannte Züge selbst weit entfernter Gesellschaften, macht diese vielleicht sogar besonders aktuell, weil an ihnen ein Zusammenhang aufgewiesen werden kann, der eben diese Fragen und Erfahrungen in neuem Lichte erscheinen läßt, der erlaubt sie einzuordnen und zu beurteilen, der Distanz zu ihnen ermöglicht. Insofern ist die Berücksichtigung der Aktualität von größtem Interesse, auch für die historische Forschung. Umgekehrt entstehen damit nicht nur die Gefahren

einer unbilligen Aktualisierung von Früherem, sondern auch die der Hektik und einer zu sehr auf den Tag hin ausgerichteten Arbeit. Man kann ja auch, wengleich es selten geschieht, zuviel für die Öffentlichkeit tun, vielleicht gar versucht sein, sich gar zu aufgeregt zu äußern — und das führt dann leicht dazu, daß man am Ende nichts mehr zu sagen hat (obwohl das Bedürfnis, auf einen zu hören, damit nicht gleich abebbt.).

Wer sich dagegen ganz in die fremde Zeit zu versenken sucht, mag seine Gegenwart zunächst in vielem verfehlen. Aber es könnte sein, daß er dabei Dinge zutage fördert, an die zunächst keiner gedacht hatte und die dann später in der Forschung besondere Relevanz haben und vielleicht sogar für die ganze Gesellschaft interessant sind. Da originelle Forschung einen langen Atem braucht, kann sie wirklich aktuell nur dann sein, wenn sie eine Weile lang gegenüber der Aktualität gewissermaßen selbstvergessen vorangetrieben worden ist. Forschung läßt sich im ganzen nicht planen, und eben deshalb ist sie für Überraschungen gut.

Wer also Aufgaben für seine Wissenschaft formulieren will, läuft Gefahr, sie zu verführen. Aber damit hat sich seine Absicht noch nicht erübrigt. Die Tatsache, daß mit einer solchen Besinnung keinerlei Verfügungsgewalt verbunden ist, erleichtert sie. Und zugleich ist sie aus zwei Gründen unbedingt notwendig.

Der eine ist die Lehrtätigkeit im Fach Geschichte an der Universität: Auch wenn keine Aussicht besteht, daß man sich darüber einigt, was für alle Studenten wichtig ist, so erfordert doch die Planung jedes einzelnen, daß er sich darüber Rechenschaft zu geben vermag. Denn so unendlich jedes Feld der Geschichte ist, so sehr ist es doch in Hinblick darauf, daß ein Studium in relativ kurzer Zeit absolviert werden sollte, unabdingbar, die Lehrveranstaltungen so einzurichten, daß man das Wichtige zu seinem Teil in dieser Zeit vermitteln kann. Zweitens ist eine immer neue Besinnung auf die Aufgaben der Geschichtswissenschaft notwendig als Gegengewicht gegen gewisse immanente Zwänge, die den einzelnen Wissenschaften eignen. Denn mit deren Institutionalisierung ist ja nicht nur die Aufrichtung notwendiger Standards verbunden, über deren Einhaltung dann die sogenannten Fachleute urteilen, sondern sie bringt in aller Regel zugleich eine Ten-

denz zur Beharrung mit sich. Etablierte Wissenschaften leisten gegen neue Ansätze einen gewissen, zuweilen kräftigen Widerstand. Das ist gar nicht schlecht, denn diese Ansätze vermögen daran, wenn sie wirklich fruchtbar sind, zu wachsen. Und doch kann solcher Widerstand auch hinderlich sein (zumal in unserm Jahrhundert, in dem die Möglichkeit, ohne Institute und ohne irgendein Gehalt oder ein Stipendium zu forschen, so viel geringer geworden ist als im vorigen). Dann ist eine neue Diskussion über die Aufgaben der Wissenschaft notwendig.

Sie ist — was die Geschichtswissenschaft angeht — in den älteren Disziplinen schwierig. Denn wo die Wissenschaft nicht direkt von der Gegenwart herausgefordert wird, wo keine direkten Antworten von ihr verlangt werden (oder wo sie wenigstens präbendieren kann, nicht unmittelbar beansprucht zu sein), ist sie weniger auf Erkenntnisse angewiesen, zwingt sich der Maßstab der Fruchtbarkeit, der „Relevanz“ von Forschungsansätzen nicht auf. Dann kann das so menschliche Bestreben, lieber keine Erkenntnis zu haben als daß ein anderer sie erzielt — und gar auf neuen Wegen — sich relativ frei fühlen. Das ist in der neuen und neuesten Geschichte kaum möglich; dafür ergeben sich dort etwa aufgrund der Tatsache, daß nicht nur viele ihre Ergebnisse, sondern auch die Betrachtungsweise selbst politische Konsequenzen haben, andere Hindernisse.

Wenn somit deutlich ist, daß eine Besinnung auf die Aufgaben einer Wissenschaft immer wieder nötig ist, so braucht es nur noch drei Vorbehalte um damit beginnen zu können. Sie ist notwendigerweise subjektiv, und es hat seine Vorzüge, wenn sie sich dazu bekennt, denn dann kann sie um so entschiedener sein. Sie kann nur bestimmte Akzente setzen, bestimmte Notwendigkeiten herausheben, die im Betrieb der Wissenschaft zu wenig besorgt zu sein scheinen. Sie ist nur sinnvoll, weil sie vieles — was von selbst geschieht — gar nicht ändern kann. Sie kann aufgrund ihrer Stellung nur auf bestimmte allgemeine Erfordernisse zielen, nicht auf einzelne Forschungsdesiderate. Ein Althistoriker wäre auch gar nicht in der Lage, für die neuere und neueste Geschichte, um die es dabei vor allem ginge, solche Lücken genauer zu bezeichnen.

I. Thematische Ausrichtung der Historie

Eine erste Gruppe von Aufgaben besteht darin, daß wir versuchen müssen, die Forschungsthematik innerhalb der herkömmlichen Bereiche antik-abendländischer Geschichte sowohl auszuweiten wie insbesondere auch zu vertiefen. Dabei bedürfen meines Erachtens heute besonders zwei Themenbereiche der intensiven Erforschung. Der eine ist die politische Geschichte, der andere der weite Be-

reich, der sich etwas ungenau als anthropologische Dimension der Geschichte bezeichnen läßt. Ein herkömmlicher und ein moderner Zweig der Geschichtswissenschaft, so mag es scheinen. Aber die Dinge liegen so einfach nicht.

Die politische Geschichte, die in letzter Zeit, wie mir scheint, zu sehr an den Rand der Forschung und Darstellung geraten ist und für die die Studenten im

Durchschnitt erschreckend wenig Sinn haben, bedarf nicht einfach der Wiederbelebung. Sie ist vielmehr neu zu entdecken, denn das politische Handeln, die Grundkategorien von Politik, die Rolle politischer Entscheidungen, auch diejenige des Staates verstehen sich nicht mehr von selbst. Sie bedürfen vielmehr einer neuen Begründung. Es kann nicht mehr ausreichen, einfach die Handlungen und Ereignisse auf der politischen Bühne nachzuzeichnen, sondern es muß zu allererst und jeweils von neuem, gesichert werden, daß, warum und wie weit das Politische eine relative Autonomie hatte, wieweit es darin offen war gegenüber vielerlei Einflüssen von wirtschaftlicher Macht, gesellschaftlichen Interessen, vorherrschenden Einstellungen und vielem anderen — und wieweit es dann doch all diese Einflüsse zu relativieren vermochte und sie mit jeweils verschiedenen Koeffizienten zur Geltung kommen ließ etc. Es ist zu fragen, wie die „Imponderabilien“ der Politik Außenstehenden (unserm Publikum also) zu erklären, wie die Möglichkeiten und Grenzen des politischen Wirkens von Persönlichkeiten zu begreifen sind; ob es etwa stimmt (was für uns so schwer nachvollziehbar ist), daß einige Politiker „groß“ waren. Das ist ja ein strukturgeschichtliches Problem. Und immer neu ist zu fragen, in welchem Maße sich die Gesellschaft (oder wenigstens dasjenige an ihr, was veränderlich ist) dem Zugriff politischer Entscheidung öffnet, inwieweit die wesentlichen Fragen einer Zeit überhaupt in Politik eingefangen werden können. Nicht nur das Handeln der Parteien, sondern auch die Art der Parteiungen wird wichtig, weil sich in ihr die Umsetzung politischen Handelns in den historischen Prozeß vollzieht (oder gerade nicht vollziehen kann). Es erhebt sich für einzelne, für Regierungen wie für ganze politische Systeme die Frage der Macht in den Verhältnissen sowie diejenige der Macht über die Verhältnisse. Dahinter steht das Problem der Relation zwischen politischem Geschehen und eher „von selbst“ ablaufenden, jedenfalls kaum zu beeinflussenden Veränderungsprozessen, die sich von Fall zu Fall recht verschieden ausbilden kann. Damit ist zugleich der Ort der Politik und des politischen Geschehens problematisch geworden.

Dergestalt gilt es, scheint mir, eine Geschichte des Politischen zu entdecken, die neben der Politik stets zugleich deren Einbettung in weite und weiteste Zusammenhänge im Auge hat; den Stellenwert der Politik und seinen Wandel. Eine Geschichte, die elementar genug ist, um auch denen, die sich sehr kritisch (oder auch verständnislos) fragen, was Politik und Staat überhaupt sei und sein solle, diese uralte und für alle bisherige und vermutlich auch die künftige Geschichte so wichtige Dimension der Historie wieder nahebringen und erklären zu können.

Daß das nicht nur für die Geschichtswissenschaft von großer Bedeutung ist, leuchtet unmittelbar ein, wenn man sich klarmacht, wie sehr das Urteil über Politik heute darunter leidet, daß kaum Maßstäbe

zu deren Beurteilung vorhanden sind. Man orientiert sich vielmehr einerseits an irgendwelchen blaß gewordenen Vorstellungen darüber, was sein soll, und andererseits an einer Gleichsetzung von dem, was ist (oder zu sein scheint), mit dem, was zu erwarten ist. Es fehlt die begründete Reflexion auf das, was sein kann. Das kann man zwar nicht direkt der Geschichte entnehmen, aber historische Betrachtung kann doch, gerade indem sie die Politik früherer Zeiten erforscht, aufweisen, welche Möglichkeiten Politik grundsätzlich hat; allerdings je nach den Bedingungen unter denen sie betrieben wird. Sie gibt damit im Zweifelsfall keine Vorbilder, aber gerade in der Reflexion auf das, was Politik unter Umständen sein kann, kann sie dazu beitragen, bewußt zu machen, warum diese nicht unbedingt so sein muß, wie sie ist. Übrigens könnte sie auch das Sensorium für das, was Außenpolitik ist und sein kann, wieder beleben. Daß es bei uns im allgemeinen um dieses Sensorium nicht sehr gut bestellt ist, zeigt etwa ein Blick in die deutsche Presse.

Neben der Vertiefung dieser so wichtigen und in letzter Zeit eher an den Rand gedrängten Dimension von Geschichte scheint mir die weitere Ausdehnung (und zum Teil Vertiefung) des historischen Interesses an den zum großen Teil neuentdeckten anthropologischen Dimensionen zu den zentralen Aufgaben heutiger Geschichtswissenschaft zu gehören.

Es ist schwierig, all das aufzuzählen, was in den letzten Jahrzehnten neu zum Gegenstand historischer Forschung geworden ist: Die Geschichte des Klimas, der Arbeit und ihrer Einschätzung, des öffentlichen und privaten Raums, der Freundschaft, der Kindheit, der Krankheit, des Todes, aber auch des Lebensalters, der Lebensformen, des Alltags und der Feste, ganz besonders diejenige der Frau oder — neuerdings — der Geschlechter überhaupt und unendlich vieles andere. Manche Themen, die schon früher behandelt worden waren, wie die Frömmigkeitsgeschichte oder die des Aberglaubens, des Hexenwahns etc., wurden in diesem Zusammenhang neu aufgenommen. Insgesamt ist ein außerordentlicher „Historisierungsschub“ erfolgt: Sehr vieles, was entweder das Interesse der Historiker gar nicht gefunden hatte oder nicht als veränderlich angesehen worden war, wurde als historischer Prozeß erkannt.

Man mag für diesen Schub manche forschungsimmanenten (auch forschungspolitischen) Gründe anführen. Letztlich ist es aber doch wohl das Bewußtwerden des umfassenden Wandels unserer Zeit, der Entfernung von den letzten Überbleibseln der „alten Welt“, die Erkenntnis der Fremdheit unserer eigenen Vorfahren und der Zusammenbruch unseres zivilisatorischen Stolzes, die diese Forschungen sehr stark angetrieben hat, indem sie nämlich die Offenheit für neue Ergebnisse, ja das Bedürfnis danach stark vergrößerte.

Die „Anthropologie-Geschichte“ (wenn man sie so nennen darf) steht unverkennbar in Zusammenhang mit der Bereitschaft, ethnologische Fragestellungen auch auf die eigene Gesellschaft samt ihrer Vorgeschichte anzuwenden. Die Barrieren zwischen Ethnologie und Geschichte, zwischen frühen Völkern und uns selbst sind insoweit gefallen: Hinter den Unterschieden wird eine grundlegende Gemeinsamkeit des Menschseins sichtbar, und die befähigt uns, die Unterschiede besser, freier, offener wahrzunehmen; im Fremden uns selbst und in uns das Fremde zu erkennen (wobei das „uns“ zum Teil auch unsere Vorfahren einschließt).

Damit ist paradoxerweise sowohl eine „Historisierung“ als auch eine „Dehistorisierung“ verbunden. Historisierung insofern, als immer mehr in den Epochen als historisch erkannt wird. Vieles, was man früher für konstant gehalten hat (worin man die Menschen früherer Epochen einfach vertraut nahm), erscheint jetzt als wandelbar — bis hin zur Mutterliebe (und man vermutet darin primär das Andere, das Fremde). Eben damit aber geht insofern eine Enthistorisierung einher, als man nun die enormen Abstände nicht mehr voraussetzt, die uns nach älterer Meinung von allem Früheren scheiden. Der Glaube an die Höhe unserer eigenen Zivilisation ist dahin, und folglich können wir uns der anthropologischen Grundsituation, die wir mit allen andern gemein haben, bewußt werden: Eben sie macht aber, wie gesagt, zugleich die Unterschiede, die Geschichte auch der Weise, Mensch zu sein (angefangen mit der Ernährung, ja mit der Fähigkeit, bestimmte Nahrung überhaupt zu vertragen) erfahrbar und interessant. Eben daraus resultiert die besondere Aktualität der neuen Fragestellungen. Und sie ist natürlich zugleich eine Nachwirkung des historischen Bewußtseins früherer Jahrzehnte, indem erst dieses die Fremdheit selbst der eigenen Vorfahren nennenswert bemerkbar gemacht hat.

Man mag die wachsende kulturelle Verarmung, Verblässung und Angleichung unserer Gesellschaften hinzunehmen, um den Sinn für das Fremde, das Exotische zu erklären (der sich vorher mehr im Raum, seit einiger Zeit aber vor allem in der Geschichte — und gerade in den besonders rätselhaften Zügen früherer Gesellschaften — seine Nahrung sucht).

Wir stehen nun, meine ich, vor der Aufgabe, Forschungen dieser Art weiterzutreiben und nach Möglichkeit auf weitere Felder auszudehnen. Dabei scheint mir die „Geschichte der Affekte“, das heißt der Weisen, in denen Gesellschaften Affekte und deren Ausleben regulieren, von besonderem Interesse. Für die Geschichte der Angst und des Weinens sind schon vielversprechende Anfänge gemacht und insgesamt hat Norbert Elias hier wichtigste Vorarbeiten geleistet, die zwar kaum einfach fortgesetzt werden sollten, an denen man aber aufs Fruchtbare anknüpfen kann.

Eine andere Frage zielte auf die psychischen Ressourcen, ihre Regenerier- oder Erschöpfbarkeit, die eine bestimmte Form der politischen Einheit, der Wirtschaft oder Gesellschaft voraussetzt (und deren Auslaufen ein wesentliches Glied in deren Niedergang sein könnte).

Mit diesen, oft auf sich und allzusehr auf einzelne Beobachtungen konzentrierten Forschungen stellen sich zugleich viele alte Fragen neu. Was ermöglicht einer Gesellschaft, Kriege zu beginnen, ja eventuell — wie bei den Griechen — Kriege, in denen diejenigen, die sie beschließen, selbst zu Felde ziehen? Welche Einstellung zum Leben, zu den Kindern, zum Gemeinwesen gehört dazu? Wer will das — von heute aus gesehen — noch für unproblematisch halten? Wie kommen griechische Bürgerschaften dazu, sich so stark in der Politik zu engagieren? Wieso kann — wiederum bei den Griechen — Arbeit, materieller Gewinn gegenüber öffentlicher Tätigkeit geringgeschätzt werden? Gerade weil alle frühere Zeit so unendlich weit von uns weg gerückt, so fremd geworden ist, muß man auch in diesen Bereichen anthropologisch neu ansetzen. Unendlich viel, auch an Bekanntem wird neu zu prüfen, neu zu sehen, neu mit Erklärungen zu unterfangen sein, sobald einmal die anthropologischen Voraussetzungen problematisch geworden sind. In dem Stadium, in dem wir uns heute befinden, wird das unvermeidlich sein.

Aber es wird umgekehrt auch, und stärker als bisher, notwendig sein, die große Zahl der neuen Erkenntnisse in bestimmte Zusammenhänge zu bringen. Wir werden nach Kategorien zu suchen haben, die es erlauben, die Vielfalt des Erarbeiteten in Beziehung zueinander zu setzen und auf bestimmte Nenner zu bringen. Am Ende wird zunächst, so vermute ich, eine Geschichte der Weisen, Mensch zu sein, stehen, die ihre Mitte in einer Geschichte der „Individualität“ haben könnte: Der Frage, wie der einzelne im Zusammenhang der Gesellschaft (und der Welt sowie der verschiedenen Lebensbezüge, in die er eingebettet ist oder denen er nebeneinander zugehört) sich stellt. Inwieweit eher individuell, als „Persönlichkeit“ im alten Sinne des Wortes oder eher als Teil eines Ganzen, das er mit anderen ausmacht, inwieweit eher selbständig und in irgendeiner Weise umfassend oder eher im abgegrenzten Bezirk einzelner Funktionen. Das sind Fragen, die auch für frühere Zeiten, Völker und Hochkulturen, die Griechen (und daneben auf andere Weise die Römer) sowie für die Epochen der europäischen Geschichte aufs Fruchtbare gestellt werden können und die in vielen Punkten zu einem neuen Verständnis der Geschichte (samt verschiedenen wissenschaftlichen und künstlerischen Hervorbringungen zum Beispiel) führen können. Von diesem Mittelpunkt aus lassen sich auch die verschiedenen Sektoren unseres Lebens, Religion, Politik, Wirtschaft und Geselligkeit und vieles andere auf interessante Weise neu in Beziehung setzen.

II. Methoden von Forschung und Darstellung

Eine andere Reihe wichtiger Aufgaben erwächst in methodischer Hinsicht. Verschiedene der Forschungen, gerade auf dem Gebiet der anthropologischen Dimensionen von Geschichte, sind anscheinend so stark von der Entdeckerfreude bestimmt, daß dabei bestimmte methodische Probleme gar nicht gesehen worden sind. Gerade in der „Alltagsgeschichte“ herrscht zum Teil die Illusion des unmittelbaren Zugangs zu historischen Tatbeständen. Es wird einiger Arbeit bedürfen, um die methodische Bewußtheit der Historie dort zur Geltung zu bringen.

Aber zugleich erwachsen auch neue methodische Probleme. Insbesondere eines scheint mir von außerordentlicher Wichtigkeit zu sein: Das ist das Verhältnis zwischen Makro- und Mikrogeschichte. Die „große Geschichte“ pflegt ja, wenn auch in je verschiedenem Umfang, immer wieder in die kleinen Geschichten hineinzureichen. Vor allem baut sie in irgendeiner Weise immer auf den kleinen Geschichten auf. Das beginnt damit, daß bestimmte Funktionsweisen der Familie, des Hauses, der Erziehung von den politischen Einheiten vorausgesetzt werden müssen. Das kann sich aber bis in stärkste Beanspruchungen jedes einzelnen in seinem kleinen Kreise hinein fortsetzen. Wie das jeweils geschieht, muß untersucht, es muß aber auch verständlich gemacht werden können.

Ein besonders aktuelles Beispiel für die Problematik, die hier lauert, ist die Geschichte Deutschlands in den Jahren von 1933 bis 1945. Das heißt, der Tatbestand, daß einerseits Makro- und Mikroge-

schichte aufs ungeheuerlichste auseinanderklafften: Im „großen“ wurden die schrecklichsten Verbrechen der Weltgeschichte ausgeführt, und im „kleinen“ glaubte das Gros der Bevölkerung, und nicht einmal ohne Grund, sich mehr oder weniger anständig zu verhalten (zum Teil gar mehr oder weniger unabhängig vom Regime und seinen spezifischen Anforderungen). Trotzdem haben andererseits die kleinen Geschichten zur großen in der Summe entscheidend beigetragen: Durch die Weisen der Erziehung, der Werte, die man vermittelte, durch die Sicherung reibungsloser Abläufe, durch die Erwartungen, die man aneinander richtete, durch die Beteiligung am Krieg, in dem man weithin fürs Vaterland sich zu schlagen meinte, ja auch durch die Illusionen, relativ anständig und unabhängig zu leben, die zweifellos zum Funktionieren der Maschinerie beitrugen. Die „große Geschichte“ zog die „kleinen Geschichten“ in sich hinein. Sie hätte ohne sie nicht geschehen können.

Wie aber paßt das eine zum anderen? Wie kann man das als Beteiligter oder Nachfahre — oder auch als Außenstehender — einerseits auseinanderhalten und andererseits zusammendenken? Welche Kategorien haben wir überhaupt, um das zu leisten? Um außerdem die gemeinsamen und zugleich höchstverschiedenen Perspektiven der Zeitgenossen von den unseren zu scheiden? Da ist, so scheint mir, sowohl theoretisch als auch praktisch und insbesondere bei der Erprobung geeigneter Vermittlungsweisen noch Erhebliches zu leisten.

III. Historische Synthesen

Den dritten großen Aufgabenkomplex heutiger Geschichtswissenschaft sehe ich in der Problematik der Synthetisierung. Zunächst, doch das scheint allmählich deutlich geworden zu sein, besteht wie stets eine wesentliche Aufgabe der Geschichtswissenschaft darin, ihre Ergebnisse im Zusammenhang öffentlich vorzutragen. Das ist lange vernachlässigt worden. Zu sehr drängten sich eine ganze Reihe von Forschungsproblemen in den Vordergrund, zu sehr mußte sich die erste Nachkriegsgeneration der deutschen Historiker erst einmal darüber vergewissern, was überhaupt Geschichte sei und wie man sie darzustellen habe. Denn es stellen sich da große Probleme.

Je mehr wir auf immer neue, immer weitere Felder der Einzelforschung vordringen, um so schwieriger wird es, ein Bild von „der Geschichte“ einzelner Völker oder einzelner Epochen zu gewinnen. Wohl kann man versuchen, die verschiedensten Dimensionen, in denen sich das Leben und die Geschichte

einer Gesellschaft in einer bestimmten Zeit (etwa Deutschlands von 1800 bis 1866) entfalteteten, nebeneinander nachzuzeichnen. Aber das ergibt zunächst nur eine gewisse Vollständigkeit des Berichts respektive der Erzählung. Es ist damit, meine ich, die Frage nach dem Zusammenhang einer Gesellschaft in einer Epoche, die Frage auch nach der angemessenen Weise, diesen Zusammenhang erzählerisch zu vermitteln, schließlich auch die nach den Grenzen des Historikers, noch nicht befriedigend gelöst. Ich zweifle etwa, ob wir, ob selbst die Besten von uns in der Lage sind, der Fülle der kulturellen Äußerungen einer Zeit gerecht zu werden. Das überstiege unsere Zuständigkeit vermutlich um ein gutes Stück. Allerdings sind wir als Historiker — wie wohl keiner sonst — zuständig dafür, das jeweils Epochenspezifische gerade auch an künstlerischen Hervorbringungen herauszuarbeiten, also das, was ich eben den Zusammenhang der Epoche nannte. Das liefe dann auf bestimmte Nenner hinaus, in denen (und in deren Verhältnis) die Eigenart

der Zeit und ihrer Geschichte begriffen werden könnte. Bestimmte Weisen etwa, die Welt zu erleben, bestimmte Relationen von Eingebundenheit und Freiheit, bestimmte Fragen — aber auch bestimmte Möglichkeiten für das Individuum, sich selbst auszubilden, weitgehende Geschlossenheit oder eher Aufgliederung in verschiedene Lebensbezüge, verschiedene Formen der gesellschaftlichen Identität, des Verhältnisses zwischen Krieg und Frieden, zwischen Alltag und Fest, von den selbstverständlich ebenfalls zu berücksichtigenden Produktionsverhältnissen ganz zu schweigen.

Aber vielleicht irre ich mich. Vielleicht verlange ich zuviel. Dann bliebe aber eine These, die ich jedenfalls verfechten möchte: Die Weise, in der wir die verschiedensten Erkenntnisse, die wir von einer Geschichte haben, zu Synthesen bringen können, muß Gegenstand expliziter Reflexion, Rechenhaftigkeit und Auseinandersetzung sein; sowohl im allgemeinen wie für die einzelnen Epochen. Wir verwenden seit langem vielerlei Mühe darauf, unsere Analysen methodisch zu begründen, die Quellenkritik etwa, aber auch Verfahren, wie die der Hypothesenbildung, der Verwendung mittelfristiger Theorien. Doch wie wir dann am Ende Geschichte darstellen, in Vorlesungen und in Büchern, das heißt wie wir sie dann irgendeiner Öffentlichkeit präsentieren, dafür haben wir zwar jeweils unsere Gründe, doch bringen wir sie selten vor. Es gibt freilich gerade in neuerer Zeit rühmliche Ausnahmen von dieser Regel, nur hat sich daran keine wirkliche Diskussion angeschlossen. Aber wir müßten uns allgemein darüber klar werden, müßten uns auch über die vorliegenden Programme — und die Weise, die Vor- und Nachteile ihrer Verwirklichung

auseinandersetzen. Das beste Indiz dafür, wie viel da im argen liegt, sind die Rezensionen solcher umfassender Darstellungen, die, wenn es gut geht, sehr klug und einfühlsam, sehr kundig vom Gegenstand (oder doch von vielen der dort behandelten Gegenstände) sein können, sich aber über die Weise der Synthese im ganzen auf wenige Andeutungen zu beschränken pflegen.

In der Synthese, der zusammenfassenden Darstellung, in der alles seinen angemessenen Platz finden muß, beweist sich, so scheint mir, ob und wie eine Geschichte im ganzen begriffen worden ist. Indem die allgemeinen und die jeweils besonderen Prinzipien, die einen dabei leiten, explizit erläutert werden, vermittelt man dieses Begreifen zugleich an Studenten und Leser. Und das ist um so notwendiger, je vielfältiger und unübersichtlicher die Geschichte wird. Nur so wird man auch mehr Klarheit über die Bedeutung politischer Geschichte in den verschiedenen Epochen, auch über den „Stellenwert“ der verschiedenen Feststellungen der Einzelforschung zu gewinnen und zu verbreiten vermögen.

Schließlich sollte man, so meine ich jedenfalls, nicht vergessen, daß zu einer umfassenden Darstellung von Geschichte auch Erzählung gehört; auch wenn moderne Historiographie darin nicht aufgehen kann. Strukturgeschichte etwa sollte sowohl im Zusammenhang dargelegt als auch in den Brechungen erzählt werden, in denen sie sich in den Beteiligten vollzieht, deren Handlungs- und Entfaltungsspielräume, deren Perspektiven und Lebenshorizonte sie bestimmt.

IV. Die Geschichte der „Ökumene“

Es stellen sich aber auch Aufgaben, die über den herkömmlichen Bereich der antik-abendländischen Geschichte weit hinausweisen. Denn es geht doch wohl nicht mehr an, unter Geschichte das zu verstehen, was üblicherweise in diesem Fach behandelt wird: Die Geschichte Europas sowie Nordamerikas, vielleicht noch der südlichen Hälfte des amerikanischen Kontinents und vielleicht auch noch der europäischen Kolonien. Die Geschichte des Islams, Afrikas, Indiens, Südostasiens, Chinas, Japans und anderer Teile der Welt kann kaum mehr wie bisher, beiseite gelassen werden. Zwar hat es seine Gründe, daß diese Geschichten, sofern überhaupt, von Islamisten, Indologen etc. behandelt werden, Gründe, die sowohl in der Wissenschaftsgeschichte wie etwa in der Tatsache liegen, daß die Sprachkenntnisse des Historikers beschränkt sind. Trotzdem drückt sich darin eine inzwischen ungehörliche Verengung aus.

Nur fragt es sich, wie eine stärkere Einbeziehung der „außereuropäischen Geschichte“ in den Horizont unserer Gesellschaft im allgemeinen und der Geschichtswissenschaft im besonderen möglich sein kann. Die Überlegungen dazu sind noch nicht sehr weit gediehen. Das Problem soll im Oktober dieses Jahres auf dem Bamberger Historikertag zur Sprache kommen. Hier muß es mit wenigen Fragen genug sein:

Wenn Geschichtswissenschaft dazu da ist, ihren Absolventen und zugleich der Gesellschaft, in der sie wirkt, einige historische Orientierung zu bieten, so kann sie in ihrer Zielsetzung vernünftigerweise nicht mehr davon absehen, daß Europa nicht die Mitte der Welt (und das Ziel einer vermeintlich am Ende einzigen Weltgeschichte) ist, sondern ein Erdteil unter anderen (und daß seine Geschichte zwar diejenige der ganzen Ökumene, der ganzen bewohnten Welt tief berührt und in Mitleidenschaft

gezogen hat, daß ihr Ergebnis aber uns selbst inzwischen zutiefst fragwürdig geworden ist).

Auch wenn man, wie man es zweifellos muß, historische Orientierung zugleich als Orientierung über die eigene Herkunft versteht, so kann diese nur mehr im Kreis der verschiedenen Geschichten und Herkünfte verstanden und vermittelt werden. Es geht ja darum, uns über unsere historisch gewordene Eigenart zu unterrichten, und zwar nicht mehr nur, was halbwegs eingeführt ist, damit sich etwa die Deutschen durch die Unterschiede zu andern Europäern begreifen, sondern auch damit sich Europäer durch die Unterschiede zu Japanern, Chinesen, Indern, Afrikanern und anderen verstehen und zu verstehen geben. Das bedeutet, wir müssen uns zumindest der eigenen Geschichte in sehr viel weiterem Horizont bewußt werden. Mindestens insofern bedarf es einer vergleichenden Einbeziehung der außereuropäischen Geschichte schon bei der Erfüllung einer der ältesten und wichtigsten Aufgaben europäischer Geschichtsbetrachtung.

Keine Frage, daß eine solche Horizont-Erweiterung höchst fruchtbar ist, auch für das Verständnis der antik-abendländischen Geschichte. Ein Beispiel aus der Antike kann das in Kürze schlagend illustrieren. Wenn man erklären soll, wie es bei den Griechen zur Demokratie kam, weist man gern darauf hin, daß dort schon in früher Zeit, bei Homer, Volksversammlungen bezeugt sind. Daraus scheint dann zu folgen, daß es für die Griechen nahe lag, diese Institution weiterzuentwickeln bis es zur Demokratie kam. Ist einem aber einmal bewußt, daß es auch in der frühen indischen Geschichte, vermutlich in der mesopotamischen, auch in der der Perser, der der Zulus und anderer in früher Zeit Volksversammlungen gegeben hat, die aber dem Prozeß

der Kulturbildung zum Opfer fielen, so lernt man daraus, daß das Vorhandensein von Volksversammlungen in früher Zeit offenbar nichts so Besonderes ist. Und das, was man an den Griechen eigentlich erklären muß, ist nicht, daß sie in früher Zeit eine Volksversammlung hatten, sondern daß sie sie im Prozeß ihrer Kulturbildung bewahren und dann immer weiter ausbauen konnten. Schon um die eigenen Fragen richtig stellen und beantworten zu können, braucht man also in dieser Hinsicht — wie in vielen anderen — den Blick weit über die Grenzen hinaus. Das ist im großen überall der Fall, wo es um die Erklärung der Besonderheit europäischer Kultur geht. Eine solche Erklärung brauchen wir nicht nur für uns selbst, sondern auch, um uns heute im Rahmen der andern Kulturen der Welt zu verstehen und verständlich zu machen.

Damit ist zugleich klar, daß im Horizont unserer so sehr zusammenwachsenden Welt die Besinnung auf die eigene antik-abendländische Geschichte (und deren Vermittlung an die Schüler in weitem zeitlichem Rahmen!) neuerdings wichtig wird.

Aber es ist auch offensichtlich, daß wir damit in größte Schwierigkeiten geraten. Wie will man das bewältigen? Ohne der weiteren Diskussion vorzugreifen, kann man, scheint mir, nur sagen, daß wir neben vielerlei Kenntnissen und neben der Fähigkeit der sehr genauen methodischen Behandlung einzelner Probleme sowie derjenigen, bewußt und reflektiert Synthesen herzustellen, auch diejenige eines vorsichtigen und zugleich mutigen Um-Sich-Schauens einüben müssen, eines gewissen Grenzgängertums. Daß dahinter eine weitaus stärkere Zusammenarbeit über Disziplinergrenzen hinweg stehen muß, versteht sich von selbst.

V. Vergleich und „historische Sachkunde“

Ein besonderer Reiz dieser Ausweitung des historischen Horizonts besteht in der damit sich eröffnenden Möglichkeit des Vergleichs. Ohnehin scheint mir der Ausbau der Methode des Vergleichs zu den wesentlichen Aufgaben heutiger Geschichtswissenschaft zu gehören. Ob das die Griechen sind, deren Demokratie, deren Weise, Mensch zu sein, in ihrer Eigenart (und Fremdheit) erst wirklich einsehbar wird, wenn man sie explizit gegen die moderne und gegen frühere Hochkulturen setzt, oder die Rolle unserer Parteien, die erst wirklich deutlich wird, wenn man sie gegen Parteiungsarten setzt, welche es nicht erlauben, die alltägliche Interessenvertretung mit der Ausfechtung der Grundfragen des Gemeinwesens in einer und derselben Gruppierung zu erledigen — wir haben hier noch sehr viele Erkenntnisse zu erzielen, gerade im Dienste einer

Orientierung über uns selbst und unsere Gesellschaft. Wieviele Entdeckungen sind zu machen, wenn man die Frage gründlich und umfassend stellt, die heute zu den wichtigsten gehört: die Frage nach der Eigenart der verschiedenen Kulturen, die dann so wichtig wird, wenn uns unsere eigene Eigenart diskutabel und in vieler Hinsicht fremd geworden ist; besonders wenn sie sich in Auseinandersetzung befindet mit der Eigenart anderer Kulturen. Und wieviele Entdeckungen sind möglich, wenn man einmal uns vertraut scheinende Kulturen, wie etwa die Antike, konsequent als fremd zu betrachten sich angewöhnt! Zu all dem ist ein methodisch gegründeter Vergleich unerlässlich.

Letztlich müßte sich daraus so etwas wie eine historische Sachkunde ergeben: eine Kenntnis vom Menschen und seinen Möglichkeiten, von Institu-

tionen, von Recht und Religion und ihrem Verhältnis zueinander sowie von vielem anderen mehr. Eine solche historische Sachkunde werden wir künftig um so mehr brauchen als sich der Umbruch

unserer Zeit stärker auswirkt und bewußt wird. Und die Bedeutung der Geschichtswissenschaft wird nicht zuletzt darin bestehen, daß sie hier etwas zu bieten hat.

VI. Jüngere deutsche Geschichte

Schließlich ein letzter Punkt. Er steht etwas außerhalb dieser eher aufs allgemeine — und auf die allgemeine Geschichte gerichteten — Betrachtung. Denn er betrifft unsere jüngste Geschichte und deren Vorgeschichte. Und er ist angeregt von den Auseinandersetzungen der letzten Jahre, die nun unter dem Namen „Historiker-Streit“ in unsere Geschichte einzugehen im Begriffe sind. In diesem Streit ist nicht über Fakten gestritten worden. Denn über den verbrecherischen Charakter des NS-Regimes, über das Ausmaß und die Entsetzlichkeit der Verbrechen sind alle einig gewesen; einig auch in deren Verurteilung und im nachwirkenden Leiden daran. Umstritten war „nur“ die Einordnung dieser Verbrechen in die Geschichte und die Weise ihrer Fortwirkung in der Erinnerung sowie die Weise unseres Umgangs damit. Diese Fragen haben, wie man weiß, zu einer überaus heftigen Auseinandersetzung geführt. Sie sind also offensichtlich von größter Bedeutung. Und man kann das nicht anders erklären als damit, daß Geschichte — speziell ein solches Stück Geschichte — noch heute aufs stärkste bestimmend für eine Gesellschaft sein kann, die, aus welchen Gründen auch immer, weitgehend dazu bereit war, sich der Erinnerung an diese Geschichte auszusetzen.

Damit stellt sich das Problem der Geschichtserinnerung. Mithin liegt es nahe, ein in der historischen Forschung auch sonst geübtes Verfahren in diesem Punkt zu praktizieren: Nämlich auch diese Frage in den verschiedenen Teilen der Geschichte durchzuspielen. Damit man Beispiele hat für die Möglichkeiten der Geschichtserinnerung — und am Ende dann hoffentlich ein Sachwissen über diese bislang wenig oder jedenfalls nicht in solch einem Horizont diskutierten Fragen erlangt. Die Ergebnisse müßten von großem Interesse sein. Auch hier wäre manch ein Vergleich möglich — auch wenn am Ende vermutlich herauskommt, daß noch nie eine Gesellschaft mit ihrer Geschichtserinnerung vor einer solchen Problematik gestanden hat.

Andererseits stellt sich in Hinblick auf die Vorgeschichte des NS-Regimes die Frage des „deutschen Sonderwegs“ neu. Man wünschte sich insbesondere, daß die Auseinandersetzung zwischen denen, die das NS-Regime primär in der deutschen Geschichte, und denen, die es primär im 20. Jahrhundert, im „Zeitalter der Ideologien“ verwurzelt sehen, offen ausgetragen würde; das heißt, daß man in dieser Hinsicht nicht mehr nur These gegen

These stellt. Und das gleiche gilt für einen speziellen Teil der Vorgeschichte, der sich während des Bismarck-Reichs abspielte und in dem man nicht nur einerseits die Eigenarten der damaligen Sozialgeschichte und andererseits die möglichen Determinationen deutscher Politik durch die machthegeographische Situation ausgeführt sehen möchte. Man wünschte sich vielmehr auch in diesem Punkt eine Auseinandersetzung, die das Ganze des Problems zu klären vermöchte.

Um es zu wiederholen: Es geht bei all dem, was ich vortrug, nur darum, im breiten, vielfältigen Strom der Forschung bestimmte, mir heute besonders wichtig erscheinende Probleme zu akzentuieren. Nicht dagegen wollte ich irgendeine Tendenzwende behaupten oder gar postulieren. Sie könnte sich, wie die Dinge stehen, nur gegen die sozialwissenschaftlich orientierte Richtung der Geschichtswissenschaft wenden. Dazu besteht weder Anlaß noch scheint irgendwo ein intellektuelles Rüstzeug bereitzuliegen, um einen solchen Angriff aussichtsreich führen zu können. Worum es geht, ist vielmehr, die Geschichtswissenschaft nach vorn zu treiben, durch die Integration neuer Fragestellungen und Methoden sowie die Ausweitung des Gesichtswinkels. Die methodische Bewußtheit der Verfechter einer Geschichte als Sozialwissenschaft kann dafür nur dienlich sein, auch wenn manche der Konsequenzen, die diese dabei ziehen, einseitig oder fragwürdig sein mögen; auch wenn sie manche Beengtheit mit sich bringen mag, die man aufbrechen sollte; auch wenn viele ältere Ansätze damit keineswegs widerlegt sind. Jede Zeit erlebt die Geschichte anders, von allem sollte etwas in das Wissen der Historiker eingehen und weitergeführt werden. Nicht zuletzt darin besteht der Fortschritt ihrer Wissenschaft.

Es gibt also sehr viele Aufgaben; und gewiß werden andere zugleich weitere Notwendigkeiten sehen, die hinter den genannten nicht unbedingt zurückzustehen haben. Aufgaben, deren sich die Historiker sehr wohl bewußt sein sollten — um jedenfalls ein gewisses Korrektiv zu haben, einen Maßstab, der es ihnen in ihrer Forschungsplanung dringlich erscheinen lassen sollte, sich immer wieder die Frage nach wichtig und unwichtig vorzulegen. Es ist zugleich die Frage nach der Wichtigkeit historischer Forschung und historischer Lehre sowie des Schulfachs Geschichte in unserer Zeit.

Niemandsland Mitteleuropa

Zur Wiederkehr eines diffusen Ordnungskonzepts

Wer könnte leugnen, daß sich im vergangenen Jahrzehnt die Konturen des internationalen Systems verändert haben? Wachsende Interdependenz und wachsende Regionalisierung in verschiedenen Maßstäben sollten in diesem Veränderungsprozeß nicht als widersprüchlich, sondern als komplementär gedeutet werden. Auch heißt Interdependenz keineswegs, daß alle von ihr betroffenen Akteure in gleichem Maße von anderen abhängig sind – Interdependenz ist meist asymmetrische wechselseitige Abhängigkeit. Und Regionalisierung bezeichnet kein Ausscheren aus solchen wechselseitigen Abhängigkeiten, vielmehr den Ausbau von Sub-Zentren für wirtschaftliche, politische oder kulturelle Entscheidungen, wobei diese Sub-Zentren mit den Ober-Zentren stets rückverbunden bleiben.

Die Disziplin der Internationalen Beziehungen hat Richtung und Dynamik dieser Veränderungen in ihren strukturellen Zusammenhängen zu beschreiben und zu analysieren versucht¹⁾. Dies geschah zwangsläufig auf einem so hohen Abstraktionsniveau, daß in der Alltagsdebatte politisch interessierter und oft auch politisch besorgter Bürger wenig davon Eingang gefunden hat. In diesen Debatten hat sich unterdes die Vorstellung verbreitet, daß die nach 1945 gewachsene bipolare Weltordnung an Gestaltungskraft mehr und mehr verloren hat. Neue Ordnungskonzepte für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die Sicherheitspolitik und

viele andere Politikfelder in den internationalen Beziehungen kündigen sich an. Die Perspektiven bleiben allerdings unklar und diffus; Wunschdenken und geschichtsphilosophisch inspirierte Spekulationen überlagern häufig nüchterne und systematische Analysen. Dies alles drückt zugleich auch eine Grundstimmung aus, daß man nämlich in einer Übergangszeit lebt.

Unsere Ausgangsthese ist, daß die Konzeption eines mitteleuropäischen Ordnungssystems, das die Nachfolge des im Ost-West-Konflikt geteilten Europas antreten kann (soll?, wird?), ein solches diffuses Ordnungskonzept ist, ohne empirische Basis, aber saugfähig wie ein Schwamm für die unterschiedlichsten Hoffnungen und Träume. Mitteleuropa fungiert als Begriffsleinwand, auf die jeder Hobby-Politiker, aber natürlich auch der ultra-geschickte Polit-Taktiker, seine politischen Wünsche projizieren kann. Das wäre nicht weiter beachtenswert, wenn durch den sich bündelnden Mitteleuropa-Enthusiasmus nicht gleichzeitig Erwartungen geweckt würden, die nur in Enttäuschungen münden können. Das Wechselbad von übertriebenen Hoffnungen, Illusionen und Wunsch-Antizipationen sowie von Enttäuschungen, Frustrationen und Versagungen stellt aber seinerseits einen politischen Faktor dar, denn es kann zum Anstieg des Irrationalismus-Pegels in der politischen Auseinandersetzung führen.

I. Europa zwischen Ost und West

Vorgeordnet ist allen Mitteleuropa-Konzepten der Topos eines Europas zwischen Ost und West²⁾. In diesem Topos verbinden sich auf problematische Weise geopolitische mit geistesgeschichtlichen, selbstbewußt-auftrumpfende mit quietistischen Vorstellungen über Europa und seine Rolle in den internationalen Beziehungen. Aus der Not, Europa

geographisch-politisch eindeutig zu bestimmen, macht dieser Topos eine Tugend und setzt für die beiden inhaltlich unbestimmten Abgrenz-Begriffe nach Baukasten-Prinzip die passend erscheinenden Bezugs-Signalwörter ein: Europa zwischen den USA und der UdSSR, zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zwischen (gleichermaßen verachteter) Cola- und Wodka-Kultur.

Substrat dieser Europa-Vision ist ein vages Bewußtsein von der historischen Bedeutung Europas für die Entstehung und Entwicklung der modernen Welt. Die Weltmächte USA und UdSSR werden als Erben Europas wahrgenommen. Zu gewissen Zeiten – etwa in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg – wurden aus diesem Wahrnehmungsmuster kultur- und zivilisationskritische Prognosen über

¹⁾ Vgl. als ausgezeichnetes deutschsprachiges Beispiel: Walter L. Bühl, *Transnationale Politik. Internationale Beziehungen zwischen Hegemonie und Interdependenz*, Stuttgart 1978.

²⁾ Paradigmatisch dazu: L. Reinisch (Hrsg.), *Dieses Europa zwischen West und Ost. Eine geistige und politische Ortsbestimmung*, München 1982; abheben davon wollen wir aber die sorgfältige historische Studie von A. W. DePorte, *Europe between the Superpowers. The Enduring Balance*, New Haven-London 1979.

den weiteren Verfall Europas abgeleitet. Sie fanden – etwa im Fall von Spenglers „Untergang des Abendlandes“ – große Resonanz und tauchen sporadisch auch heute wieder auf. Es gibt indes auch eine trotzig-optimistische Ableitung, nach der Europa unter bestimmten Voraussetzungen mit den beiden Weltmächten gleichziehen kann und viele Länder in ärmeren Regionen zu ihrem Vorteil von Europa lernen sollten.

Historisches Bewußtsein kann als politischer Faktor vor allem dann wirksam werden, wenn es hinreichend unpräzise bleibt. Exakte historische Kenntnisse können nämlich demobilisierend wirken. Insofern nimmt es auch nicht wunder, daß die Anhänger einer fiktiven gesamt-europäischen Identität nicht allzu viel Details von der blutigen und zu großen Teilen haßerfüllten Geschichte inner-europäischer Beziehungen zur Kenntnis nehmen wollen.

Ohnehin ist die „Europa-zwischen“-Vorstellung auf die Zukunft ausgerichtet. Sicherheitspolitisch und kulturpolitisch wird von der Notwendigkeit zur „Selbstbehauptung Europas“ gesprochen. Hinter dieser Formel verbirgt sich der Gedanke, daß der

von den USA und der UdSSR seit 1945 globalisierte bipolare Ost-West-Konflikt überwunden werden muß, wozu die Zeit jetzt gekommen sei, und daß im Rahmen der Struktur eines internationalen Systems der Zukunft Gesamt-Europa die Chance erhalten wird, zu einem eigenständigen Akteur zu werden.

Eine Fokussierung des Blickfeldes unter Beibehaltung des Abgrenzungsmodus nach zwei Himmelsrichtungen ergibt den Brennpunkt *Mitteleuropa*. Auch für dieses Gebilde gibt es, was die allgemeine Diskussion befördert, keine klare Definition. Von Arnulf Baring stammt die ironische Beschreibung von Mitteleuropa als jenem Stück Europas, „das geographisch im Zentrum, kulturell im Westen und politisch im Osten liegt“³⁾. Mitteleuropa ist ein Emporkömmling unter den politischen Mythen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Das Wort evoziert zahlreiche historische Ereignisse, denen das Flair der „verpaßten Gelegenheit“ übergestreift werden kann; es setzt sich ab von der technokratisch-bürokratischen Atmosphäre, die inzwischen Westeuropa in seinem mühseligen Integrationsprozeß umgibt, es trifft auf eine Gemütslucke⁴⁾.

II. Rückblick auf Friedrich Naumann

Wenn ein Politiker das Wort Mitteleuropa im Munde führt, schreibt Peter Glotz kokett, wittern die Rechten Verrat am Westen und die Linken die Auferstehung Friedrich Naumanns⁵⁾. So ganz dürfte das nicht stimmen, weil die Rechten selber über Mitteleuropa reden; und wer denn – „links“ wie „rechts“ – hat das seinerzeit berühmte, in der ersten Auflage 1915 erschienene Buch „Mitteleuropa“ von Friedrich Naumann wirklich gelesen?

Von all den verschiedenen Mitteleuropa-Vorstellungen, die aus dem Geist des 19. Jahrhunderts geboren wurden, erfuhr die von Naumann die nachhaltigste Resonanz, weil sie im Kontext der imperialistischen Rivalitäten Europas, die im Ersten Weltkrieg explodierten, so etwas wie ein moderates Programm für den als völlig legitim erachteten deutschen Imperialismus darstellte. „Der Inhalt dieses Krieges“, schrieb Naumann 1915, „ist die Bildung des Geschichtskörpers Mitteleuropa und sein Kampf um die Anerkennung im oberen Rat der allergrößten Mächte . . . Gleichzeitig ist es aber eben ein Kampf darum, welche Nationalstaaten

stark genug gewachsen sind, um international auftreten zu können. In diesem Sinne treiben wir nationale Weltpolitik . . . Wir beanspruchen, internationale Macht zu sein . . . Als internationale Macht reichen wir den kleineren mitteleuropäischen Völkern die Hand und schlagen ihnen vor, den Gang in die Zukunft mit uns zu wagen und nicht mit den Engländern und nicht mit den Russen.“⁶⁾

Der Anspruch, „nationale Weltpolitik“ betreiben zu können, besaß in Naumanns Augen uneingeschränkte Legitimität, und Bedenken dagegen aus einer moralischen Attitüde heraus würde er – wie die meisten seiner Zeitgenossen – nicht verstanden haben. Auf der anderen Seite sind weder drastische noch moderate imperialistische Kriegsziele⁷⁾ ohne – aus heutiger Sicht – eigenartige historisch-moralische Drapierungen ausgekommen. Naumann konstruierte sein unter deutscher Vorherrschaft stehendes Mitteleuropa z. B. auf der Basis eines noch zu entwickelnden mitteleuropäischen Menschentyps, der in der Mitte zwischen

³⁾ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. 10. 1986.

⁴⁾ Vgl. Karl Schlögel, *Die Mitte liegt ostwärts. Die Deutschen, der verlorene Osten und Mitteleuropa*, Berlin 1986; E. Busek/G. Wilfinger (Hrsg.), *Aufbruch nach Mitteleuropa. Rekonstruktion eines verlorenen Kontinents*, Wien 1986; die Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ widmete 1986 Mitteleuropa zwei Themenhefte (H. 7 und H. 9).

⁵⁾ Rheinischer Merkur/Christ und Welt vom 31. 10. 1986.

⁶⁾ Friedrich Naumann, *Mitteleuropa*, in: *Werke*, Bd. IV, Köln-Opladen 1964, S. 551; vgl. auch Henry Cord Meyer, *Mitteleuropa in German Thought and Action 1815–1945*, The Hague 1955.

⁷⁾ Wir arbeiten hier nicht mit dem ausgewaschenen Imperialismus-Begriff dieser Tage, sondern mit einem historisch eindeutig definierten: siehe Wilfried von Bredow/Rudolf Horst Brocke, *Einführung in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen*, Stuttgart 1981, S. 24 ff.

Russen und Franzosen, Türken und Engländern angesiedelt sein sollte.

Das historische Bewußtsein dieser Generation führte schließlich auch Naumann in die Gefilde politischer Alltags-Mythologie: „Gehen unsere Söhne bloß deshalb zusammen in den Tod, weil sie einen geschriebenen Vertrag haben, oder ist es mehr? Ballten sich nicht die Wolken am Himmel über den Karpathen und über Antwerpen, als ob sich uralte Rosse und Reiter zu grüßen suchten? Das alles war schon einmal ein Reich!“ Uralte Rosse sind kein gutes Kriegsmaterial, zunächst aber beflügeln sie die Einbildungskraft: „Dieses Reich ruckt und stößt jetzt im Weltkriege unter der Erde, denn es will nach langem Schlafe gern wieder kommen.“⁸⁾

Naumanns Mitteleuropa – zwischen Ost und West, was damals hieß: zwischen Russen und Engländern⁹⁾ – war in eine Reichsperspektive eingebettet, die eben nicht nur „Reich“ als modernes Empire verstand, sondern als Wiedergeburt des alten Römischen Reiches deutscher Nation unter den Bedingungen des frühen zwanzigsten Jahrhunderts. Zu diesen Bedingungen gehört die Kraft der verschiedenen Nationalismen als militante Großgruppen-Ideologien. Nur gegenseitige nationale Akzeptanz und gemeinsame Kooperation könnten die Einheit Mitteleuropas sichern. „Wie schön wäre es für uns, die Tschechen zu Deutschen zu machen, wenn es ginge! Aber es geht einfach nicht!“¹⁰⁾

Zweckgerichtet, aber in der Sache nicht weit von Naumann entfernt, auch wenn er ihn kritisiert, formulierte der Historiker Hermann Oncken das Programm „Mitteleuropa“. Für ihn besteht es in einem von außen (wieder genannt: England und Rußland) zusammengeschweißten Bündnissystem, das auf wirtschaftlichen Interessen und einem gleichgerichteten kulturellen Selbstbewußtsein der Völker in diesem Raum beruht. „Die von uns geführte Mächtegruppe . . . würde eine weltpolitische Betriebsgemeinschaft darstellen, stark und widerstandskräftig genug, um neben einer angelsächsischen, einer rus-

sischen und einer japanisch-chinesischen Weltaufteilung dauernd zu Worte zu kommen.“¹¹⁾

Diese Perspektive haben sich dann die Nationalsozialisten angeeignet. In ihrer Rhetorik wollten sie die geschichtliche Entwicklung dort aufnehmen, „wo sie vor 700 Jahren unter den Staufern fallen gelassen wurde. Es ist die Politik, die dem deutschen Volk als dem Volk der europäischen Mitte und dem deutschen Reich als dem politischen Mittelpunkt Europas die Aufgabe zumißt, im mitteleuropäischen Raum eine planmäßige politische Ordnung herzustellen.“¹²⁾ Zugleich verbreiterte sich die nationalsozialistische Kriegsziel-Programmatik und griff im Namen nicht nur Mitteleuropas, sondern ganz Europas auf die gesamte Welt aus: „Europa kann seine Weltstellung nur dann behaupten, wenn es mit gewollter Einigkeit an diese Aufgabe herantritt und im Innern ein gesundes Gefüge und einen politischen Aufbau aufweist, der es zu solcher größeren Kraftleistung fähig macht. Ein solcher gesunder Aufbau in Europa wäre aber niemals zu erreichen, wenn die Mitte des Erdteils ausgeschaltet würde, wenn ein starkes deutsches Reich fehlte.“

An dieser Stelle ist vielleicht eine Zwischenbemerkung fällig. Kontinuität und Diskontinuität deutschen politischen Denkens in den letzten beiden Jahrhunderten läßt sich nicht in simple Schemata pressen, wie sie u. a. Georg Lukács benutzt hat¹³⁾. Auch treffen Urteile wie das, wonach bestimmte Ideen sich wegen ihrer Einverleibung durch den Nationalsozialismus ein für allemal diskriminiert hätten, daneben. Aber das gilt auch für das entgegengesetzte Urteil, wonach solche Ideen, Konzepte usw., die „Hitler beschmutzt hat“¹⁴⁾, einfach nur einer ‚chemischen Reinigung‘ unterzogen werden müssen, um wieder makellos dazustehen. Der Nationalsozialismus war weder ein „Betriebsunfall“ der deutschen Geschichte, noch ihr „innerer Wessenzug“.

politik im Zeitalter Bismarcks und im Zeitalter des Weltkrieges. Gotha 1917. S. 148.

¹²⁾ Theodor Mayer, Deutschland und Europa, Marburg 1940, S. 21 f., das folgende Zitat dort auf S. 22.

¹³⁾ Georg Lukács, Die Zerstörung der Vernunft, Werke, Bd. IX, Neuwied-Berlin 1962; ein kluges, aber ganz falsches Buch.

¹⁴⁾ So Peter Glotz, Zur Rettung des Begriffs Mitteleuropa, in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt vom 31. 10. 1986.

⁸⁾ Friedrich Naumann (Anm. 6), S. 533 und S. 578.

⁹⁾ Die Sowjetunion und die USA nehmen im gegenwärtigen Ost-West-Konflikt natürlich mehr und andere Funktionen wahr, als es damals Rußland und das Vereinigte Königreich taten.

¹⁰⁾ Friedrich Naumann (Anm. 6), S. 578.

¹¹⁾ Hermann Oncken, Das alte und das neue Mitteleuropa. Historisch-politische Betrachtungen über deutsche Bündnis-

III. Die Wiederkehr der Geopolitik

Der als Außenseiter der Zunft auf subtile Weise historische und zeitkritische Betrachtungen miteinander verknüpfende Publizist Sebastian Haffner hat vor nicht langer Zeit bemerkt: „Der wirklich einschneidende Einschnitt und Umbruch, den das Jahr 1945 in der deutschen Geschichte bewirkt hat, ist nicht so sehr innenpolitisch als außenpolitisch; wenn das Wort nicht verpönt wäre, könnte man sagen: geopolitisch . . . Das Deutsche Reich Bismarcks war ein Reich der Mitte, und es war eine Großmacht. Die Bundesrepublik ist keine Großmacht mehr. Das sieht jeder, aber sie ist außerdem kein Reich der Mitte mehr, sondern ein Grenz- und Randstaat.“¹⁵⁾ Über diese Bemerkungen ließe sich lange debattieren, z. B. über die Frage, ob der Begriff „Großmacht“ nicht einen Bedeutungswandel durchgemacht hat, der seinen umstandslosen Gebrauch eigentlich nicht weiter zuläßt (denn die Bundesrepublik Deutschland ist, um diesen Gedanken fortzusetzen, in mancher Beziehung sehr wohl eine Großmacht, in anderen aber nicht). Und stimmt es eigentlich, daß das Wort und die Sache „Geopolitik“ wirklich verpönt sind? Viele jüngere Politologen können sich beispielsweise darunter kaum etwas vorstellen.

Geopolitik ist als die Lehre von der Erdgebundenheit politischer Aktionen, insbesondere von Staaten definiert worden¹⁶⁾. Sie begann kurz nach der Jahrhundertwende zu florieren, übrigens keinesfalls nur in Deutschland. Halb Ideologie, halb positivistisch-systematische Wissenschaft, hat die Geopolitik als selbsternannte Lehrmeisterin der (Außen-)Politiker deren Augenmerk auf die vom Territorium und seinen Eigenschaften ausgehenden Bestimmungsfaktoren politischen Handelns gelenkt, auf Bodenbeschaffenheit und klimatische Einflüsse, verkehrsgeographische Bedingungen, Grenzverläufe, Bevölkerungsentwicklung und -wanderungen usw. Die Geopolitik wurde in Deutschland vor allem von Karl Haushofer „zu einem antiwestlichen Substitut einer Lehre internationaler Politik“ ausgebaut¹⁷⁾. Weil sie darüber

nachhaltig in den Sog des Nationalsozialismus geriet, wurde sie nach 1945 in der Tat „verpönt“, jedenfalls in der Bundesrepublik Deutschland, wohingegen sie in anderen Ländern von berühmten Repräsentanten der Disziplin der Internationalen Beziehungen — wie z. B. von Raymond Aron — in ihrem begrenzten Erkenntniswert durchaus akzeptiert blieb. Nur eben: geopolitische Betrachtungsweisen besitzen einen sehr eingeschränkten Erkenntniswert. Und wenn es verdächtig beflissen gewesen ist, die Geopolitik insgesamt zu verpönen, so ist es gegenwärtig genauso problematisch, sie als Königsweg zur Erlangung tieferer Einsichten in den Gang und die Kräfte internationaler Politik benutzen zu wollen.

Das tun bis jetzt zwar nur wenige. Aber insgesamt läßt sich doch deutlich ausmachen, daß in der Mitteleuropa-Debatte geopolitische Argumente eine neue Aura bekommen haben. Diese Aura umglänzt in erster Linie Begriffe wie „Mitte“ oder „Mittellage“, bei denen es ja auch verführerisch ist, tugendhafte Assoziationen zu haben. So greifen General a. D. Jochen Löser und Ulrike Schilling den Satz von Bundespräsident Richard von Weizsäcker auf, die Mitte könne niemals Grenze sein, und schlagen vor, „das europäische Zentrum schrittweise aus den Blöcken herauszulösen und auf eine neue politische Grundlage zu stellen“. Dabei lassen sie sich von der Überzeugung leiten, daß die zwischen Frankreich und der Sowjetunion lebenden Mitteleuropäer immer stärkere gemeinsame Interessen entwickelt haben und weiter entwickeln werden. Eine neutrale Konföderation souveräner Staaten würde sich so als Europas Mitte stabilisieren und folgende Länder umfassen: die Beneluxstaaten, die Bundesrepublik, die DDR, die ČSSR, Polen, Österreich, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien. Die Bundesrepublik Deutschland würde sich in dieser Konstellation nicht vom Westen ab- und zum Osten hinwenden, „sondern im Verbund mit den mitteleuropäischen Nachbarn zu einem festen geopolitisch begründeten Standort“ streben¹⁸⁾.

¹⁵⁾ Sebastian Haffner, *Im Schatten der Geschichte*, München 1985, S. 177.

¹⁶⁾ Vgl. Richard Henning, *Geopolitik. Die Lehre vom Staat als Lebewesen*, Leipzig-Berlin 1931², S. 9.

¹⁷⁾ Dan Diner, *Imperialismus, Universalismus, Hegemonie. Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie in der Weltge-*

sellschaft, in: I. Fetscher/H. Münkler (Hrsg.), *Politikwissenschaft. Begriffe — Analysen — Theorien. Ein Grundkurs*, Reinbek 1985, S. 355.

¹⁸⁾ Jochen Löser/Ulrike Schilling, *Neutralität für Mitteleuropa. Das Ende der Blöcke*, München 1984, S. 203; das vorausgegangene Zitat ebd., S. 9.

IV. Mitteleuropäischer Kultur-Pluralismus

Argumentieren die hauptsächlich auf die Sicherheitspolitik blickenden Anhänger von Mitteleuropa-Konzepten wieder mit den alten Formeln der Geopolitik, so beziehen sich viele der an solchen Konzepten interessierten Intellektuellen mehr auf die kulturellen Aspekte Mitteleuropas. Hier kann man mehrere einander überlagernde Kultur-Kreise ausmachen. Für Peter Glotz könnten die drei deutsch-sprachigen Staaten Bundesrepublik, DDR und Österreich — jedes von ihnen sicherheitspolitisch anders einzuordnen — ein Beispiel geben, denn „eine enge Beziehung unserer tief verwandten Kulturen, enge wirtschaftliche Kontakte und ein gemeinsames Eintreten für Abrüstung in Mitteleuropa kann diesen drei Staaten niemand verargen“¹⁹⁾.

Aus einer ganz anderen Perspektive wird die Besinnung auf Mitteleuropa in den osteuropäischen, genauer: den ostmitteleuropäischen Ländern, von denjenigen aufgenommen, die sich von den dort herrschenden gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen unterdrückt fühlen. So griff der 1986 mit dem Erasmus-Preis ausgezeichnete Vaclav Havel in seiner Dankrede²⁰⁾ das Thema „Europa“ auf, wobei er das Zukunftsbild eines „Weltteils der freundlichen Zusammenarbeit unabhängiger und gleichberechtigter Nationen“ entwarf. Havels Ausführungen sind als Appell zu verstehen, die politische und kulturelle Repression in der Tschechoslowakei, in Polen, Rumänien und Ungarn nicht zu verdrängen. Nicht die block-geteilte Nachkriegsentwicklung, sondern die historischen Verbindungen der europäischen Staaten sollen zum Fundament europäischer Politik gemacht werden. „Worum es geht“, sagte Havel, „ist . . . das unauffällige, je weniger ideologische, desto tiefer und innerlicher gefühlte, alltäglich wirksam geäußerte und so fest wie möglich in den Seelen und Herzen der Völker verwurzelte Bewußtsein von der Einheit unseres Schicksals“.

Die Sprache dieses Appells bedient sich un- oder vopolitischer Worte. Zum Teil dürfte das darauf zurückzuführen sein, daß direkte politische Aufrufe für die Dissidenten in diesen Ländern sehr ‚kostspielig‘ sind. Zum anderen Teil jedoch legt die Natur der Sache eine solche Sprache auch nahe — es geht um Gefühle, Erinnerungen, wohl auch um eine verklärte Vergangenheit, aus der man Trost und Zuspruch ableiten möchte. Auf der Oberfläche erscheint das gar als anti-politisch. Der in diesen Fragen besonders engagierte ungarische Schriftsteller und Soziologe György Konrad ist dementsprechend auch als Verfasser einer „Anti-Politik“ be-

kannt geworden. Was Mitteleuropa betrifft, so möchte Konrad allerdings aus der „kulturellen Erinnerung“ eine politische Perspektive gewinnen. Weil die „Völker Mitteleuropas“ die ost-westliche Teilung Europas nicht wollen, kann sie auf die Dauer auch nicht bestehen bleiben. In einem phantasievoll-futurologisch ausgemalten Bild der Zukunft sieht Konrad ein pluralistisch organisiertes Eurasien entstehen, das von Verhältnissen geprägt sein wird, die politisch, ökonomisch und kulturell stabilisiert werden, nicht aber militärisch²¹⁾. Die Erinnerung an die historischen Bande Europas wird zum Ausgangspunkt einer Perspektive, die sich von den gegenwärtigen Verfestigungen weitgehend gelöst hat. Konrad beurteilt die Integration Westeuropas negativ: „Vereinigte Staaten Westeuropas sind nicht möglich. Möglich sind nur Vereinigte Staaten Europas.“

Konrads Motive, den Mitteleuropa-Topos aufzugreifen, sind von seiner system-oppositionellen Haltung geprägt, aber auch von einem ungarischen Nationalgefühl grundiert. In einer emphatischen Passage seiner „mitteleuropäischen Meditationen“ kommt das deutlich zum Ausdruck: „Ja, wir wollen uneingeschränkte Selbstbestimmung, uneingeschränkte Demokratie und uneingeschränkte Redefreiheit . . . Jawohl, die russischen Truppen sollen nach Hause gehen. Jawohl, wenn die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Lage bedeutet, daß die Russen hier sind und die militärische Diktatur vermutlich installieren und anordnen, dann lehnen wir die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Realität ab . . . Wir können nicht weniger wollen als das, was in den entwickelten Demokratien bereits vorhanden ist. Eine Revolution kann uns nicht ans Ziel bringen. Stufenweise Reformen können uns nicht ans Ziel bringen.“²²⁾

Im Westen Europas findet die von den intellektuellen Dissidenten Ostmitteleuropas formulierte Sehnsucht nach dem kulturelle und politische Freiheit verheißenden Mitteleuropa nur ein gedämpftes Echo. Konrad, Kundera (der im Westen lebt), Havel und andere werden in der Bundesrepublik Deutschland nur in kleinen Zirkeln mit ihren politischen Äußerungen rezipiert. Das liegt vor allem daran, daß hierzulande die Mitteleuropa-Debatte zum Ersatz der inner-deutschen Debatte, die nicht recht vorwärts gekommen ist, wurde und allenfalls Österreich in die Betrachtung miteinbezieht.

In einem anderen westeuropäischen Land scheinen die ostmitteleuropäischen Überlegungen aus den

²¹⁾ György Konrad, Jalta und der Frieden in Europa, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, (1986) 7, S. 594–598.

²²⁾ György Konrad, Antipolitik. Mitteleuropäische Meditationen, Frankfurt 1985, S. 53 f.

¹⁹⁾ Peter Glotz, Zum Inhalt, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, (1987) 10, S. 866.

²⁰⁾ Abgedruckt in: FAZ vom 14. 11. 1986.

Kreisen der Dissidenten auf stärker werdende Resonanz zu stoßen — in Frankreich. Frankreich, der europäische Westen par excellence, ist durch die sicherheitspolitischen Kontroversen um die Mittelstreckenraketen und ihre Stationierung in der Bundesrepublik Deutschland erneut auf seine direkte und indirekte Einbeziehung in mitteleuropäische Angelegenheiten aufmerksam geworden. Außerdem haben sich in der politischen Kultur der Pariser Intellektuellen (einer Schicht mit großem Einfluß auf die öffentliche Meinung des Landes) in den siebziger Jahren einige entscheidende Akzente verlagert. Aus dem Abscheu über den „Archipel GULAG“ ist ein größeres Verständnis für die Dissidenten in den Ländern des Warschauer Pakts erwachsen. Außerdem ist „Jalta“ bei der politischen Klasse Frankreichs traditionsgemäß eine Legende mit negativem Vorzeichen. All dies fließt zusammen und hat eine intensivere Neugier auf Mitteleuropa entstehen lassen²³⁾.

Auch das französische Interesse am Mitteleuropa-

Topos begreift sich als kulturell und nur in dem Sinne als (dann allerdings eminent) politisch, daß die Unterdrückung eines kulturellen Pluralismus in Ostmitteleuropa und möglichst auch in der Sowjetunion endlich aufhören muß.

Diese Forderung kann Würde für sich beanspruchen; und gerade im Westen, wo sich die demokratischen Freiheiten als ein leider häufig gar nicht mehr wahrgenommenes Privileg aller Bürger zeigen, kann sich ihr niemand entziehen. Nur muß man zugleich erkennen, daß fast alle der solche Forderungen unterfütternden politischen Lageanalysen von vereinfachten Prämissen ausgehen: Die historischen Bezüge greifen auf ein harmonisiertes Bild von Mitteleuropa zurück, der Ost-West-Antagonismus wird in seiner Tiefendimension unterschätzt und Übergangs-Strategien vom jetzigen Zustand in den gewünschten der Zukunft sind weit und breit nicht zu sehen. Vorläufig enden diese Träume ausweglos.

V. Die zweite Phase der Entspannung

Das große westdeutsche Interesse an einer Fortführung der Ost-West-Entspannung hat den „Winterbruch“, der die Ost-West-Beziehungen zwischen 1979 und 1986 kennzeichnete, überbrückt. Dabei ergab sich eine bemerkenswerte Parallelität dieses Interesses mit entsprechenden Vorstellungen und Hoffnungen der Regime in der DDR und den ostmitteleuropäischen Staaten. Aus der Erfahrung solcher Gemeinsamkeit — Stichwort hierfür wurde der Begriff „Schadensbegrenzung“²⁴⁾ — haben sich in der Bundesrepublik politische Konzepte entwickelt, nach denen es jetzt und in der nahen Zukunft darum geht, eine zweite Phase der Ost-West-Entspannung einzuleiten, die in erster Linie als *europäische* Politik charakterisiert wird. Akteure dieser neuartigen Entspannungspolitik sind nicht mehr in erster Linie die Bündnisse in Ost und West, die ja noch die Brennpunkte im KSZE-Prozeß bildeten, sondern zuvörderst die europäischen Staaten.

Dieser wichtige Wandel der Entspannungs-Konzeption ist in der Bundesrepublik besonders von Politikern und Publizisten im Umkreis der Sozialdemokratie vorangetrieben worden, aber mit einer gewissen Zeitverzögerung ist ihm auch ein Echo in der seit 1982 regierenden Koalition zugewachsen.

wobei die Rolle des außenpolitischen Kontinuitätsfaktors FDP schwer zu beurteilen ist, weil die Entspannungs-Konzeption von Außenminister Genscher sich präziseren Definitionen entzieht. Für die außenpolitischen Geschäfte hat diese Flexibilität der Konturen gewiß ihre Vorteile.

Die europäische Entspannungspolitik lebt nach dem Willen ihrer Vordenker auch von ihrer Distanz zu den „Supermächten“ und konserviert damit in gewissem Sinne jene während der Jahre der großen Demonstrationen gegen die nuklearen Mittelstreckenraketen und ihre Stationierung als griffiges Argument entwickelte „Äquidistanz“ zu den USA und der UdSSR²⁵⁾. „Wenn Europa sich nicht zusammenrafft, wird es kolonialer Terrain-Spielball der Supermächte“, hat Peter Glotz bildhaft geschrieben²⁶⁾ und dabei insbesondere auf die spezifische Betroffenheit der Europäer — vor allem der Mitteleuropäer und der Deutschen — von einer Ost-West-Kriegs-Konstellation gezielt. Die Rekonstruktion Mitteleuropas erscheint in dieser Perspektive auch als Antwort auf den kühl antizipierten Verlust der strategischen Gemeinsamkeit des Westens: „Westeuropa wird nur handlungsfähig, wenn es sich bewußt bleibt, daß es Teil-des gesamten

²³⁾ Vgl. die neue, von Alain Finkielkraut gestaltete Zeitschrift „Le Messager européen“, seit 1987 in Paris erscheinend und programmatisch auf der Suche nach der „Mitte“ des Kontinents Europa.

²⁴⁾ Ursprünglich vom DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker geprägt, reflektiert dieser Begriff bereits die neue Per-

zeption vieler Europäer: die Großen verursachen den Schaden, den die Kleinen dann möglichst beheben müssen.

²⁵⁾ Vgl. Wilfried von Bredow/Rudolf Horst Brocke. *Krise und Protest. Ursprünge und Elemente der Friedensbewegung in Westeuropa*. Opladen 1987.

²⁶⁾ Peter Glotz. in: *Rheinischer Merkur/Christ und Welt* vom 31. 10. 1986.

Europa ist . . . Was ist Europa heute? Ein doppeltes Glacis: das zerrissene Aufmarschgebiet zweier Globalmächte . . . Wir müssen Mitteleuropa zurückgewinnen; zuerst als Begriff, dann als Realität.“²⁷⁾

Der „Heimatkontinent Europa“²⁸⁾ koppelt seine auf dem gemeinsamen kulturellen Erbe und der Schockerfahrung vom „Ende des ideologischen Zeitalters“²⁹⁾ begründete Entspannungs-Sehnsucht vom Konfrontationskurs der Supermächte ab. Das in einem anderen Kontext entwickelte sicherheitspolitische und militärstrategische Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“³⁰⁾ dient hier nur noch als moralische Mahnung an Washington und Moskau. Denn die entscheidend wirksamen Umrüstungsmaßnahmen können nicht von den Bündnis-

sen in multilateralen Ost-West-Verhandlungen eingeleitet werden. „Diesen Beitrag können nur die Deutschen erbringen, denn sie wohnen im gefährdeten Gebiet.“³¹⁾ Unversehens ist damit im sicherheitspolitischen Bereich den Deutschen – und damit zunächst der Bundesrepublik – eine Initiatorrolle zugewiesen worden, eine Rolle, die Peter Glotz auch für die kulturelle Überwindung der „Blockgrenze“ fordert. Der Begriff „Mitteleuropa“ soll so als Instrument der Entspannung eingesetzt werden. Eine chemiewaffenfreie Zone, die die Bundesrepublik, die DDR und die ČSSR umfaßt, ein atomwaffenfreier Korridor in den beiden deutschen Staaten – das sind Perspektiven eines entspannungspolitisch instrumentalisierten Mitteleuropa-Begriffs.

VI. Mitteleuropäische Friedensunion

„Die Deutschen sollten ihre Identität in einem freien Geistesleben, in der friedensstiftenden Universalität des Geistes und der Kultur suchen. Sie sollten eine Mittlerfunktion wahrnehmen, anstatt sich als Exponenten des einen oder anderen Machtblocks zu verdingen.“³²⁾ Dieser charakteristische Ton des scheinbar ein wenig abgehobenen Bildungsbürgers alter Schule unter den prominenten Politikern der Grünen, Otto Schily, hört sich an wie ein endgültiger Abschied vom Nationalstaat als politischer Organisationsform der Deutschen. Im letzten Wort dieser Passage blitzt allerdings eine so kräftige nationalistische Emotion auf, daß man an der Endgültigkeit dieses Abschieds wieder zu zweifeln beginnt.

Gleichviel – Mitteleuropa als Bezugspunkt kultureller, sicherheitspolitischer, wirtschaftlicher und anderer Gemeinsamkeiten bringt auch die beiden deutschen Staaten näher zueinander. Auch wenn die geographische Ausdehnung Mitteleuropas von verschiedenen Autoren ganz unterschiedlich bestimmt wird, kommt es nur selten vor, daß

„Deutschland“ dort nicht auftaucht. So wie Mitteleuropa als Begriff für eine zweite Phase der Entspannung benutzt werden kann, kann es auch, und zwar über sicherheitspolitische Argumentations-Schienen, als Anreiz für eine Umformulierung der deutschen Frage dienen.

Schily und die mitteleuropa-politisch interessierten Grünen halten diese beiden Ebenen aber auf der Oberfläche strikt getrennt. Der von Schily in die Debatte gebrachte Plan einer mitteleuropäischen Friedensunion sieht vor, daß sich Österreich, die beiden deutschen Staaten, die ČSSR, Ungarn, Polen, Belgien und die Niederlande sowie Dänemark zusammenschließen und sich zu einer ABC-waffenfreien Zone erklären, ihre Streitkräfte schrittweise reduzieren, wechselseitige Militärinspektionen zulassen, die kulturelle, wirtschaftliche und politische Kooperation pflegen, in Sicherheitsfragen ständige Konsultationen institutionell festlegen, einen Hilfsfonds für die Dritte Welt beschließen und schrittweise volle Freizügigkeit im Reiseverkehr ihrer Bürger herstellen³³⁾.

Wenn er auch nicht originell ist, so ist Schilys Plan doch repräsentativ für ein auf Mitteleuropa bezogenes Denken, das den Ost-West-Konflikt lediglich als eine Machtblock-Konfrontation der Supermächte versteht. Vorwegnehmend sei daher an dieser Stelle gleich hinzugefügt, daß diese Identifizierung zweier im Grunde gleichartiger Machtblöcke den Boden für eine später einsetzende, allerdings gegenüber herkömmlichen Urteilen seitentauschte Differenzierung vorbereitet, nämlich zwischen den ‚intransigenten‘ USA und der ‚flexiblen‘ UdSSR.

²⁷⁾ Peter Glotz, Deutsch-böhmische Kleinigkeiten, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, (1986) 7, S. 585.

²⁸⁾ Andreas von Bülow auf dem Nürnberger Parteitag der SPD 1986, zit. nach dem Protokoll, S. 346.

²⁹⁾ Vgl. Peter Bender, Das Ende des ideologischen Zeitalters. Die Europäisierung Europas, Berlin 1981.

³⁰⁾ An diesem Konzept arbeitet eine Gruppe von Experten im SPD-nahen Institut für Sicherheitspolitik und Friedensforschung in Hamburg (ISFH); öffentlich vertreten wird es vor allem von Egon Bahr. Internationale Querverbindungen gibt es zur Arbeitsgruppe, die den Bericht der Palme-Kommission erstellt hat.

³¹⁾ Andreas von Bülow auf dem Nürnberger Parteitag 1986 der SPD (Anm. 28), S. 349.

³²⁾ Reden über das eigene Land: Deutschland, München 1984, S. 47.

³³⁾ Ebd., S. 49f.

VII. Die deutsche Frage an Mitteleuropa

Wer die Struktur des Ost-West-Konflikts umdeutet und die substantielle Gegensätzlichkeit seiner Protagonisten leugnet, baut damit zugleich die deutsche Frage als operatives Problem europäischer Politik neu auf.

Mit nicht unerheblicher, wenn auch zwiespältiger Resonanz in der eigenen Fraktion und Partei, vor allem aber mit positivem Echo in zahlreichen rechtsgerichteten Publikationsorganen legte der Bundestagsabgeordnete der CDU Bernhard Friedmann 1986 einen Plan für die Wiedervereinigung Deutschlands vor³⁴⁾, der im Jahr darauf unter dem Titel „Einheit statt Raketen“ auch als Buch publiziert wurde³⁵⁾.

Auch dieser Plan partizipiert an der allgemeinen, von Oskar Lafontaine bis Wolfgang Venohr unbestritten die Debatte einfärbenden anti-amerikanischen Grundstimmung. Wenn die USA sich von den Westeuropäern abkoppeln (für Friedmann ist dafür besonders das SDI-Unternehmen aussagekräftig), dann müssen diese und zumal die Deutschen ihre Sicherheits- und Entspannungspolitik selber in die Hand nehmen. Da die Teilung Deutschlands Ursache der Spannungen in Europa ist³⁶⁾, müßte man zu einem Arrangement kommen, bei dem die „Wiedervereinigung Deutschlands als Sicherheitsgarantie für Ost und West“ wirken soll.

Wie man auch aus der entgegengesetzten Interpretation heraus zu denselben Schlußfolgerungen gelangen kann, zeigt ein Blick in das rege publizistische Schaffen von Wolfgang Venohr. Wie Friedmann *nach* der vertraglichen Eliminierung der SS 20 und Pershing II, so ging Venohr *davor* davon aus, daß die sicherheitspolitische Lage der Bundesrepublik desolat sei. Nach Jahren der Entspannung, die den Europäern suggerieren sollten, daß sich die Weltmächte auf eine längere Phase multilateraler

Kooperation einrichten wollten, zerriß 1979 dieser manipulative Schleier. Mit dem NATO-Doppelbeschluß sei deutlich geworden, „daß auf einem künstlich geschaffenen Zustand des machtpolitischen Status quo kein wahrer Friede geschaffen werden kann“³⁷⁾. Mit den nuklearen Mittelstreckenwaffen hätten sich die Weltmächte ein Instrumentarium zugelegt, mit dem sie die zuvor schon beschlossene Eingrenzung des Krieges auf Europa auch durchzusetzen könnten. Letztlich werde der Atomkrieg in Europa aber auf Deutschland und Mitteleuropa – Begriffe, die Venohr fast bedeutungsgleich benutzt – beschränkt bleiben. Damit aber entfalle das einzig akzeptable Argument für die Aufrechterhaltung der deutschen Teilung, nämlich das eines den regionalen Frieden garantierenden Gleichgewichts.

Die konflikt-bereinigte Historie und Geographie sind für Venohr die einzig tragfähigen Schienen realitätskonformer Politik. „Die Herrschenden in beiden Teilen Deutschlands hatten ja über Jahrzehnte hinweg so getan, als stünde es in ihrer Macht, durch das ständige Drehen der ideologischen Gebetsmühle . . . die Gesetze der Geographie und der Geschichte außer Kraft setzen zu können . . .“ Nun, da es nicht mehr funktioniere oder immer mehr Menschen in diesem Raum merkten, daß es nicht funktioniert, braucht es eine neue Ordnung für Deutschland: „Dieses Land (und mit ihm Mitteleuropa) braucht eine Friedensordnung. Eine Friedensordnung in Deutschland aber kann nicht auf Spaltung und Feindschaft beruhen, sondern nur auf der *natürlichen* Vereinigung beider deutscher Staaten.“³⁸⁾ Nationalpolitische und mitteleuropäisch-ordnungspolitische Funktionen fallen zusammen; mit dem vereinigten Deutschland konstituiert sich zugleich Mitteleuropa.

VIII. Das Reich als Phantom

Im Januar-Heft 1987 der Zeitschrift „Mut“ wurde von Karlheinz Weissmann ein Aufsatz unter dem programmatischen Titel „Das Herz des Kontinents. Reichsgedanke und Mitteleuropa-Idee“ publiziert,

den im folgenden Heft eine Zuschrift des renommierten Ideologen des Konservatismus, Gerd-Klaus Kaltenbrunn, zum „Gründlichsten, Verständnissvollsten und Tiefschürfensten“³⁹⁾ erklärte,

³⁴⁾ Bernhard Friedmann, Wiedervereinigung Deutschlands als Sicherheitsgarantie für Ost und West, in: Die Welt vom 13. 11. 1986.

³⁵⁾ Bernhard Friedmann, Einheit statt Raketen. Thesen zur Wiedervereinigung als Sicherheitskonzept, Herford 1987.

³⁶⁾ Gegen diese These argumentiert noch einmal Wilhelm Grewe, einer der besten Kenner der westdeutschen Außenpolitik, in einem Leserbrief in der FAZ vom 21. 7. 1987.

³⁷⁾ Wolfgang Venohr, Deutschlands Mittellage. Betrachtungen zur ungelösten deutschen Frage, in: Deutschland-Archiv, 8 (1984) 8, S. 821, das folgende Zitat an gleicher Stelle.

³⁸⁾ Wolfgang Venohr, Konföderation Deutschland, in: ders. (Hrsg.), Die deutsche Einheit kommt bestimmt, Bergisch-Gladbach 1982, S. 184.

³⁹⁾ Gemeint ist: Tiefschürfenden.

„was zu diesem Thema in den letzten Jahren, man muß schon sagen: Jahrzehnten gesagt worden ist“⁴⁰⁾. Das macht neugierig, wengleich auf ein wenig beklommene Weise. Wie argumentiert Weissmann? Nun, er bündelt eine Reihe von schon beschriebenen Vorstellungen über die Obsoleszenz der Ost-West-Konfliktstruktur und verlängert diese dann um jenen schon im Titel seines Aufsatzes zitierten Reichsgedanken. Die historische Erinnerung an die Funktion Deutschlands in der Mitte des Kontinents werde mit neuer Spannkraft wieder ordnungsbestimmend werden. Das Reich als europäische Ordnungsform werde durch zwei Aspekte gekennzeichnet, die es auch als Ordnungsinstanz oberhalb der Nation auszeichnen: zum einen, daß das europäische Zentrum ein einheitlicher Herrschaftsraum sei, zum zweiten, daß es gegenüber anderen europäischen Staaten Vorrang beanspruche. Die Reichsgründung 1871 wird (ganz im Sinne Heinrich von Srbiks) als ungenügende Neuordnung Mitteleuropas gedeutet, denn sie habe eine nationale und sogar sub-nationale Reduktion dargestellt, weil sie nämlich die deutschen Österreicher ausschloß⁴¹⁾. Nach dem Zweiten Weltkrieg habe Deutschland als „Führungsmittelpunkt des Raumes“ zu existieren aufgehört. Die Zweiteilung Europas nach 1945 habe indes das Ordnungsproblem der Mitte Europas trotz einer langen Stabilitätsperiode keineswegs gelöst, denn „ganz offensichtlich kehren die traditionellen Probleme wieder, auch die, die mit Gewalt beiseite geschoben werden“.

Wenn hier von „Ordnungsproblemen“ die Rede ist, so sind damit in erster Linie Raum-Ordnungsprobleme gemeint, wie sie sich aus strikt geopolitischer Betrachtungsweise darstellen. Probleme der Gesellschaftsordnung werden demgegenüber nur als zweit- oder dritrangig angesehen. Wie rasch man aber mit Hilfe eines geopolitischen Reduktionismus seine polit-theoretische Lagebeurteilung im Handumdrehen verändern kann, zeigt Bernard Willms. Er nämlich hatte 1982 mit seiner Theorie der deutschen Nation, die einen seins-notwendigen Imperativ kollektiver Selbstverwirklichung der Deutschen zur Geltung bringen wollte, die Argumentation, Deutschland liege in der Mitte und habe deshalb besondere Ordnungsaufgaben zu erfüllen, noch ausdrücklich verworfen. Unter Hinweis darauf, daß es absurd wäre, wenn westeuropäische Staaten eine Hegemonialstellung der Deutschen in Europa be-

fürchten, schrieb er: „Deutschland ist, von Europa her gesehen, nicht mehr Mittellage, weil Rußland nicht mehr als Teil Europas begriffen werden kann . . . Deutschland ist eine europäische Grenzmark . . .“⁴²⁾ In seinen neueren Überlegungen hat Willms nun versucht, sich des Mitteleuropa-Topos zu bemächtigen, wohl nicht zuletzt auch in der aus seiner Sicht legitimen Absicht, den Anschluß an Nachbar-Gruppen nicht zu verlieren. Auf die Frage: „Was sollen die Deutschen tun, wenn sie politisch wieder selbstbewußt sind oder geworden sind?“, gibt er selber die eindeutige Antwort: „. . . sie müssen die Neuordnung Europas in Angriff nehmen“. Dabei sei der konzeptionelle Angriff auf ganz Europa unvermeidlich, denn Westeuropa allein ermangele die geschichtliche Substanz, um solche Perspektiven umsetzen zu können⁴³⁾.

Was bei der Umsetzung solcher Perspektiven im einzelnen herauskommt, bleibt bei den meisten Autoren eher diffus. Je heftiger sie sich dieser Diffusität entringen wollen, um so bizarrer werden allerdings ihre Vorstellungen, so daß es ein Gebot der Klugheit sein mag, so lange es geht im konzeptionellen Halbschatten zu verbleiben. Ein Beispiel für derartige Absonderlichkeiten bietet u. a. Harald Rüdtenklau, für den sich die deutsche Frage gegenwärtig deshalb immer dringlicher stellt, weil die nationale Teilung nicht länger als friedenserhaltend perzipiert werde und weil die Entscheidung zur Teilung Deutschlands die Ursache gegenwärtiger Bedrohungs- und Rüstungsdynamik sei. Ja, in einem Aufsatz macht er sogar die Rechnung auf, „daß alle europäischen Bündnis-Staaten sowie die USA und die Sowjetunion für die Aufrechterhaltung der Teilung Deutschlands pro Jahr 625 Milliarden Dollar aufbringen müssen“⁴⁴⁾. Die Überwindung der Teilung Deutschlands wird für Rüdtenklau folgerichtig nicht nur zu einem national-, sondern vor allem auch zu einem sicherheitspolitischen Anliegen. Seine Perspektive faßt er in eindrucksvoller Kürze so zusammen: „Das Deutsche Reich als Sicherheitssystem“⁴⁵⁾.

42) Bernard Willms, *Die deutsche Nation*, Köln 1982, S. 239; vgl. auch als eine kulturgeschichtlich-kulturphilosophisch auf der jeweils spezifischen Letztendlichkeit von Nationen (im europäischen Kontext) beruhende Darstellung: Stephan Popov, *Am Ende aller Illusionen. Der europäische Kulturpesimismus*, Köln 1982, S. 240 f. und S. 279 ff.

43) Bernard Willms, *Deutsches Nationalbewußtsein und Mitteleuropa. Die europäische Alternative*, in: *Criticon*, (1987) 102, S. 163.

44) Harald Rüdtenklau, *Europäischer Frieden durch deutsche Einheit*, in: *Criticon*, (1987) 100/101, S. 118.

45) Ebd.

40) »Mut«, vom Februar 1987, Nr. 234, S. 3.

41) Eine ähnliche, noch harscher formulierte Bewertung der Reichsgründung findet sich bei Heinrich Jordis von Lohausen, *Mut zur Macht. Denken in Kontinenten*, Berg am See 1981², S. 266.

IX. Berlin in Mitteleuropa

Die West-Berliner: Bewohner „eines dritten Platzes in Deutschland, der zum Westen gehört, aber im Osten liegt“⁴⁶⁾; Berlin — „nach wie vor die einzig denkbare Hauptstadt aller Deutschen“⁴⁷⁾ Wann immer die Rede auf Berlin kommt, gibt es diesen eigenartigen Intensivierungseffekt: die Schrillen werden noch schriller und die Nachdenklichen (zwei davon haben wir gerade zitiert) werden noch nachdenklicher. Vermutlich liegen die Ursachen für diesen Effekt darin, daß Berlin wie in einem Brennspeigel die überkommenen nationalpolitischen und regionalen Probleme Deutschlands sowie diejenigen, die sich aus der Dominanz des Ost-West-Konflikts ergeben haben, bündelt und in einer Art Modell symbolisiert. In der Berlin-Krise 1948 ist die Teilung Europas durch den Ost-West-Konflikt zum ersten Mal dramatisch offenbar geworden und ins politische Bewußtsein der westlichen Welt gedrungen; im Juni-Aufstand 1953 drückte sich die strukturelle Organisations- und Legitimationsschwäche sozialistisch-bolschewistischer Regime und ihre weitgehende Unfähigkeit aus, sozialen Wandel den eigenen Ansprüchen gemäß zu steuern (in zyklisch auftretenden Ausbrüchen hat sich dies später in anderen Ländern des Warschauer Pakts wiederholt ereignet); der Mauer-Bau 1961 erwies sich zuvor rasch als Beginn einer Konsolidierungsphase der DDR, aber sie steht eben wegen dieser „Grenz-Sicherung“ unter denkbar unnormalstem Vorzeichen. In dieser Konstellation — dauerhafte Asymmetrie des Ost-West-Konflikts in Europa, Entspannungswünsche, Renaissance national- und regionalpolitischer Topoi — ist es mehr als verständlich, wenn Politiker und Publizisten sich auf die Suche nach einer neuen Funktion für die geographische, geopolitische, völkerrechtliche „Konstruktion Berlin“ begeben. Wenn man das aber tut, kommt man fast unvermeidlich in den Sog der Mitteleuropa-Debatte.

„Berlin ist die Mitte, die dafür sorgt, daß die Bonner Republik nicht einer verengten Rheinbund-

Mentalität erliegt“, schreibt Eberhard Diepgen, und man verwundert sich ein wenig, warum der überragenden (und gewiß gerade für die Berliner nicht immer leicht zu ertragenden) Figur des ersten Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland auf eine so uncharmante Weise ein Klaps gegeben wird. Aber Diepgen hat eigentlich etwas anderes im Sinn, nämlich die Etablierung Berlins als Balancepunkt deutscher Politik. Er fährt nämlich fort: „Berlin schafft einen Mittelpunkt, der einer ausschließlichen Ost-Orientierung der DDR im Wege steht.“⁴⁸⁾ Wie realistisch dies auch sein mag sowie die daraus abgeleitete Vorstellung von „blockübergreifenden Dauerinstitutionen der Zukunft“, die in Berlin (Ost wie West) residieren sollten, entscheidend ist jedenfalls die Verabschiedung des Frontstadt-Konzepts. Eine Perspektive, welche Berlin in der Mitte Europas ansiedelt, kann sich auf die Vergangenheit berufen und auf die Zeit nach dem Ost-West-Konflikt vorbereiten.

An einer Stelle allerdings hakt sich diese Perspektive — so vorsichtig sie immer vorgetragen und gedacht werden mag — aus dem westlichen Nachkriegs-Konsens aus. Denn so gewiß es vernünftig ist, zukunfts offen zu denken und nicht einfach gegenwärtige politische Strukturen fortzuschreiben, so zwiespältig wird es, wenn diese Zukunftsoffenheit auf Entscheidungen aufgebaut wird, die sich als Analysen ausgeben und deren Tragweite vermutlich nicht mitbedacht wurde. Um solche Entscheidungen kommt aber in der Tat nicht herum, wer die politische Zukunft z. B. Berlins etwas schärfer konturiert reflektieren will. Ein typisches Beispiel für eine solche auf den ersten Blick gar nicht dramatisch erscheinende Entscheidung, die sich als Analyse, wenn auch als futurologische, ausgibt, findet sich bei Gerhard Heimann: „Es wird sich zeigen, daß eher die Vision eines atlantischen Zeitalters ein Traum war als der geduldige, beharrliche Weg des Ausgleichs in der Mitte Europas, in der Berlin liegt.“⁴⁹⁾

X. Ende des Ost-West-Konflikts?

In einem sehr behutsam und nachdenklich argumentierenden Aufsatz hat Klaus Ritter zu Beginn des Jahres 1988 die politischen Perspektiven nach dem Gipfeltreffen von Reagan und Gorbatschow im Dezember 1987 in Washington auszuloten versucht. Eine Reihe von Veränderungen und Ver-

schiebungen weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Faktoren läßt es in der Tat notwendig erscheinen, solche perspektivischen Überlegungen etwas weiter ausgreifen zu lassen. Ritter kommt zu der Schlußfolgerung: „Was dringend benötigt wird, ist weniger eine regionalistische Neuorientierung

⁴⁶⁾ Peter Bender, Wenn es West-Berlin nicht gäbe, Berlin 1987, S. 101.

⁴⁷⁾ Eberhard Diepgen, Berlin — Hauptstadt der Deutschen, in: Außenpolitik, (1986) 4, S. 316.

⁴⁸⁾ Ebd., S. 317.

⁴⁹⁾ Gerhard Heimann, Die europäische Mitte und die Zukunft Berlins, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, (1986) 7, S. 593.

westeuropäischer Sicherheitspolitik mit mehr oder weniger aufgesetzten Architekturelementen, sondern ein neues atlantisches Konzept, in das allerdings die Europäer entschiedener als bisher ihre Interessen und ihre Sichtweise einzubringen hätten.“⁵⁰⁾ Die Herbeiführung einer neuen Machtgruppierung, wie sie der Begriff Mitteleuropa nahelegt, schließt Ritter expressis verbis aus.

Liest man offizielle Dokumente der Bundesregierungen aus dem letzten Jahrzehnt, so stößt man kaum auf irgendeinen Ansatz, der von dieser Position und ihrer Perspektive abweicht. Diese transatlantische oder westliche Perspektive schließt das eine oder andere Mal Überlegungen über eine Veränderung des Verhältnisses zwischen Westeuropa und den USA mit ein, wobei insbesondere auf sicherheitspolitische und wirtschaftspolitische Entwicklungen des letzten Jahrzehnts verwiesen wird.

Deshalb wird sich ein kritischer Leser unserer aus mehreren Teiluntersuchungen konzentrierten Studie die Frage vorlegen, ob denn alles, was hier herangezogen worden ist, politisch wirklich relevant ist. Handelt es sich nicht vielleicht um marginale intellektuelle Deliberationen, um die vielleicht runderneuerte Wiederauflage antiquierter Nostalgien ohne politischen Träger, die möglicherweise eine Art Ventilfunktion für Unzufriedenheit, Befürchtungen oder politische Neurosen haben können, aber letztlich nicht ernst zu nehmen sind?

Wenn auch einiges dafür spricht, daß die grundlegende Prämisse für die verschiedenen Mitteleuropa-Vorstellungen falsch ist, nämlich daß der Ost-West-Konflikt seine prägende Kraft eingebüßt habe, so würde man es sich doch zu einfach machen,

⁵⁰⁾ Klaus Ritter, Politische Perspektiven nach dem Washingtoner Gipfeltreffen vom Dezember 1987, in: Europa-Archiv, (1988) 1, S. 8.

handelte man nur nach dem Motto ‚einfach ignorieren‘. Und zwar aus folgenden Gründen:

– Wir haben nur einen kleinen Teil der gegenwärtig in der Diskussion befindlichen Materialien herangezogen, um die Untersuchung nicht zu überfrachten; Mitteleuropa-Vorstellungen werden von zahlreichen Gruppen und Grüppchen debattiert und als Alternative zur außenpolitischen Grundausrichtung der Bundesrepublik Deutschland vorgeschlagen.

– Der soziale und politische Ort dieser Debatten ist zwar meistens der Rand des politischen Spektrums, bezeichnenderweise links wie rechts; aber auch in den im Bundestag vertretenen Parteien – nicht zuletzt in der SPD und der CDU – wächst die Resonanz auf solche Gedanken.

– Der politische Prozeß zwischen Ost und West verläuft nicht nach einem starren oder vorgegebenen Schema, er wird auch von den Perzeptionen und Handlungen der verschiedenen Akteure wesentlich mitbestimmt. Öffentliche politische Debatten sind deshalb keine müßigen Spiegelfechtereien, sondern reflektieren und beeinflussen staatliches Handeln demokratischer Gesellschaften. Zeugt eine solche Debatte von analytischer Unschärfe und diffussem Wunschdenken, stehen politische Orientierungsschwierigkeiten ins Haus. Wird diese Konstellation rechtzeitig erkannt, läßt sie sich mildern oder gar ganz abstellen.

Damit soll nicht gesagt sein, daß Debatten wie die von uns beschriebene anrühlich sind, im Gegenteil – sie enthüllen ja gerade ein Defizit und geben so die Möglichkeit, auf diese Herausforderung zu antworten. Nur muß die Chance auch ergriffen werden. Politikwissenschaft und Zeitgeschichte als verantwortungsbewußt analysierende Disziplinen sind hier ebenso gefragt wie die Repräsentanten des politisch-administrativen Führungssystems der Gesellschaft, des Staats.

Helmut Fleischer: Zur Kritik des Historikerstreits

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40—41/88, S. 3—14

Die Kritik zielt nicht so sehr auf einzelne Streitpositionen in der Geschichtskontroverse von 1986/87, sondern mehr auf Fragwürdigkeiten ihrer thematischen Ausrichtung und intellektuellen Fassung. Die negativen Prädikate lauten: unhistorisch, untheoretisch, reflexionsarm, forciert, moralistisch, politisch verkrampft. Der Verfasser meint, es sei eigentlich eine andere Geschichtsdiskussion fällig, ja sogar vorher schon eröffnet gewesen: eine mehr umfassend angesetzte Neuorientierung über den geschichtlichen Ort und die Nachgeschichte des deutschen Nationalsozialismus. Dieses Stück Geschichtsarbeit gelte es nach dem Umweg des „Historikerstreits“ nunmehr aufzunehmen.

Jürgen Kocka: Deutsche Identität und historischer Vergleich. Nach dem „Historikerstreit“

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40—41/88, S. 15—28

Der „Historikerstreit“ drehte sich um ein ideenpolitisches Grundproblem: um das der kollektiven Identität der Deutschen in der Bundesrepublik im Verhältnis zum Nationalsozialismus. Dieses Problem ist geschichtswissenschaftlich nicht lösbar, sondern braucht die öffentliche Diskussion. Der Vergleich des Nationalsozialismus und seiner Massenverbrechen mit dem Stalinismus und dessen Massenverbrechen ist legitim und nicht neu. „Singularität“ ist eine unproduktive Kategorie. Aber der nüchterne Vergleich ergibt doch vor allem Einsichten in das Besondere des nationalsozialistischen Massenterrors (von dem der Holocaust ein Teil war). Die These vom „deutschen Sonderweg“, der zwar nicht notwendig zum Sieg des Nationalsozialismus führte, aber diesen erleichterte, ist im Licht der Kritik der letzten Jahre und angesichts neuer Forschungsergebnisse zu modifizieren.

Christian Meier: Aktuelle Aufgaben der Geschichtswissenschaft und der Geschichtsvermittlung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40—41/88, S. 29—36

Sich in einer bestimmten Situation auf die Aufgaben der Geschichtswissenschaft besinnen bedeutet, bestimmte Akzente zu setzen, die innerhalb der stets gleichen Aufgaben historischer Wissenschaft gerade besonders aktuell zu sein scheinen. Dabei ist eine gewisse Subjektivität des Urteils unvermeidlich.

Thematisch scheint es heute dringlich zu sein, die „politische Geschichte“ neu zu entdecken — im Sinne einer modernen Politikgeschichte. Daneben sollte die Erforschung der anthropologischen Dimensionen der Geschichte vorangetrieben werden. Ganz besonders wichtig scheint es zu sein, Mittel und Wege zu finden, um die „außereuropäische Geschichte“ in den Horizont unserer Historiker und unserer Gesellschaft einzubeziehen. Europa steht nicht mehr im Zentrum der Welt, die moderne westliche Welt kann nicht mehr als das Ziel der Weltgeschichte angesehen werden.

Wilfried von Bredow/Thomas Jäger: Niemandsland Mitteleuropa. Zur Wiederkehr eines diffusen Ordnungskonzepts

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40—41/88, S. 37—47

Parallel zur Empfindung, daß der Ost-West-Konflikt seine strukturelle Dominanz in Europa eingebüßt hat, ranken sich um „Mitteleuropa“ Gedanken und Konzeptionen einer (außen)politischen Neuorientierung der Bundesrepublik. Die Fokussierung auf Mitteleuropa basiert auf der Vorstellung eines Europas zwischen der USA und der Sowjetunion und den damit eingeleiteten perspektivischen Akzenten einer stärkeren Selbstbehauptung Europas. Unter Hinweis auf die begrenzten Erkenntnisfähigkeiten geopolitischer Analyse, die im Zusammenhang der Mitteleuropa-Debatte eine scheinbar tiefsinnige und aktuelle Bedeutung erhält, werden einige Konkretionen der aktuellen Debatte vorgestellt. Wenn auch im Blick zurück ein oft allzu harmonisches Bild von Europa in diesen Theorien gezeichnet und die Tiefendimension des Ost-West-Konflikts nur unzureichend beachtet wird, so ist die Debatte doch keineswegs politisch marginal.